Nr. 39.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

11. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 16. Februar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Vom russischen Handelsvertrage

liegt jetzt auch der zweite Theil vor, welcher die Zugeständnisse aufführt, die von Deutschland an Rußland gemacht werden. Und diese Thatsache hat das im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bisher so harmonisch gestimmte bürgerliche Zeitungsorchester mitten entzwei gerissen. Himmelhoch jauchzend — zu Tode betrübt, das ist der Eindruck, den jeder Unbefangene erhält, wenn er diesen Tönen lauscht. Wie begeisterungstolle Derwische geberden sich die Organe der Freihändler und exportlüsternen Industriellen, und es fehlt gar nicht viel, so würden sie auf öffentlichem Markte zum Reigen antreten. Die Agrarier aber jammern, klagen und zürnen, ihre großen Loyalitäts-Harfen haben sie an die Weiden gehängt, so da wachsen an der Weichsel und Oder, Warthe und Spree, ihr brennender Blick gleitet über die ewigen Wässer und ihre Stimme gellt: der große Pan ist todt; die deutsche Landwirthschaft liegt im Sterben.

Und all der Jubel und all das Schmälen richtet sich nach einer Stelle, nach dem deutschen Reichskanzler und seinen Mitarbeitern. Wir meinen, mit Unrecht. Nicht Caprivi hat das Verdienst oder trägt die Schuld an dem deutsch-russischen Handelsvertrage; jeder andere Kanzler hätte gerade so oder ähnlich handeln müssen, unter dem Drucke der Verhältnisse. Wie liegen denn die Dinge? Deutschland baut nicht das nothwendige Brotgetreide. Sein nächster Nachbar im Osten, Rußland hat davon im Ueberflusse. Rußlands Industrie deckt noch lange nicht den Bedarf, diejenige Deutschlands ist seit Jahren auf den Export zugeschnitten. Nun kommt ein Zollkampf zwischen beiden Ländern zum Ausbruch. Die Verluste auf beiden Seiten summiren sich ins Ungeheuere. Das Absatzgebiet für die deutsche Exportindustrie hat sich im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr verringert. Nordamerika hat sich vollständig abgeschlossen, die Südamerikaner raufen, daß die Haare fliegen, eine ganze Reihe von Staaten ist verkracht oder steht direkt vor dem Bankrott und eine allgemeine Krise tobt über die ganze Erde. Wohin mit dem Segen, wohin mit den aufgestapelten Werthen, wenn nun auch das große weite Rußland auf ewige Zeiten für die deutschen Industrieerzeugnisse verrammelt bleiben sollte? Und Rußland selbst ist in einer ähnlichen Lage. Es ist überreich an Naturprodukten, es baut mehr Brotgetreide als es braucht, aber es kann seinen Ueberfluß nur mit den größten Verlusten los werden. Seine Regierung, die selbst ewig in der Klemme sitzt, muß den Produzenten große Vorschüsse auf unverkaufte Rohprodukte gewähren, soll nicht das ganze wirthschaftliche Getriebe zusammenbrechen. Ist es denn unter solchen Umständen wirklich ein so großes Wunder, wenn sich die Unterhändler der beiden Staaten auf ihren gesunden Menschenverstand besinnen und ein Uebereinkommen treffen, das wenigstens die schreiendsten Unsinnigkeiten für die Folgezeit beseitigt? Der Handelsvertrag mit Rußland ist eine Nothwendigkeit. Nicht über das Was sollte hier der Streit toben, sondern über das Wie und über die Art der In-Szenesetzung der Thatsache.

Der Jubel der deutschen Industriellen wird in mehr als einer Beziehung sich als übertrieben erweisen. In einer früheren Nummer haben wir bereits die Zugeständnisse aufgezählt, welche Rußland den deutschen Industrie-Erzeugnissen gemacht. Die Zollherabsetzungen sind in vielen Fällen ganz bedeutende. Bedenkt man aber, daß die Sätze des Zolltarifs von 1891, an denen die Ermäßigung gemessen werden muß, schon eigentlich Kampfsätze gewesen sind, und sieht man, daß bei manchen Massenartikeln, wie Eisen-, Stahl- und Kupferdraht die alten Sätze geblieben, bei anderen, wie Papier, die neuen noch immer 50 pCt. und darüber des Werthes betragen, dann wird einem die „Großmuth" der Russen in jedem andern, nur nicht in bengalischem Lichte erscheinen. Der Vertrag soll auf 10 Jahre gelten, aber die Vertragschließenden behalten sich das Recht vor, auf die eingeführten Erzeugnisse innere Verbrauchsabgaben zu legen, und für solche Erzeugnisse, welche den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, können aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen außerordentliche Verbotsmaßregeln ergehen. Für Getreide, Flachs und Hanf sollen direkte Frachttarife nach Danzig, Königsberg und Memel nach denselben Bestimmungen gebildet werden, wie sie für Libau und Riga gelten oder gelten werden, aber nur dann, wenn auch die Privatbahnen völlig damit einverstanden sind.

Es ist kein Zweifel, daß, wie die Verhältnisse einmal liegen, alle diese Bestimmungen und Vorbehalte nur zu gunsten des absolutistisch geleiteten Rußlands wirken können.

Die Zugeständnisse Deutschlands beschränken sich der Hauptsache nach auf Zollherabsetzungen für Getreide, Mehl, Fleisch, Vieh, Eier, Butter und Margarine, Bau- und Nutzholz. Für Weizen und Roggen soll der Zoll für den Doppelzentner statt 5 M. künftighin 3,50 M., für Hafer statt 4 M. 2,80 M., für Gerste statt 2,25 M. 2 M. und für Mais statt 2 M. 1,60 M. betragen. Die Ermäßigung bei Butter beträgt 4 M., bei Fleisch 5 M. resp. 3 M. (Schweinefleisch), bei Mehl 3,20 M., bei Eiern 1 M., bei Ochsen per Stück 4,50 M. und bei Jungvieh und Schweinen 1 M. per Stück. Gegen die Herabsetzung der Getreidezölle tobt seit Monaten der Ansturm der Agrarier und um besonders den Roggenzoll auf der alten Höhe zu erhalten, werden hier nicht müde, Olymp und Acheron zugleich um Hilfe anzurufen. Hier wollen sie den Hebel ansetzen, um den ganzen Handelsvertrag über den Haufen zu werfen.

Noch im Jahre 1891 wurden aus Rußland ungefähr gleichviel Mengen an Weizen und Roggen eingeführt (7 680 290 und 7 293 340 Doppelzentner). Während aber im Jahre 1893 der Roggenimport noch immer 992 351 Doppelzentner betrug, war die Weizeneinfuhr auf 216 362 Doppelzentner gesunken, es hat eine vollständige Verschiebung Platz gegriffen, an stelle Rußlands sind als Weizenlieferanten Amerika und Rumänien getreten. Ein hoher Weizenzoll gegen Rußland hat also für unsere Junker kein großes Interesse mehr. Anders liegt es beim Roggen. Hier ist Rußland der Hauptlieferant für Deutschland und wird es bleiben. In den letzten Jahren ist zwar weniger russischer Roggen nach Deutschland hereingekommen, dafür umsomehr österreichischer. Der russische Roggen ging nach Oesterreich und drückte den österreichischen Roggen nach Deutschland. Deutschland braucht den russischen Roggen, wie Rußland Deutschland braucht, um sein überschüssiges Brotgetreide los zu werden. Aber die ostelbischen Junker, die hauptsächlich selbst diese Früchte anbauen, leben in dem Glauben, der deutsche Konsument sei dazu da, ihnen ihren Roggen abzukaufen, und dafür den Preis zu bezahlen, den sie bestimmen. Aus dieser Anschauung heraus haben sie durch ihren Fürsprech und Mitbruder im Sachsenwalde den Brotzoll einführen lassen, und deshalb soll lieber der ganze russische Handelsvertrag zum Teufel gehen, als daß vom Roggenzoll, der nur einigen Großgrundbesitzern die Taschen füllt, auch nur ein Pfennig abgebrochen wird.

Und das Geschrei, Lärmen und Pochen der Junker ist den Männern des „neuen Kurses" auf die Nerven gefallen. Noch ehe der Kampf recht begonnen, haben sie schon eine Kriegsentschädigung angeboten. Gleichzeitig mit dem russischen Handelsvertrag hat der „Reichs-Anzeiger" einen Gesetzentwurf veröffentlicht, welcher die Aufhebung des Identitätsnachweises bezweckt. Wer wenigstens zehn Zentner Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchte oder Gerste ausführt, erhält darüber einen Schein und dadurch das Recht, innerhalb 9 Monaten dasselbe Quantum nach Deutschland zollfrei einzuführen. Die Scheine sind übertragbar und mit ihnen kann jeder Art von Zoll, z. B. für Kaffee oder Holz bezahlt werden. Für Mehl und Malz, welches zum Export kommt, gelten dieselben Vergünstigungen, ob nun das vermahlene oder vermälzte Getreide aus dem Auslande stammte oder in Deutschland gewachsen ist. Das ist die reine Exportprämie und nichts anders. Den ostelbischen Großgrundbesitzern und den mit ihnen verbundenen Großhändlern werden ungeheuere Profite zugeschanzt auf Kosten der Allgemeinheit. Denn daß die Maßregel eine Preiserhöhung oder eine Verschlechterung des Brotgetreides oder beides zugleich zur Folge haben muß, weiß ein jeder, wenn die Regierung auch das Gegentheil behauptet.

Die Ostelbier werden also auch nach Annahme des Handelsvertrages auf die geschmierte Seite gefallen sein. Daß die Junker im Westen und Süden nicht neidisch wer-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [Alle Rechte vorbehalten

Helene. [44

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Gegen einen Hügel war ein Haufen von Brettern und Pfosten geschoben, Ueberbleibsel des Barackenbaues; dort saß eine Gestalt, nicht allzu hoch vom Boden, in den dunkeln Mantel mit der über den Kopf gezogenen Kapuze gehüllt.

Ob es ein Mann oder eine Frau war, konnte man nicht unterscheiden, und es kümmerte sich auch niemand darum.

Vorhin aber, als einer der Aerzte in seiner Promenade, einen größeren Bogen beschreibend, dieser hingekauerten Gestalt nahe kam, hatte sie ihn mit seinem Namen angerufen und Feuer von ihm verlangt.

Er stutzte, dann willfahrte er. Es dauerte ziemlich lange, ehe die ihm entgegen gehaltene Zigarre Feuer fing.

Endlich brannte sie und der Arzt legte die Hand ritterlich grüßend an seine Mütze und begab sich in den Kreis seiner Kollegen zurück.

Aber der Gestalt im Mantel mochte die Zigarre nicht schmecken, nach einigen Zügen hatte sie sie auf den Boden geworfen; dort lag sie noch.

Und die Hände vor das Gesicht geschlagen blieb sie unbeweglich unter dem langsam fallenden Schnee, der ihr Mantel und Kapuze bedeckte, so daß die Gestalt unter ihrer verschneiten Umgebung völlig verschwand.

Als aber jetzt die Schwestern an ihr vorbei kamen, erhob sie sich, schüttelte den Schnee von sich ab und schloß sich ihnen an.

Es war Tania.

„Nun," fragte Sofia leise, indem sie ihr in das blasse Gesicht blickte, „hast Du ihn gesprochen?"

Tania nickte.

„Wußte er etwas von Eugen?"

„Nichts."

„Niemand weiß, ob er noch lebt?"

„Niemand."

Das Wort drängte sich mühsam zwischen den zusammengebissenen Zähnen hervor.

Tania hatte sich den Schwestern angeschlossen und sie trat mit ihnen in die Baracke, um dem anstrengenden Dienste sich hinzugeben.

IV.

Die Transporte der Kranken und Verwundeten, die auf dem Landwege über Simnitza nach Frateschti gebracht wurden, um die Eisenbahn zu erreichen, nahmen ihren Fortgang.

Aber ihre Organisation blieb eine mangelhafte, und als Ende Dezember die gefangenen Türken von Plewna in ganzen Kolonnen daher kamen, hatten Verwirrung und Rathlosigkeit abermals einen Höhepunkt erreicht.

Die Kälte hatte zugenommen; sie stieg in den Nächten auf 15° Réaumur unter Null und es fiel fortdauernd Schnee, eine weitere Schwierigkeit für die Transporte, namentlich für die zu Fuße Marschirenden. Und doch war die rascheste Weiterbeförderung der gefangenen Türken dringend geboten.

In Plewna herrschte der Flecktyphus, andererseits fürchtete man eine Unterbrechung der Verbindung zwischen Sistowa und Simnitza. Das Eistreiben auf der Donau hatte begonnen und die hölzerne Brücke, die über den Strom führte, konnte durch den Eisgang hinweggerissen werden, wodurch die Evakuation aus Bulgareni eine Zeitlang so gut wie aufgehoben gewesen wäre.

Man konnte also die gefangenen Türken nicht schnell genug los werden. Unter rumänischer Bedeckung kamen sie in langen Zügen daher, um in Bulgareni als Etappenort Halt zu machen.

Erdhütten waren für ihre Unterkunft errichtet worden, und aus der Küche des Militär-Ressorts sollten sie gespeist werden. Aber das Eine wie das Andere erwies sich als unzulänglich, und wie immer in der Noth mußte die Privathilfe eingreifen.

Die armen türkischen Gefangenen befanden sich in einem trostlosen, ja geradezu erschreckendem Zustande.

Diese jungen, kräftigen und lebensfrohen Männer hatte der Krieg in ihrer geistigen und physischen Beschaffenheit völlig verändert.

Man hatte sie der Heimath und der Familie entrissen, ihnen den Schießprügel in die Hand gedrückt und gesagt: jetzt seid Ihr Soldaten — dort ist der Feind . . . Sie wußten, daß es nun ihre Pflicht sei, Blut und Leben zu opfern . . . Aber sie opferten auch, was den Menschen zum Menschen macht.

Sie waren in jenen wilden, primitiven Kampf ums Dasein getrieben, den die Bestie führt, wo nur die Vernichtung des Gegners vor der eigenen schützt, aber ohne zugleich die primitivsten Bedürfnisse der Bestie befriedigen zu können.

Sie hatten die aufreibensten Sprapazen, sie hatten Durst, Hunger und Kälte gelitten, in jeder Stunde hundertfältigen Jammer, und wer diese ausgemergelten, schmutzstarrenden, ganz erschöpften Gestalten in ihren abscheulichen Lumpen, die kaum ihre Blöße bedeckten, auf dem kalten schneebedeckten Boden da liegen sah, den mochten die heuchlerischen Tiraden von der Humanität und Gesittung unseres Jahrhunderts mit Scham und Ekel erfüllen. Die in den Zelten und Erdhütten keine Unterkunft fanden, lagen hier im Schnee, Körper an Körper gedrängt, Thieren gleich, mit verthierten Gesichtern.

Sie hungerten und dürsteten, sie zitterten vor Kälte, sie wanden sich unter den schrecklichen Schmerzen ihrer halberfrorenen Füße, aber sie blieben stumm.

Ihre geistigen Fähigkeiten sind ertödtet, die unerbittliche Disziplin hat ihnen ihre Denkfähigkeit genommen.

Auf dem Marsche hierher waren viele ihrer Kameraden erschöpft zusammengebrochen und gestorben. Sie hatten

den, auch dafür hat die Regierung gesorgt. Bayern wollte im Bundesrath rebellisch werden, wenn nicht die preußischen Staffeltarife aufgehoben würden. Damit die Agrarier im Westen ihr Getreide theuer verkaufen können, muß der herabgesetzte Zoll durch die erhöhte Fracht wieder wett gemacht werden. Das preußische Ministerium hat die Nothwendigkeit dieser Maßregel eingesehen, und weil wir uns gerade „im Zeichen des Verkehrs" befinden, die Aufhebung der Staffeltarife beschlossen. Man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, die Aufhebung der Staffeltarife und des Identitätsnachweises bedeuten nichts anderes, als daß die Kosten des russischen Handelsvertrages, soweit wenigstens Deutschland in Frage kommt, aus den Taschen des arbeitenden Volkes bezahlt werden sollen.

Die Agrarier hätten alle Ursache, die Hand, die ihnen diese Vortheile zuschreibt, zu küssen, statt zu beißen. Aber die Rasse ist unersättlich. Der Junker gleicht der automatischen Figur, die man noch hier und da auf Jahrmärkten und bei Uhrmachern sieht: dem Knödelfresser. Den ganzen Tag ißt und stopft der Kerl, aber satt wird er nie.

Kommission für Arbeiterstatistik.

Die Vernehmung der Auskunftspersonen wurde heute fortgesetzt. Es wurden vernommen die Bäckermeister Weith aus Stolp, J. Müller aus Bremen, A. Böhme aus Leipzig und Hennings aus Gießen, sowie die Vertreter der Bäckergesellen G. Heilmeier-München, Hing-Königsberg, A. Schnabel-Hamburg und G. Nowack-Berlin. Auch diese Meister vertraten die Ansicht, daß ein Normalarbeitstag von 12 Stunden im Bäckergewerbe nicht durchführbar ist. Als Gründe gegen die Durchführbarkeit werden angeführt, daß die Dauer der Arbeitszeit von der Witterung abhängt, weil außerordentliche Kälte und Gewitter den Gährungsprozeß beeinflussen und den Backprozeß eine bis anderthalb Stunden verlängern können; ebenfalls soll die Dauer der Arbeitszeit von der Qualität des Feuerungsmaterials abhängig sein. Von einem Meister wird zugegeben, daß kleine Betriebe und solche, die mit zwei Schichten arbeiten, wohl in der Lage sind, die zwölfstündige Arbeitszeit einzuhalten, daß aber die mittleren Betriebe in dieser Zeit nicht so viel Waaren herstellen können, als sie zur Befriedigung ihrer Kundschaft gebrauchen. Sie haben für mehr Gesellen Arbeit, als sie in ihrem Betriebe Platz haben. Die Vergrößerung des Betriebes soll aber mit so erheblichen Unkosten verknüpft sein, daß diese Bäckereien konkurrenzunfähig würden, falls sie die eigentlich nöthige Vergrößerung vornehmen würden. Ebenfalls soll es unmöglich sein, durch Einstellung von mehr Arbeitern eine Abkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen und deshalb müssen die Gesellen bis achtzehn Stunden täglich arbeiten. Einen entgegengesetzten Standpunkt nehmen die Gesellen ein. Sie behaupten, daß in manchen Orten eine Verkürzung der Arbeitszeit dadurch herbeizuführen wäre, wenn das Brotaustragen durch andere Personen besorgt würde; auch ließe sich durch Anstellung von mehr Gesellen und anderweitige Eintheilung der Arbeit die Arbeitszeit sehr wohl auf 12 Stunden täglich oder 72 Stunden wöchentlich einschränken.

Die Meister sind auch aus dem Grunde Gegner einer gesetzlich festgesetzten Arbeitszeit, weil sie befürchten, daß durch dieselbe allerlei Scherereien und Konflikte entstehen können.

Nicht so sehr, als bei der Regelung der Arbeitszeit für die Gesellen, gehen die Meinungen bei der Frage der Regelung der Arbeitszeit für die Lehrlinge auseinander. Hier vertritt auch die Mehrheit der Meister die Ansicht, daß es ein Unfug ist, wenn die Lehrlinge nach vollendeter Arbeit in den Backstuben mit dem Brotkorb hinaus müssen, um die Kunden zu bedienen, sie verlangen, daß dieses verboten wird, weil unter dieser Arbeit die Moralität der Lehrlinge leidet, auch sind sie der Meinung, daß in den ersten Lehrjahren der Lehrling etwas später mit der Arbeit beginnen könne. Nur ein Meister glaubte, daß das Brotaustragen günstig auf den Lehrling einwirke, weil er dann doch in die frische Luft käme, die seiner Gesundheit zuträglich sei und ferner lerne er mit Menschen umgehen. Die Gesellen vertraten die Ansicht, daß es verboten werden müsse, den unter sechzehn Jahr alten Lehrling vor 4 Uhr zu beschäftigen, weil durch die Nachtarbeit die Gesundheit leidet, und am Tage noch so viel Arbeiten vorkämen, bei denen der Lehrling so weit vorgebildet werden kann, daß er in dem Rest der Lehrzeit, welche nach dem vollendeten 16. Lebensjahre fällt, alle die Arbeiten erlernen kann, welche vor 4 Uhr Morgens in den Bäckereien verrichtet werden.

Eine vollständige Durchführung der Sonntagsruhe halten sämmtliche Auskunftspersonen für unmöglich. Während die Gesellen eine Ruhepause von achtzehn Stunden für durchführbar halten, bestreiten die Meister dieses. Aber auch die Meister sind sich nicht einig. Von diesen glaubte einer, daß sechzehn Stunden, ein anderer vierzehn, ein Dritter 12—14 gearbeitet werden soll und einer meinte, daß höchstens eine Pause von 12 Stunden gesetzlich festgesetzt werden dürfe. Es wurde von Meistern die Ansicht ausgesprochen, daß viele Bäcker gezwungen seien, das Geschäft aufzugeben, wenn die Gesellen jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder jeden dritten Sonntag 36 Stunden Ruhe haben sollten. Auf den Hinweis, daß in Barmen-Elberfeld und vielen anderen Städten im Westen Deutschlands eine vollständige Sonntagsruhe für die Bäcker bestehe, suchten sie mit der Behauptung zu entkräften, daß im Norden und Osten Deutschlands zum Sonntag ein Gebäck hergestellt wird, welches nur im ganz frischen Zustand genossen werden kann, gleichzeitig bringt dieses Gebäck den Meistern einen solchen Profit, daß durch den Wegfall desselben ihre ganze Existenz in Frage gestellt werden würde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar.

Aus dem Reichstage. Der „Poststil" war es, der heute die ersten Stunden der Plenarverhandlungen ausfüllte. Der Zentrums-Abgeordnete Schmidt (Warburg) findet, daß die Postverwaltung zu theuer und luxuriös baut, und diesen seinen Bedenken gab er bei jeder einzelnen Baurate so lebhaften Ausdruck, daß schließlich die paar Abgeordneten, die überhaupt im Saale waren, anfingen ungeduldig zu werden.

Eine längere Debatte rief der Antrag der Budgetkommission, die Position „Einnahmen aus Porto und Telegrammgebühren" um ca. 3½ Millionen höher anzusetzen, hervor.

Die Vertreter der Reichspost und der Reichsfinanzen wollten von dieser Erhöhung nichts wissen, die Majorität, bestehend aus Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten, trat aber den Beschlüssen der Kommission bei.

Nachdem der Abg. v. Heereman noch eine warme Lobrede auf die Leitung und Leistungen der Reichsdruckerei gehalten, wurde dieser Etatstitel ohne Diskussion bewilligt und so der Postetat in zweiter Lesung glücklich in den Hafen gebracht. —

Der Bundesrath überwies in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Sparkassen dem VII. und IX. Ausschuß. —

Baldige Nachwahl zum Reichstage. Wie uns von einem sicheren Gewährsmann aus Rostock geschrieben wird, dürfte der deutsch-konservative Reichstags-Abgeordnete Ober-Landesgerichtsrath Dr. v. Buchtla demnächst zum Ober-Landesgerichts-Präsidenten ernannt werden. Nach der Ernennung müßte im 5. mecklenburgischen Wahlkreise eine Nachwahl stattfinden. Das Stimmenverhältniß bei der letzten Wahl war das folgende: Auf den konservativen Kandidaten entfielen 6285, auf den der freisinnigen Vereinigung 5865, auf den sozialdemokratischen 7304, auf den antisemitischen 26 und 99 auf den der deutschen Rechtspartei. Bei der nothwendig gewordenen Stichwahl entfielen auf den konservativen v. Buchtla 10 805 und auf den sozialdemokratischen 9 184 Stimmen. —

Herr v. Stephan ist über die sozialdemokratische Kritik seines Ressorts böse. Da er unsere Angriffe nicht widerlegen kann, läßt er erklären, daß es sich bei der ganzen Debatte blos um den Fang von sozialdemokratischen Stimmen für die nächsten Reichstagswahlen handelt. Da diese aber erst 1898 stattfinden, wird diese Deutung kaum auf Glauben rechnen können.

Es kommt einzig und allein darauf an, daß Herr v. Stephan die sozialdemokratischen Angriffe widerlegt. Das ist aber unmöglich. —

Ein neues Steuerprojekt. Gegen die Margarine scheinen irgend welche Maßnahmen geplant zu werden. In Potsdam hat dieser Tage eine behördliche Umfrage bei den Kaufleuten stattgefunden, ob und wie viel Margarine sie verkaufen; auch in anderen Ortschaften des Potsdamer Regierungsbezirks haben ähnliche Ermittelungen stattgefunden. In Berlin waren dieselben kaum nöthig, denn hier sind in den einzelnen Polizeirevieren die Geschäfte, in denen Margarine verkauft wird, sehr genau bekannt, so daß es leicht sein würde, die verlangte Auskunft zu erhalten, ohne daß eine besondere Umfrage erforderlich wäre. Der Zweck dieser Ermittelungen wird verschieden gedeutet. Während Einige meinen, es handle sich lediglich um eine strengere Kontrole des Margarine-Verkaufs infolge der entdeckten vielfachen Butterverfälschungen, glauben Andere, daß es sich um eine Besteuerung der Margarine handeln möchte. Wie erinnerlich, wurde diese Idee kürzlich im Abgeordnetenhause von dem Abg. Grafen von Hoensbroech angeregt, der darauf hinwies, daß die Margarine-Produktion gegenwärtig bereits 40 Mill. Zentner jährlich in Preußen und Hamburg betrage und dieses Produkt fast ausschließlich in Preußen zum Verbrauch komme. Eine Steuer von 2 M. auf den Zentner würde eine Einnahme von 80 Millionen ergeben. Das Rechenexempel ist ganz einleuchtend und die Annahme, daß die erwähnte Umfrage mit einem solchen Steuerprojekte in Verbindung steht, nicht ganz unwahrscheinlich.

Sollte dieses neue Steuerprojekt wirklich bis zu einer Vorlage an den Reichstag heranreifen, so wird es überaus interessant sein, zu vernehmen, wie die Steuerkünstler begründen werden, daß die Verwendung der Margarine ein Luxus sei und daß diese Steuer blos die stärkeren Schultern belaste. Wir sind zwar mit der Küchenführung des Hofes, des Adels und der Geldkapitalisten nicht vertraut, glauben aber trotzdem annehmen zu dürfen, daß dort nicht mit Margarine gekocht, gebraten und gebacken wird. Unseres Wissens ist die Margarine das Speisefett der Armen. —

Zum Kapitel der Eheschließungen in der Armee. Die Verhandlungen, welche vor wenigen Tagen in der Budgetkommission statthatten, über den Zwang zu kirchlichen Eheschließungen — den die Militärverwaltung bekanntlich leugnete — werden durch Mittheilungen drastisch beleuchtet, die uns von sachkundiger Seite zugehen. In der bezüglichen Zuschrift heißt es:

Die Tochter des bekannten Bankier Pringsheim — bekanntlich vielfacher Millionär und Jude, der in der Wilhelmstraße ein großes Haus besitzt — heirathete seiner Zeit einen Herrn v. Rohrscheidt, der Reserve-Offizier des 1. Garde-Regiments zu Fuß war. Da Herr v. Rohrscheidt sich nicht kirchlich hatte trauen lassen, wurde er veranlaßt, seinen Abschied zu nehmen.

Auf die Unteroffiziere wird gleichfalls ein Druck ausgeübt, sich kirchlich trauen zu lassen. Ein Unteroffizier, der nur eine Ziviltrauung beabsichtigte, wird niemals den Heirathskonsens seitens des Regimentskommandeurs erhalten.

Werden verheirathete Rekruten eingestellt, so wird sofort ermittelt, ob sie kirchlich getraut sind. Verneinenden Falles wird seitens ihrer Vorgesetzten auf dieselben derartig eingewirkt, daß sie die kirchliche Trauung in der Regel nachträglich noch vornehmen.

Bei Geburten von Unteroffizierskindern ist seitens der Kompagnie von Zeit zu Zeit zu melden, ob die Taufe der Kinder erfolgt ist und durch welchen Geistlichen.

Betrachtet man diese Mittheilungen unter dem Gesichtspunkte des schweren moralischen Drucks, unter dem die Angehörigen der Armee stehen, so steht fest, daß es mit der Freiheit in Ehe- und Taufangelegenheiten sehr windig aussieht. Die Chefs der Militärverwaltung hatten keinen Grund, sich auf das hohe Pferd zu setzen und zu thun als herrsche bei der Armee keine Beeinflussung der Eheschließungen und Taufen. —

Auf Bayern folgt Sachsen mit der Forderung, daß die preußischen Staffeltarife auf Getreide abgeschafft werden. Blos unter dieser Bedingung wollen beide Regierungen im Bundesrathe dem russischen Handelsvertrage beistimmen. —

Zur Währungsenquete. Die „Nordd. Allg. Ztg." theilt mit, daß der ehemalige österreichische Minister und Sozialistenverächter Dr. Schäffle — unerwartet eingetretener Hindernisse wegen — die Berufung in die Kommission behufs Erörterung von Maßregeln zur Hebung und Befestigung des Silberwerths abgelehnt hat. An seiner Stelle ist Herr Bankdirektor Neustadt in Mannheim berufen worden.

Herr Dr. Schäffle hat fast ebenso oft wie über den Sozialismus, seine Meinung über die Währungsfrage geändert. Das Deutsche Reich wird auch ohne dieses nationalökonomische Chamäleon zur Klarheit über die Währungsfrage kommen. —

---

zugesehen, wie man die Leichen sofort im Schnee verscharrte, ohne daß in ihren stumpfen Gesichtern ein Zug von Schmerz oder Mitleid sich aussprach . . . Vielleicht hätten sie sie beneidet, wenn sie irgend eines Gefühles noch fähig gewesen wären.

Aber sie waren zu einem Zustand herabgesunken, wo jeder Wunsch und jede Hoffnung erloschen war . . .

Der Doktor mit der blonden Locke machte sich mit den gefangenen Türken und Arabern viel zu schaffen. Es gab da interessante Beobachtungen zu machen, eigenthümliche Krankheitserscheinungen zu konstatiren.

In den Zelten lagen Einige mit geschlossenen Augen, wie in einem lethargischen Schlafe.

Er fühlte ihren Puls: er war schwach und langsam. Er maß die Temperatur: sie war unglaublich niedrig. Er meinte, sie müßten vor seinen Augen verlöschen. Als er ihnen aber den Mund öffnete, um ihnen Thee oder Bouillon einzuflößen, schlugen sie die matten Augen auf und schluckten und schlürften und schmatzten in einem fort, ohne anzuhalten. Es war eine unbewußte Reflexbewegung, wie sie selbst niederen Thieren zu eigen ist, aber sobald er aufhörte, fielen sie wieder in ihren früheren Zustand zurück. Es war sehr interessant.

Jetzt hatte es aufgehört zu schneien. Gegen Mittag war die Luft milder geworden, und hinter den weißen, dünnen Wolkenmassen konnte man die Sonne errathen, die längs der Höhen des Balkan dahinzog.

Bald mußte sie dahinter verschwinden.

Die Glocke, die die Schwestern zur Mahlzeit berief, war verklungen, aber diesen halbverhungerten Menschen gegenüber fanden sie nicht den Muth, sich zu Tisch zu setzen.

In ihre schwarzen Mäntel gehüllt, wandelten sie noch immer in den Reihen der Gelagerten auf und nieder, um sie zu erquicken und das vielgestaltige Elend nach Möglichkeit zu lindern.

Die Deckungsmannschaften sahen dem Getriebe mit finsteren, trotzigen Mienen zu.

Unter den Füßen so vieler Menschen, die da unaufhörlich hin und her gingen, hatte der Schnee sich in einen kalten, schmutzigen Brei verwandelt. Sie standen darin, froren in ihren Stiefeln und durften sich nicht von der Stelle rühren. Sie selbst litten Hunger und waren von Strapazen erschöpft und da mußten sie zusehen, wie man sich um die Gefangenen mühte, und diese türkischen Hunde fütterte.

Was hatte es für einen Zweck, diese halbkrepirten Kerle herumzuschleppen? Wäre es nicht besser gewesen, ihnen gleich den Garaus zu machen? —

Der Chefarzt kam aus dem Zelte heraus, er sah finster und sorgenvoll aus.

Er rief Lazar Tempsky zu, der eben an ihm vorüber kam.

„Da wird uns wieder eine hübsche Anzahl am Halse bleiben — die Kerle können nicht weiter."

„Es ist ein Wahnsinn, solche Leichname marschiren zu lassen," erwiderte Lazar.

„Sie bringen uns den Typhus und das ist das Allerschlimmste — Teufel, da fliegt schon wieder Einer hin," sagte der Doktor und trat zu einem der Gefangenen, der, aus dem Zelte herauskommend, mit unsicherem Gange über die Füße eines Anderen gestolpert, gegen den Zeltpfosten gefallen war und sich die Stirne verletzt hatte.

Er blutete stark.

Es war ein junger Bursche mit einem schwarzen Vollbart, der sein gelbes Gesicht noch fahler erscheinen ließ. Er griff nach der Stirne, ohne an seinen Fez zu rücken, und als er das herabsickernde Blut gewahrte, das ihm Hände und Kleider färbte, starrte er mit den schwarzen, hohlen Augen darauf, als könne er's nicht begreifen, daß es sein Blut sei, das so frisch und roth seinem ausgemergelten Körper entströmte.

Lazar wollte ihm beispringen, aber der Chefarzt hielt ihn zurück: „Lassen Sie doch, ich brauche Sie anderswo."

Er sah sich nach einer Schwester um: „Bitte, Schwester Helene, wenn Sie Zeit haben, schauen Sie hier nach."

Er bezeichnete ihr den Mann mit den Augen und entfernte sich rasch, Lazar mit sich nehmend.

Sie schritten über die weite, beschneite Fläche dahin, einer entfernten Erdhütte entgegen, aber bald machten sie Halt, um sich ihre Zigarren anzuzünden.

Lazar blickte nach der Schwester zurück, die vor dem Verwundeten auf dem feuchten Boden sich niedergelassen hatte und sich über ihn beugte, um die Wunde zu untersuchen. In ihrer Haltung drückte sich ernste Hingebung aus, die jede Spur von Ekel und Scheu überwunden hatte.

„Unsere freiwilligen Schwestern sind bewundernswerth," bemerkte Lazar.

„Ihr bewundert sie auch viel zu sehr," brummte der Chefarzt. „Wir werden künftig nur Nonnen nehmen, Nonnen, Nonnen!" rief er, seinem momentanen Verdrusse nachgebend, der sich steigerte, als seine Zigarre nicht brennen wollte.

„Wohl nur, um unsere Augen zu strafen," scherzte Lazar, dem Chef seine brennende Zigarre entgegenhaltend.

„Die Geschlechtslosigkeit ist bequemer," entschied der Chefarzt, den Rauch vor sich hinblasend.

„Und das vollgiltige Weib würde also unserer Schwäche wegen zurückgesetzt?"

„Das vollgiltige Weib gehört in die Familie."

„Es ist nur schade, daß diese ihre Aufgabe nicht mehr zu erfüllen vermag, die Familie bietet ihren Töchtern weder Schutz noch Versorgung.

„Westeuropäische Anschauung," rief der Chefarzt, rascher ausschreitend, „bei uns ist es noch nicht so weit. Was unsere Weiblein bewegt, das ist die Lust, das Verlangen nach Freiheit und Unabhängigkeit."

„Aber man läßt sie diese Lust ziemlich büßen," erwiderte Lazar mit einem feinen Lächeln der Opposition, „diese Frauen arbeiten wie Tagelöhnerinnen und härter noch, aber selbst in diesem mühseligsten aller Berufe haben sie die Konkurrenz derjenigen auszuhalten, die ein Orden ernährt."

Der Chefarzt blickte scharf nach dem Sprecher, der die Mütze vom Kopfe gerissen hatte, als wäre ihm plötzlich heiß geworden.

Der Wind durchwühlte das kurze Gelock, und Haar und Bart schimmerte wie rothes Gold unter den Strahlen der eben untergehenden Sonne.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Knebelung der Staatsarbeiter. In der königlichen Artilleriewerkstatt in Spandau wurde vor kurzem ein Schlosser wegen Mangels an Arbeit entlassen. Darüber beschwerte er sich bei der Direktion und erklärte, während er als „konservativer, königstreuer" Mann, der auch bei der Reichstagswahl seine Schuldigkeit gethan habe, entlassen werde, beschäftige man Sozialdemokraten weiter in der Fabrik. Auf Befragen, wer diese seien, nannte er zwei frühere Arbeitskollegen. Diesen wurde nunmehr aufgegeben, gegen den Denunzianten die Beleidigungsklage anzustrengen, was der „Frankfurter Zeitung" zufolge auch geschehen ist. Andernfalls wären sie auch entlassen worden.

Es ist doch sittlich erhebend, daß Denunzianten belohnt und ehrliche Arbeiter mit Ansichten, die von den momentan herrschenden abweichen, entlassen werden. Das macht mehr Sozialdemokraten, als die Ketzerrichter ahnen. Konsequent wäre das Vorgehen der Leiter der Staatsbetriebe blos, wenn die Regierung die Sozialdemokraten für steuerfrei erklären und sie vom Militärdienste entbinden würde. Uebrigens ist es heiter, daß die Arbeiter veranlaßt werden, Beleidigungsklage ob der Bezichtigung, zur sozialdemokratischen Partei zu gehören, zu erheben. Mag auch irgend ein strebsamer Richter dies als Beleidigung ansehen, wir und mit uns Millionen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen nennen uns mit Stolz Sozialdemokraten und würden diesen Namen nicht vertauschen mit Orden, Titeln und Würden. —

Die Militär-Strafprozeßordnung im bayerischen Landtage. Die bayerische Abgeordnetenkammer hatte aus Anlaß des Fall Hofmeister's beschlossen, den § 138 der Militär-Strafprozeßordnung authentisch auszulegen. Die Reichsrathskammer hatte den Beschluß der Abgeordnetenkammer abgelehnt und beschlossen, die Regierung um die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, laut dessen die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 5. April 1888 über die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen auch auf die Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 29. April 1869 entsprechende Anwendung finden. Ueber die Verhandlungen entnehmen wir einer Korrespondenz der „Vossischen Zeitung" das folgende: Die Abgeordneten Wagner und Genossen brachten hierzu am 14. Februar den Antrag ein, unter entsprechender Begründung über die Rückäußerung der Reichsrathskammer zur Tagesordnung überzugehen. Der Kriegsminister Asch vertritt die Anschauung der Regierung, die Auslegung des Artikels 138 sei eine offene und der jeweiligen Entscheidung der Gerichte anheimzugebende Frage. Er legte gegen das Verlangen nach weitgehender Oeffentlichkeit als bei der Zivil-Strafprozeß-Ordnung entschiedene Wahrung ein und stellt eine Gesetzesvorlage nach dem Wunsche der Reichsrathskammer in Aussicht. Vollmar (Soz.) hätte eine schärfere Fassung des Antrags gewünscht. Es wäre Zeit, so überständige Verfassungsbestimmungen wie das Bestehen der ersten Kammer zu beseitigen. Der Lauf des Staatswagens sei ohnehin langsam genug, um das Schleifzeug der ersten Kammer entbehren zu können. Die Haltung des Kriegsministers sei ihm unverständlich. In dem Augenblick, wo die Kammer im Begriff stehe, einen die Oeffentlichkeit des Verfahrens sichernden Antrag einstimmig anzunehmen, kündige der Minister einen die Oeffentlichkeit beschränkenden Gesetzentwurf an. Trotz aller auf diesem Gebiete gemachter parlamentarischer Erfahrungen habe er die Ueberzeugung, daß die Kammer dieser Vorlage gegenüber nicht umfalle. Der Kriegsminister dürfte damit eine bittere Enttäuschung erleben. Die Kammer nahm einstimmig den Antrag Wagner an.

Man ersieht hieraus, daß, wo die Reservatrechte Werth für das Volk haben, die bayerische Regierung bereit ist, sie abzuschaffen. —

„Aus der Dynastie Stumm." In unserem Artikel in Nr. 86, 2. Beilage, haben wir hervorgehoben, wie die pfälzische Regierung, eine preußische Stadt, gegen die autokratischen Gelüste des Herrn v. Stumm in Schutz nehmen mußte, und wie die preußische Regierung sich solidarisch mit Herrn v. Stumm erklärte und gegen den rebellischen Bürgermeister jener Stadt (rebellisch gegen den Alleinherrscher von Neunkirchen!) eine Disziplinar-Untersuchung einleitete.

Im Grunde genommen sind diese Vorgänge ja nichts Außergewöhnliches, sie sind höchstens eine packende Illustration zu der alten Erfahrung, daß der „Staat" lediglich der Exekutiv-Kommis der besitzenden Klassen ist, und daß, wenn sich ein Interessen-Gegensatz zwischen einzelnen Gruppen dieser Besitzenden herausstellt, folgerichtig der Staat auf Seiten der Meistbesitzenden, und sei es auch ein Einzelner wie Stumm, gegen die Minderbesitzenden, und wenn es die Bürgerschaft einer ganzen Stadt ist, steht. Also Herr v. Stumm hat nur den Beweis geliefert, daß der Satz: l'état c'est moi in seinem Munde keine Phrase ist; hinter seiner Person steht mit ihren Machtmitteln die preußische Regierung. Seine Arbeiter hätte „König" Stumm bei dem geringsten Versuch einer Auflehnung gegen seinen allmächtigen Willen materiell zerschmettert — die Bürger von St. Johann sind der Mehrzahl nach ökonomisch unabhängig von ihm, da tritt also Herr v. Stumm zurück, und die Regierung zieht ihre Register auf.

Mit dem Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister begnügte sich die Regierung nicht, sie versagte einer Gehaltszulage, welche die Stadt ihrem rührigen Beamten zugesagt hatte, die Genehmigung. Aber die Bürgerschaft erklärte sich in einer großen öffentlichen Versammlung solidarisch mit ihrem Bürgermeister, und was die Gehaltszulage betrifft, so fand man bald die Form, in welcher man das Regierungsverbot umgehen konnte. Und so läßt denn die Regierung im Interesse ihres Schützlings gröberes Geschütz auffahren. Man höre und staune — nicht!

Das Präsidium der Saarbrücker Handelskammer hatte eine Petition an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtet behufs Wiedererrichtung einer Eisenbahndirektion in St. Johann-Saarbrücken. Am 12. d. M. fand nun eine Sitzung der Handelskammer statt, in welcher Herr v. Stumm, der erste Vorsitzende der Kammer, derselben die Mittheilung zugehen ließ, daß die Errichtung der Direktion in St. Johann-Saarbrücken zwar gesichert erschienen, jedoch wieder zweifelhaft geworden sei, da die Stadtvertretung von St. Johann in einen offenen Kampf gegen die Regierung eingetreten sei!

In den beiden Städten ist man starr über diesen Bescheid. St. Johann-Saarbrücken hatte sich von jeher als ein Schooßkind der preußischen Regierung betrachtet, die Perle in dem Schlotwinkel des Saarreviers; die Gesinnung der Bürger war stets tadellos patriotisch gewesen, die Wahlen ohne Ausnahme, nicht nationalliberal oder konservativ, nein einfach gouvernemental ausgefallen. Kriegervereine und evangelische Jünglings- und Arbeitervereine sprießen auf und gedeihen hier wie Pilze auf dem Misthaufen, an „Königs Geburtstag" pfeifen die Spatzen sogar hierorts: „Heil Dir im Siegerkranz". Bis vor kurzem gab es keine Sozialdemokraten auf diesem heiligen Schlachtenboden, jeder einzelne Bürger der Städte fühlt sich tief im Busen als berufener Kämpfer für Ordnung und Gesellschaft, als den moralischen Sieger zumal über die ausständischen Bergleute. Wenn König Stumm, die Verkörperung dieses loyalen Geistes, durch die Straßen der Städte fährt, fliegen die Hüte von den Köpfen und man sieht blos Rücken, breite, demüthige Bürgerrücken . . .

Und nun Feinde der Regierung! Um das Wasser des Herrn von Stumm! Nur weiter so gewühlt, Schlotheiliger! Wir bewundern Sie, Sie vermögen mehr wie wir: Sie revoltiren die Bürger! Weiter so, wir kreuzen die Arme und freuen uns und warten.

Der konfessionelle Frieden soll durch die katholischen Korporationen an der Universität Bonn gestört werden! Wir sind gewiß kein Freund dieser Korporationen und glauben vor allem, daß die Herren Korpsburschen, diese Blüthe des aristokratischen Studententhums, mit der größten Wurschtigkeit den konfessionellen Unterschieden der anerkannten Landeskirchen gegenüberstehen. Die katholischen Korporationen sind ihnen aber deshalb ein Dorn im Auge, weil sie ein lebendiger Protest gegen die Duellrüpelei sind. Wohl giebt es auch lutherische Studentenverbindungen, welche das Duell verwerfen; aber deren Mitglieder, zumeist Theologen, sind hübsch still, ducken sich und schweifwedeln wohl gar schon vor dem hochgeborenen Herrn Korpsburschen, dessen Protektion ihnen sehr leicht zur Erlangung einer Pfarre behilflich sein kann und dessen verächtliche Behandlung sie daher mit Demuth einstecken. Das thun jedoch die katholischen Korporationen nicht; sie bieten den Korpsrüpeleien Trotz und — so stören sie den religiösen Frieden! —

Unternehmer-Wahnsinn. Vor wenigen Tagen brachte der Draht die Nachricht, daß in einigen Kohlengruben der Nordbahn zu Mährisch-Ostrau die Hundstößer die Arbeit niedergelegt hätten, weil es ihnen unmöglich erschien, mit den paar Bettelpfennigen, die man ihnen als Lohn hinwarf, länger ihr Leben zu fristen. Wer da weiß, daß die in den schmutzigen Erdlöchern dieses für die Unternehmer so ungeheuer ertragreichen Revieres schaffenden Lohnsklaven zum großen Theile bedürfniß- und anspruchlose Polen sind, wird ermessen können, wie hoch die Ausbeutung und Schinderei gestiegen sein mußte, um auch bei diesen Genügsamen den letzten Geduldfaden zu zerreißen. Der bohrende Hunger, die fressende Noth und der „sanfte" Druck der liberalen Regierungsorgane haben die Streikenden nach einer Woche in die Gruben zurückgetrieben. Für die Kapitalisten, soweit sie den Vorfall beachteten, ist die Sache somit erledigt. Einer aber, dem der Streik sehr nahe anging, hat von allem Anfang an mit keinem Ohr gezuckt. Während die streikenden Kohlenarbeiter in Mährisch-Ostrau vor Hunger schrien wie die Wölfe, hat ein Hauptaktionär der Nordbahn, einer der Herren Guttmann, Kohlenkönig von Wien und Innerösterreich durch Rothschild's Gnaden, einen Hausball gegeben. Die Kosten dieses Haus- und Familienfestes beliefen sich blos auf 42 000 Gulden (über 60 000 M.). Jeder der ankommenden Gäste erhielt als Angebinde eine feine Zigarrentasche mit vier Zigarren, von welchen das Stück 3,60 M. kostete, jeder Kopf der Freßrunde kam dem Gastgeber über 100 Gulden zu stehen, und für Ananas-Erdbeeren zum Dessert hatte der Edele 7000 M. ausgegeben. Und zum Schlusse fand er noch einen Tintenkuli, der mit schmatzendem Behagen seine Protzenseligkeit über alle Dächer schrie.

In Paris delektirten sich zu Weihnacht reiche Weibsbilder an Haifischflossen, und steigerten ihr Vergnügen durch die Erwägung, wie viele Menschen der Fisch, der die Delikatesse geliefert, wohl schon gefressen haben mochte. —

Wie viele vertrocknete Kathedermenschen haben ihre Rededonner geschleudert gegen den Cäsarenwahnsinn und wie haben sie sich ausgelassen über die speiende Fraßgier der alten Römer! Und doch waren all diese Schwelger, Schlemmer und Prasser im Grunde genommen die reinen Waisenknaben. Keiner von ihnen hat je an einer leimigen Haifischflosse gelutscht, keiner eine Ananas-Erdbeere mitten im Winter geschluckt und keiner hat je in seinem ganzen Leben etwas gehört von der Leibspeise des ganzen Berliner Thiergartenviertels: von Trüffelpuree. Gepriesen sei das Jahrhundert, gepriesen die Kultur, die alle diese Süßigkeiten und Herrlichkeiten der Menschheit gebracht, gepriesen und hochgelobt in alle Ewigkeit! —

Reislaufen nennt man in der Schweiz das Dienstnehmen in fremden Ländern, welches Jahrhunderte lang unter den „freien" Schweizern Mode war, und sie nicht hinderte, den despotischen Regierungen als Stütze gegen das Volk zu dienen. Namentlich mit den Bourbonen in Frankreich und Italien bestanden förmliche Staatsverträge, die den Bestand von Schweizer Regimentern sicherten. Die Schweizer ließen sich gut bezahlen: Point d'argent point de Suisse — kein Kreuzer kein Schweizer —, aber sie waren auch treu, wie sie 1792 in Paris bewiesen und 70 Jahre später in Neapel. Mit dem Sturz der letzten Bourbonen ist auch das Reislaufen im alten Sinne des Worts abgekommen — die Bundesverfassung verbietet es sogar ausdrücklich — allein in anderer Form dauert es doch noch fort. So lesen wir in der letzten Nummer des „Grütlianer":

> Einen schwarzen Punkt in der Schweizergeschichte bildet das Söldnerunwesen und nicht umsonst haben s. Z. Zwingli und andere Männer gegen das die „freien Schweizer" entehrende Reislaufen angekämpft. Es war ja schön, daß das Ausland die Tapferkeit der Schweizer achtete, aber daß unsere Vorfahren sich zum Büttel hergaben, Thron und Altar zu stützen, das war weniger ruhmvoll. Wir erinnern uns wohl noch, daß heimgekehrte „Neapolitaner" erzählten, wie verachtet die Schweizer in Neapel vom Volke waren. Und trotzdem eilten immer Schaaren dorthin, bis das Söldnerthum daselbst ein gänzliches Ende nahm. Aber der Sinn für das Reislaufen ist noch nicht erstorben. Zwar geht's nicht mehr nach Neapel und giebt es keine Schweizerregimenter mehr in fremden Landen. Heute aber helfen immer noch zahlreiche Tellssöhne den Holländern die Völker im fernen Osten und den Franzosen die Araber und Tonkinesen im Zaum zu halten. Trotzdem heimgekehrte wie noch aktive Fremdendiener über die Behandlung und die Erlebnisse der Legionäre himmeltraurige Berichte abgeben, lassen sich immer noch junge Schweizer in die französische Fremdenlegion anwerben, um in derselben physisch und moralisch zu grunde zu gehen. Da gehen die schönsten Jugendjahre vorüber bei schmählichen Handlungen, sowie Mithilfe zur Unterdrückung der nach Selbständigkeit ringenden Völker. Daheim grämen sich die betagten Eltern über das ungewisse Schicksal ihres Kindes. So oft wir von dieser Reislauferei lesen, kommen uns die Zornesworte jenes edlen Römers in den Sinn, der den Feinden seines Vaterlandes zurief: „Elende Sklaven, selbst der Freiheit unwürdig, kommt Ihr noch, sie andern zu rauben!"

Was die französische Fremdenlegion betrifft, so sind die Deutschen darin leider noch zahlreicher als die Schweizer. Und doch ist die Behandlung eine geradezu barbarische. Im Dienst steht auf jedem Vergehen die Todesstrafe, außer Dienst herrscht allerdings eine fast zügellose Freiheit. Die Leute sollen sich betäuben — denn sie sind doch nur Kanonenfutter. Jetzt steckt ein Theil der Fremdenlegion in den Pestsümpfen von Tonkin und den andern schickt man nach Timbuktu, von wo Keiner zurückkommen wird. —

Zu spät! kam die Amnestie der Brüsseler Universitäts-Behörden. Der Ausschuß zur Gründung der neuen freien Universität hat, im Einverständniß mit den Studenten, beschlossen, die neue Universität zu eröffnen. Elysee Reclus wird seine Vorlesungen endgiltig am 3. März beginnen. —

Herostratus. Unter dieser Spitzmarke leitartikelt Tante Voß über das letzte Pariser Attentat. Sie sagt — nicht ganz mit Unrecht — die Ravachol, Vaillant und Genossen würden durch die Reklame-Artikel der Blätter gezüchtet, die den Ruhm solcher Helden und ihrer Thaten verkünden. Tante Voß geht aber noch weiter, und bezeichnet derartige Reklame-Artikel als eine Eigenthümlichkeit der französischen Presse. Und das ist eine Unwahrheit, die zurückgewiesen werden muß. Die deutsche Presse sündigt in dieser Beziehung ebenso viel wie die französische, und so toll wie seiner Zeit z. B. Hödel von der deutschen Bourgeois- und Polizeipresse sensationell ausgeschlachtet ward, ist kein Vaillant und Ravachol von der französischen Presse fruktifizirt worden. —

Die Sardinenbüchse hat in Frankreich nicht so viel Lärm gemacht wie der Kochtopf. Wiederholung langweilt. Die „Petite Republique" sagt lakonisch:

> „Zwischen den wahnsinnigen Verbrechern, die von menschenfreundlichen Theorien ausgehen, um zur Metzelei Unschuldiger zu gelangen, und den schlauen Politikern, die sich diese Anschläge zu nutze machen, um die Herrschaft der Ungerechtigkeit, von der sie leben, zu befestigen, können wir keine Wahl treffen. Wir bekämpfen die einen und anderen mit derselben Entschlossenheit."

Und wir halten die letzteren, weil im Besitz ihrer geistigen Fähigkeiten, für die größeren Verbrecher. —

Der Pariser Bombenwerfer Emil Henry soll an der Pariser Universität studirt und Prüfungen abgelegt haben.

Von dem letzten Pariser Attentäter wird ferner behauptet, er heiße nicht Breton oder Lebreton, sondern Henry und sei der Sohn eines Mitgliedes der Kommune. Letzteres ist falsch. Weder in der Kommune, noch in dem Zentralkomitee, das am 18. März zusammentrat, hat sich ein Mann dieses Namens befunden. —

Einen großen Krach hat die Bourgeoispresse in die belgische Arbeiterbewegung hineingelogen. Ein Theil der Genossen soll mit der Parteileitung unzufrieden sein und dem Anarchismus sich zuwenden. Thatsächlich ist die Partei in Belgien niemals einiger gewesen als jetzt, und sie wächst mit einer Schnelle, die ihre Gesundheit zeigt. Die einzige Frage, in der Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber kein Streit, — ist die der Allianz mit dem bürgerlichen Radikalismus angesichts der herankommenden Wahlen. Bis jetzt — namentlich in der Agitation für das allgemeine Wahlrecht — sind die belgischen Genossen Hand in Hand mit den Radikalen gegangen. Jetzt wird nun von einem Theil der Genossen die Meinung vertreten, es sei zweckmäßiger, wenn die Partei die Allianz löse und bei den Wahlen sich mit keiner Partei verbünde. In der Parteipresse wird das Für und das Wider in aller Ruhe diskutirt, in aller Ruhe wird der nächste Parteikongreß berathen und entscheiden; und in aller Ruhe wird die Partei der Entscheidung des Kongresses, als der obersten Instanz, folgen und ihr gemäß handeln. Das ist die Wahrheit; und das andere frommer Wunsch der Feinde. —

Italienische Sozialreform. 1½ Millionen Gewehre wurden für die italienische Armee bestellt, wohl um die unzufriedenen Mitbürger nach den neuesten Methoden der Technik niederknallen zu können. Dazu ist Geld da, aber für soziale Reformen nicht. —

Außerdem wird berichtet, daß das sozialistische Blatt „Siciliano", sowie die Zeitung „L'amico del Popolo" durch einen Erlaß des Generals Morra unterdrückt wurden.

Neue Gewehre einerseits, Unterdrückungsmaßregeln andererseits. Das ist die Signatur der italienischen Politik dem Hunger und Elend gegenüber. —

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 15. Februar. Eine für den Nachmittag geplante große Demonstration Arbeitsloser auf dem Schmelzer Paradefelde wurde durch den eisigen Wind vereitelt. Etwa 500 Personen waren erschienen und beantworteten die Aufforderung der Wache zum Auseinandergehen mit Rufen: „Wir wollen Brot! Wir hungern!" Die Ansammlung wurde zerstreut; 300 Personen marschirten nach dem Rathhaus, ein Arbeitsloser wurde wegen demonstrativer Hochrufe verhaftet. Vor dem Rathhause wurden die Demonstranten durch die Wache zerstreut und an dem weiter beabsichtigten Marsche zur Statthalterei verhindert.

Briefkasten der Redaktion.

Germania. Die englischen Parlaments-Mitglieder (des Unterhauses) sitzen gerade so wie unsere Reichstags-Abgeordneten; da aber von den „praktischen" Engländern blos halb so viel Sitzplätze eingerichtet worden sind, als das Unterhaus Mitglieder zählt, so muß bei besuchten Sitzungen stets ein großer Theil stehen. — Den Hut (Cylinder) tragen die Mitglieder während der Sitzung — legen ihn aber ab, sobald sie das Wort erhalten und da sie ihn dann meist hinter sich stellen, so hat dies häufig zur Folge, daß der Hut nach vollendeter Rede „eingesessen" wird, was stets schallendes Gelächter erregt. Man behält in England überhaupt in allen öffentlichen Räumen, Kaffeehäusern, Wirthshäusern 2c. den Hut auf den Kopf. — Der Präsident („Sprecher") trägt eine Perrücke.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 16. Februar.

Opernhaus. Mara. Slavische Brautwerbung. Cavalleria rusticana.
Schauspielhaus. Vasantasena.
Lessing-Theater. Ohne Geläut.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Brautjagd.
Residenz-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. A basso porto.
Berliner Theater. Uriel Acosta.
Central-Theater. Herr Coulisset. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Preciosa.
National-Theater. Bajazzi. — Der Teufel in Berlin. — Charley's Tante.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten! **Novitäten!**

Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse. Musik von Adolph Wiedecke. Regie: Max Samst.
Vorher:

„Bajazzi",

Parodistische Oper v. Hugo Busse.
Hierauf:

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedecke. Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6½ Uhr. — Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend Nachm. 3 Uhr: Schülervorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Wilhelm Tell.**
In Vorbereitung: **Die Weber.** Schauspiel in 4 Akten.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
Auftreten der Parterre-Akrobaten und Pantomimen-Truppe **Hermandez** (7 Personen). Zur Aufführung gelangt: **Ein Ständchen beim Doktor.** Große Pantomime. Frl. **Berkany**, Kostüm-Soubrette. **The Willon's**, Doppel-Jongleure. Geschw. **Gläser**, Gesang- u. Instrument.-Duettistinnen.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska"
und **Auftreten** von
Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung gratis verloost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Kegelbahnen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrinus.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Neue freie Volksbühne

im Wallner-Theater. 2½ Uhr präzise.
Ein Volksfeind. Von Henrik Ibsen.
Sonntag, 18. Februar: 1. Abth.
Sonntag, 25. Februar: 2. Abth.
Sonntag, 4. März: 3. Abth.

Mittwoch, den 7. März, 8½ Uhr: **Frühlings-Feier** in den „Konkordia-Festsälen". 453/13

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8½ Uhr:

Lumpensusanne

oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen — **Franziska Häser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" — **Josephine Dolcilisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit . . . . **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix,**
sowie **Hugo Schulz, Alfred Bender.**
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6½ Uhr.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 18. Male:
Herr Coulisset.
Schwank in 3 Akten v. Blum u. Toché.
Hierauf zum 55. Male: **Berlin 1893.**
Revue in 2 Abth. von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Castan's Panoptikum.

Ecke Friedrich- und Behren-Strasse.
Nur noch kurze Zeit:
Märchen-Cyclus.

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Kehlkopftuberkulose, Kehlkopfpolyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schußkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 16. Februar cr., Abends 7¼ Uhr:
Zum letzten Male:
Ein Künstlerfest.
Ueberraschende Licht- und Wassereffekte.
Grosses Pracht-Feuerwerk.
Außerdem: Musterung der Neuerwerbungen für den Marstall. Das Feuerpferd **Elimar,** vorgeführt v. Frl. **Oceana Renz.** Das Schulpferd **Cyd,** geritten von Herrn **R. Renz.** Der urkomische Imitator-Clown **Mr. Ybbs.** Die Akrobaten auf dem Telephondraht **Zalva, Espana** und **Alvar. Mr. Lavater Lee. etc.**
Sonnabend: Zum 1. Male: **Auf auf zur fröhlichen Jagd.** Orig.-Sportschaustück mit Parforce-Ritt vom Direktor **Fr. Renz.**
Sonntag **2 Vorstellungen,** Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7½ Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Fr. Renz, Direktor.

Dem Sangesbruder **M. Reussner** zu seinem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche!
Der I. Tenor des Gesangv. der Kupferschmiede. (M. d. A.-S.-B.)

Volks-Bildungsverein für Britz und Umgegend.

Den Genossen zur Nachricht, daß am 13. d. M. unser treues Mitglied

Otto Beschorner

gestorben ist. Die Beerdigung findet von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofs aus statt.
463/8 **Der Vorstand.**

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Letztes Gastspiel Truppe Kassoni.
Die Baby's.
Echt Berliner Blut.
Riesen-Programm.
Entree 15 Pf. Reservirt 30 Pf.
R. Winkler.

Victoria-Brauerei,

Lützowstraße 111—112.
Jeden Freitag und Montag:

Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree **50** Pf.
Im Vorverkauf **40** Pf.
(siehe Plakate).
Zum letzten Male:
Eine Soiree bei Lehmann's.
Gr. parodistisches Ensemble von Meysel.

Verband der im Vergolder- und verw. Gewerben besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
(Filiale Berlin).

Monatsversammlung

am **Montag,** den 19. Februar 1894, Abends 8½ Uhr,
im Lokal von **Scheffer,** Inselstraße 10.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Pinn** über: „Die Chartistenbewegung in England". 2. Diskussion. 3. Der Streik der Kollegen in Burg. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
356/8 **Die Ortsverwaltung.**

Weissensee.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.
Sonntag, den 18. Februar, Nachmitt. 4 Uhr, im Lokal des Herrn **Schulz,** Königs-Chaussee 55:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegirten. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 3. Verschiedenes. 1757b
Die Ortsverwaltung.

Hochfeine Kanarien-Roller,

nur 6,50 M. mit Verp. vers. per Nachnahme **G. Müller,** Vogel-Züchterei, Nordhausen a. H. Was nicht gefällt, nehme ich zurück. Gute Zuchtweibchen à Stück 1 M. 1743b

Handtuch-Verleih-Institut Neue Königstraße 17.

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

M. Krüger's Speise-Leinöl ist das anerkannt beste. Fabrik-Lager Skalitzerstr. 105. 1717b

Otto Naether,

Uhrmacher,
Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art solid und preiswerth. [54172*

Der Sozialdemokrat

Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nr. 3

ist erschienen und hat folgenden Inhalt:
Kongreß der Independent Labour Party. — Die Landtags-Wahlrechte: II. Sachsen. — Rentengüter in Preußen. I. — Das Elend der Landarbeiter. — v. Egidy über die Arbeitslosenversammlung. — Politisches. — Parteinachrichten. — Vom Lande. Agrarisches. 36262
Soziale Kämpfe vor 300 Jahren. — Kautsky über die Gewerkschaften. — Zustände in Bäckereien. — Bergarbeiterleben. — Kriminaldirektor Dambach. — Arbeiterschutz. Arbeiterversicherung. — Gewerkschaftliches. — Sozialstatistisches. Zur Arbeiterlage. — Vermischtes. — Todtenschau. — Literatur.

Abonnementspreis pro Februar-März unter Kreuzband bezogen fürs Inland 1 M., fürs Ausland 1,20 M.
Vom 1. April ab in Berlin durch die Zeitungsspediteure oder durch die Post pro Quartal 1,20 M., unter Kreuzband 1,80 M.
Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat"
Berlin SW., Beuthstrasse 2.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

General-Versammlung

am **Mittwoch,** den 21. Februar, Abends 8½ Uhr, in **Habel's Brauerei,** Bergmannstr. 5/7. 373/8
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von der Gedächtnißfeier. 2. Fortsetzung der in der letzten Versammlung vertagten Diskussion. 3. Anträge des Vorstandes und Fragen. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).

Bezirks-Versammlungen:

West, Südwest und Schöneberg: Am **Sonntag,** den 18. Februar, Vormittags 10½ Uhr, bei **Lehmann,** Kreuzbergstr. 4.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. Hierzu sind die Kollegen der Werkstätten von Faul, Krausenstraße 31 und Wenzel, Fürbringerstr. 9, besonders eingeladen. 433/16
Südost: Am **Montag,** den 19. Februar, Abends 8½ Uhr, bei **Hoffmann,** Oranienstr. 180.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Förster** über: Die Statistik und ihre Bedeutung. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zu Werkstatt-Kontrolleuren. 4. Verbandsangelegenheiten.

Vertrauensmänner-Versammlungen:

Osten: Am **Montag,** den 19. Februar, Abends 8½ Uhr, im **Freischütz,** Fruchtstr. 36.
Norden: Am **Montag,** den 19. Februar, Abends 8½ Uhr, bei **Keller,** Bergstr. 68.
Moabit: Am **Sonntag,** 18. Februar, Vorm. 10 Uhr, in **Ahrens' Brauerei,** Thurmstr. 26.
Tagesordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Rückgabe der ausgefüllten statistischen Fragebogen.
Auch Nichtmitglieder haben in diesen Versammlungen Zutritt.
Um recht zahlreiches Erscheinen in allen Versammlungen ersucht
Die Ortsverwaltung.
Da die statistischen Fragebogen bis Ende dieses Monats nach Stuttgart gesandt werden müssen, so werden die Kollegen ersucht, die noch in ihren Händen befindlichen so schnell als möglich abzugeben.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß im **Osten zwei neue Zahlstellen errichtet sind** und zwar bei **Tempel,** Langestr. 65 und bei **Krause,** Landsberger Allee 147.

Verband der Sattler und Tapezirer.

Sonnabend, den 17. Februar, Ab. 8½ Uhr, bei **Wienecke,** Alte Jakobstr. 83:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. **Dr. Pinn** über: „Der schwarze Tod". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste sehr willkommen. **Der Vorstand.**

Achtung! Maurer Achtung!

Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 18. Februar cr., Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Hensel, Invalidenstrasse 1:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Solidarität der Berliner Hutmacher-Genossenschaft den Berliner Maurern gegenüber. 2. Der Pfuschbau der Innungs-Maurermeister Lachmann und Zauber. 3. Verschiedenes. 445/10
Der Vertrauensmann: W. Ueckert, Thurmstraße 28.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umg.

Sonntag, den 18. Februar, Vorm. 10 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Beuthstraße 22, 1 Treppe:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über: „Die geistige Entwickelung des Proletariats". Referent Genosse **Ledebour.** 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 428/11
Eine weitere Einladung zu dieser Versammlung findet nicht statt. Die Mitglieder werden ersucht, rege für den Besuch zu agitiren. Zutritt hat jeder Zimmerer. **Der Vorstand.**

Achtung! Putzer (Maurer).

Sonntag, den 18. Februar, Vorm. 10 Uhr, in der **Brauerei Königstadt,** Schönhauser Allee:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Welches sind die besten Lehren für das kommende Baujahr? Referent Kollege **F. Schulz.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Beisitzer im Gewerbegericht. 4. Verschiedenes. 249/12
Um rege Betheiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

Verein Schäftebranche.

Sonnabend, den 17. Februar, Abends 9 Uhr, **Versammlung.**
1758b] **Wallstrasse 20:**

Künstl. Zähne 2 M., Plomben 1,50 M., schmerzloses Zahnziehen u. Nervtödten 1 M. Zahnarzt Robert Wolf, Leipzigerstr. 22, Sprechst. 8—7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2. **Hierzu zwei Beilagen**

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 39. Freitag, den 16. Februar 1894. 11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 15. Februar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Stephan.

Die Spezialberathung des Postetats wird fortgesetzt.

Im Extraordinarium, ordentlicher Etat, werden für Postbauten 8 875 483 M. verlangt. Die Budgetkommission hat von den geforderten 43 Titeln nur denjenigen für Erwerbung eines Grundstücks in Lissa mit 175 500 M. gestrichen.

Die zweiten und ferneren Raten für bereits früher bewilligte neue Postdienstgebäude werden ohne Debatte bewilligt.

Die geforderte erste Rate für ein neues Dienstgebäude in Deutsch-Crone wird vom Abg. Schmidt-Warburg (Z.) beanstandet.

Direktor **Fischer**: Deutsch-Crone ist namentlich bezüglich des Transitverkehrs ein sehr wichtiger Postort; die Einwohnerzahl kommt dabei wenig oder gar nicht in betracht, es haben sogar Orte mit noch geringerer Einwohnerzahl noch größere reichseigene Postgebäude erhalten.

Abg. **Gamp** (Reichspartei) tritt gleichfalls für die Bewilligung ein.

Abg. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) weist darauf hin, daß vielfach Gebäude der Justizverwaltung mit viel geringerem Prunk und Schnörkeleien hergestellt sind, als die Postbauten. In jedem Falle hätten die ästhetischen Interessen bei den Postbauten den Verkehrsinteressen nachzustehen.

Abg. **Schmidt**-Warburg: Wir könnten nur wünschen, daß unser Reichs-Finanzminister Graf Posadowsky wenigstens einigermaßen dem Herrn v. Stephan auf die Finger sähe.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.) hält den ganzen Streit für sehr überflüssig. Das Bedürfniß sei allgemein anerkannt.

Abg. **Gamp** kann nicht finden, daß bei den Justizgebäuden allzusehr gespart wird; manche Schwurgerichtssäle könnten weniger geräumig und weniger luxuriös gebaut sein; es wäre doch gerade ersprießlicher, den Zudrang solcher Elemente zu beschränken, für welche die Verhandlungen nur die Schule des Verbrechens sind.

Abg. **Gröber** (Z.) begreift zwar die Erregung des Abg. Gamp, der für einen Postbau in seinem Wahlkreise kämpfte, kann aber nicht gelten lassen, daß das Kommissionsvotum den einzelnen Abgeordneten verhindern soll, seine entgegengesetzte Meinung mit aller Kraft zur Geltung zu bringen. Der vorgelegte Bauplan lasse viel eher auf eine Kirche, als auf einen Postbau schließen.

Die Forderung wird mit geringer Mehrheit bewilligt. Gegen dieselbe stimmen die meisten Mitglieder des Zentrums und der freisinnigen Volkspartei, sowie etwa die Hälfte der anwesenden Nationalliberalen und Sozialdemokraten nebst vereinzelten Mitgliedern der Rechten.

Zur Erwerbung eines Bauplatzes und zur Herstellung eines Dienstgebäudes in Greifswald sind rot. 430 000 M. erforderlich, wovon 266 785 M. als erste Rate in den Etat eingestellt sind. Auch dieses Postgebäude ist mit einem der Architektonik der Ostseestadt und speziell der Bauten am Markt angepaßten Giebel und Thurmbau projektirt.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. **Schmidt**-Warburg, der die Position bewilligen wird, weil sich eine Absetzung der Kosten für Giebel und Thurm doch nicht ermöglichen lassen würde, genehmigt das Haus die Position.

Als erste Rate zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Potsdam werden 220 000 M. gefordert. Geplant ist ein Sandsteinbau, der im Ganzen 2 200 000 M. kosten soll; in ihm soll die Ober-Postdirektion und das Post- und Telegraphenamt untergebracht werden. Die Kommission hat zwar die geforderte erste Rate wegen der Dringlichkeit des Baues bewilligt, und zwar „zu Fundamentirungsarbeiten“, gleichzeitig aber eine Resolution beschlossen, wonach der Reichskanzler ersucht wird, den Plan des in Potsdam herzustellenden neuen Dienstgebäudes unter Zugrundelegung eines Ziegelsteinbaues entwerfen zu lassen.

Ohne Debatte wird der Titel mit der Resolution angenommen.

Für das Postgebäude in Schwerin sind als erste Rate 120 000 M. ausgeworfen. Die Gesammtkosten belaufen sich auf 644 500 M.

Abg. **Schmidt**-Warburg beantragt, da in dem Kostenanschlag ein Posten von 70 000 M. allein für Steinmetzarbeiten sich finde, die Position auf die Möglichkeit weiterer Ersparungen nochmals in der Kommission zu prüfen.

Unter Ablehnung dieses Antrags wird der Titel bewilligt. Die Forderung von 108 760 M. für Erwerbung eines Bauplatzes zu einem neuen Dienstgebäude in Hamm beantragt Abgeordneter Schmidt-Elberfeld zu streichen.

Abg. **Lenzmann** (FV.) steht in dieser Frage auf der Seite der Postverwaltung.

Direktor **Fischer**: Die Postverwaltung verfährt nicht mit Bevorzugung der großen oder der kleinen Industrie, sondern sie sucht beiden nach Maßgabe ihrer Kräfte gerecht zu werden. In der Sache selbst freut sie sich, von einem so guten Kenner der Verhältnisse in diesem Falle unterstützt zu werden.

Abg. **Hammacher** tritt für die Etatsforderung ein.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld verwahrt sich gegen die in den Worten des Abg. Lenzmann möglicherweise liegende Insinuation, als ob er die Interessen des Großkapitals vertreten habe. Die eine der gegen das Projekt eingelaufenen Petitionen trage 2091 Unterschriften. Hätte Hamm soviel Großkapitalisten, es könnte sich gratuliren.

Abg. **Lenzmann**: Diese 2091 Mann sind die Arbeiter der erwähnten großen Werke. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Leipziger** (dt.) spricht sich für den Antrag Schmidt, Abg. **v. Kardorff** (Rp.) für die Bewilligung aus.

Direktor **Fischer** weist gegenüber dem Abg. von Leipziger nochmals auf die Stellungnahme des Oberbürgermeisters und des Stadtverordneten-Vorstehers von Hamm hin.

Die Position wird gegen die freisinnige Volkspartei und die Deutschkonservativen bewilligt. Die Forderung für Lissa wird entsprechend dem Kommissionsantrage ohne Debatte abgelehnt. Der Rest des Extra-Ordinariums wird ohne Diskussion genehmigt.

Das Haus wendet sich nunmehr zu den Einnahmen.

Den Ansatz für Porto- und Telegraphengebühren hat die Kommission von 245½ Millionen auf 248 970 000 M. erhöht, und zwar, wie der Referent mittheilt, auf grund einer Aeußerung des Herrn v. Stephan auf dem Bankett des deutschen Handelstages über die Zunahme des Verkehrs. Abg. v. Staudy beantragt die Rückgängigmachung dieser Erhöhung.

Direktor im Reichsschatzamt **Aschenborn**: Der von der Kommission empfohlene Weg ist ein sehr ungewöhnlicher. Der Anschlag für die Post erfolgt seit 10 Jahren in genau derselben Weise; er ist berechnet mit allen den Garantien, welche für zutreffende Veranschlagung überhaupt gewonnen werden können. Er ist sogar noch optimistisch beeinflußt. Die Kommission will aber diesmal die Abrechnung des wahrscheinlichen Ausfalls an dem rechnungsmäßigen Plus nicht eintreten lassen, sondern den fraktionsmäßigen Zuschlag voll in den Etat einstellen. Für die beiden abgelaufenen Jahre ist der Anschlag nicht erreicht, im laufenden Jahre ist allerdings für die ersten neun Monate ein Ueberschuß von 770 000 M. vorhanden. Mit dieser Summe kann der Mehransatz nicht begründet werden, noch weniger aber kann er begründet werden auf bloße Hoffnungen einer wirthschaftlichen Besserung ohne jede rechnerische Unterlage. Die Isteinnahme des laufenden Jahres gestattet auch keinen höheren Ansatz als 245 Millionen. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß besondere Verhältnisse besonders stimulirend auf die Zunahme des Verkehrs und somit auch des Postverkehrs wirken werden.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld: Ich hatte neulich die Erhöhung des Maximalgewichts der einfachen Briefe, von 15 auf 20 Gr. verlangt und mich auf Zahlen gestützt, die der Direktor im Reichs-Postamt, Sachse, als unrichtig bezeichnete. Herr Sachse hat später zugegeben, daß seine und meine Statistiken sich nicht decken. Ist das der Fall, so muß eine der beiden Statistiken falsch sein. Lege ich seine Zahlen zu Grunde, so haben wir 696 Millionen Briefe, wovon 605, 45 und 47 Millionen auf die Briefe von unter 15 Gr., zwischen 15 und 20 Gr. und über 20—250 Gr. Diese Zahlen sind nicht richtig, man müßte denn den gesammten Verkehr nach Bayern und Württemberg zu den Doppelbriefen rechnen. Es gab über 15 Gr. nur 62½, nicht 92 Millionen Briefe. Entsprechend korrigiren sich die Prozentzahlen, die Direktor Sachse angegeben hat. Ebenso wenig ist nachweisbar, daß die Uebertragung der Verbilligung der einfachen Briefe auf das Ausland 1½ Millionen Mark Ausfall bringen würde. Ich empfehle der Verwaltung wiederholt dringend das Eingehen auf unsere Forderung; es handelt sich nur um einen geringen Ausfall, denn die Zahl der Briefe von 15—20 Gramm ist eine sehr mäßige im Vergleich zu sämmtlichen Doppelbriefen. Auch Herr v. Stephan selbst hat im Dezember 1889 nur von einem Ausfall von 2½ Millionen gesprochen. (Staatssekretär v. Stephan: Vor 4 Jahren!) Die Statistik von 1891, auf welche die Post sich beruft, ist offenbar nur theilweise in Deutschland aufgenommen worden; von den Beamten, die ich befragt habe, ist keiner an dieser Statistik betheiligt gewesen.

Direktor **Sachse**: Der Vorredner beharrt bis zur Stunde auf seiner Behauptung, daß der Ausfall nur 5—600 000 M. betragen würde. Ich habe die richtigen Zahlen gegeben, der Abg. Schmidt zweifelt auch diese an. Die Statistiken sind nicht etwa falsch, weil sie sich nicht decken. Herr Schmidt scheint zu bezweifeln, ob diese Statistik von 1891 überhaupt aufgenommen ist. Ihre Aufnahme ist damals durch die Ober-Postdirektionen erfolgt; ihre Ergebnisse habe ich hier amtlich vorgetragen. Aber selbst nach der Statistik des Abg. Schmidt betrüge der Ausfall noch 3 200 000 M.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld beharrt dabei, daß die Zahlen des Herrn Direktors falsch sind.

Abg. **Hammacher** tritt dem Kommissionsbeschluß entgegen, dessen Unhaltbarkeit der Direktor Aschenborn unwiderleglich dargethan habe.

Abg. **Richter**: Direktor Aschenborn hat hier nichts vorgebracht, was er nicht mit derselben Emphase schon in der Budgetkommission vorgebracht hat; trotzdem ist der Beschluß in der Kommission mit ⅔-Mehrheit gefaßt worden. Wer es schwer nimmt mit der Bewilligung neuer Steuern, muß auch die Etatseinnahmen richtig bemessen. Wir dürfen in der Veranschlagung der Einnahmen an keine Schablone gebunden sein. Es existirt hier weder eine konstante Praxis noch eine grundsätzliche Frage bei dem Regierungsansatz. Wir gehen vielmehr grundsätzlich zu Werke, indem wir den dreijährigen Durchschnitt zu Grunde legen, die Regierung macht einen willkürlichen Abstrich davon. Man mahnt zur Vorsicht, diese Vorsicht ist aber für uns da geboten, wo es sich darum handelt den Einzelstaaten nicht zu viel Matrikularbeiträge aufzulegen.

Staatssekretär **v. Stephan**: Es könnte fast so scheinen, als ob wir die Etatsansätze möglichst niedrig machten. Das ist aber nicht der Fall. Im Dezember 1892 hatten wir einen Ueberschuß von 7 Millionen, im Dezember 1893 nur von 5 Millionen. Wir können doch nicht in einem Jahre den Ueberschuß um über 20 pCt. erhöhen; das wäre ein ganz unerhörtes Vorkommniß. Wir müssen uns vor Enttäuschungen hüten. Die Posteinnahmen hängen ab von den schwankenden Verkehrsverhältnissen in der ganzen Welt, die wir gar nicht im voraus berechnen können, denken Sie an die Kriege in Südamerika, an den Rückgang der Zahl der Auswanderer, welche den Norddeutschen Lloyd zur Einschränkung seines Verkehrs veranlaßt hat und an gewisse Zufälligkeiten, wie den letzten Sturm, der uns einen Schaden von 600 000 M. zugefügt hat. Ein einziger Raufrost hat uns an Reparaturen 197 000 M. gekostet. Werden die ganzen Einnahmen der Post für die Reichskasse beschlagnahmt, so kann die Post verschiedene Reformen nicht durchführen, die auch von Ihnen gewünscht werden. Ich kann nicht glauben, daß es räthlich ist, die Verantwortlichkeit für die Aufstellung des Etats von den Schultern der Reichsbeamten auf die Schultern des Reichstages zu wälzen.

Abg. **v. Leipziger** (f.) hält den Etatsansatz der Regierung für richtig.

Abg. **Bebel** (Soz.): Heute entdecken die Herren mit einem Male einen Nothstand; neulich wollten sie von einem solchen nichts wissen. Die schlechte Lage des Geschäfts in der ganzen Welt war schon vorhanden, als Herr v. Stephan seine bekannte Bankettrede hielt. Er wird gut thun, bei seinen künftigen Etatsaufstellungen Herrn Falb zu Rathe zu ziehen. Es ist gar nicht wegzuleugnen, daß wir 1893 eine Steigerung der Post-Einnahmen gehabt haben und die Kommission hat mit Recht angenommen, daß das laufende Jahr sich nicht schlechter stellen wird. Es ist auch nicht abzusehen, weshalb wir nicht jeden Augenblick das System des Etatsanschlages ändern sollen, wenn sich dazu ein Anlaß bietet. Wir wollen keine Verdunklung des Thatbestandes aufkommen lassen. Eine Erhöhung der Gewichts der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm halte auch ich für erwünscht. Interessant ist nun, daß der bayerische Verkehrsminister in der bayerischen Kammer erklärt hat, er habe eine solche Reform in Bayern durchführen wollen, diese Reform sei aber an dem Widerstande Stephan's gescheitert. (Hört! Hört!) Auch eine Herabsetzung des Berliner Stadtportos von 10 auf 5 Pf. sei höchst nothwendig. Warum soll Berlin allein eine Ausnahme machen, die nur der Packetfahrt-Gesellschaft zu Gute kommt?

Staatssekretär **v. Stephan**: Die Behauptung des Abg. Bebel, daß ich auf den bayerischen Verkehrsminister in der Frage des Gewichts der Briefe irgend welche Einwirkung ausgeübt habe, beruht auf einer Fälschung. Das Reichs-Postamt hat in dieser Sache mit Bayern überhaupt nicht korrespondirt, auch nicht mit den Mitgliedern des Bundesraths.

Direktor **Aschenborn** weist den Vorwurf, daß die Reichsverwaltung bei der Aufstellung des Etats etwas verdunkelt oder gefärbt habe, als unbegründet zurück.

Abg. **Rickert** will seinerseits der Regierung eine tendenziöse Aufstellung des Etats nicht vorwerfen, kann aber nicht zugeben, daß der Reichstag kein Recht habe, über den Etatsanschlag der Regierung hinauszugehen. Es handle sich hier um keine grundsätzliche Etatsfrage.

Abg. **Bachem** tritt ebenfalls für den Kommissions-Vorschlag ein.

Abg. **Bebel**: Daß meine Behauptungen bezüglich des bayerischen Portos keine Erfindung sind, beweist die heutige Nummer der „Frankfurter Zeitung“, ein Bericht der „Augsburger Abendzeitung“ und die Mittheilung meines Freundes Grillenberger, der in der bayerischen Kammer gehört hat, wie der Minister Krailsheim gesagt hat, eine derartige Reform in Bayern sei an dem Widerstande der Reichs-Postverwaltung gescheitert. (Hört! hört! links.)

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen. Die Mehrheit bilden Sozialdemokraten, Freisinnige, Zentrum und einige Nationalliberale.

Der Rest der Einnahmen des Post-Etats wird ohne Debatte erledigt.

Beim Etat der Reichsdruckerei spricht Abgeordneter **v. Heremann** (Z.) dem Staatssekretär von Stephan seine besondere Anerkennung dafür aus, daß er die Sonntagsruhe in diesem Institut, dessen Leistungen auf dem Gebiete der Gravier- und Druckkunst, der Kartographie u. s. w. besonderes Lob verdienen, in einem so erfreulichen Maße zur Durchführung gebracht habe. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär **v. Stephan** spricht dem Vorredner seinen verbindlichsten Dank für diese Anerkennung aus, welche besonders den Männern gebühre, welche an der Spitze dieses Instituts stehen.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld wünscht, daß die Erfahrungen und Entdeckungen der Reichsdruckerei auch anderen Industriellen zugänglich gemacht werden.

Der Etat wird genehmigt.

Schluß 6¼ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat des Auswärtigen Amts, Nachtragsetat.)

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 15. Februar 1894, 2 Uhr.

Am Ministertische: Thielen und Kommissarien.

Der neu in das Haus eingetretene Fürst zu Salm-Reifferscheidt-Dyck wird auf die Verfassung vereidigt.

Ueber die Verhandlungen des Landes-Eisenbahnrathes berichtet der Oberbürgermeister Hammer-Brandenburg; er beantragt den Gegenstand durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären.

Graf **Klinckowström** regt wie in der Eisenbahn-Kommission die Frage der Staffeltarife an, wegen der Stellung Bayerns zu dieser Frage; er wolle keine Debatte anregen über die Staffeltarife an sich; deshalb bitte er auch die Herren aus dem Westen, die sachlichen Erörterungen zurückzustellen und nur den preußischen Standpunkt zu vertreten. Ob Bayern die Zustimmung zum russischen Handelsvertrage von der Aufhebung der Staffeltarife abhängig gemacht habe oder nicht, sei gleichgiltig. Jedenfalls habe sich Bayern in preußische Angelegenheiten gemischt und dagegen müssen wir protestiren.

Minister **Thielen**: Namens der Staatsregierung kann ich eine Erklärung nicht abgeben, ich kann aber die Thatsachen darlegen. Die bayerische Regierung hat bereits im vorigen Jahre durch den hiesigen Gesandten und durch direkte Mittheilungen der preußischen Regierung mitgetheilt, daß große Besorgnisse beständen bezüglich der Wirkung der Staffeltarife; die Besorgnisse seien auch im Wachsen begriffen und hätten Dimensionen angenommen, welche es zur Pflicht machten, die Sache zu erörtern, namentlich zur Zeit, wo vom russischen Handelsvertrage die Rede sei. Die preußische Regierung erklärte sich bereit, in nähere Erörterungen darüber einzutreten, wieweit die Besorgnisse begründet sind und wie durch eine Revision Abhilfe geschehen könnte. Die bayrischen Vertreter wurden hierher gesandt bereits im Januar zunächst zum Austausch des statistischen Materials. Darauf trat eine Pause ein, um das Material zu sichten und zu prüfen. Heute haben die Verhandlungen mit den Vertretern der bayrischen Regierung ihren Fortgang genommen und werden morgen und vielleicht noch übermorgen fortgesetzt werden. Die Annahme, daß die bayrische Regierung aus dieser Sache heraus eine bestimmte Stellung inbezug auf ihre Zustimmung zum russischen Handelsvertrag genommen hat, ist thatsächlich unbegründet. Wenigstens ist mir davon nichts bekannt.

Graf **Mirbach** spricht seine Freude darüber aus, daß durch die Rede des Ministers es klar gestellt ist, daß es sich bei den bayrischen Anträgen nicht um den russischen Handelsvertrag handelt.

Freiherr **von Stumm**: Der Herr Minister hat gesagt, daß das Vorgehen der bayrischen Regierung mit dem russischen Handelsvertrag nicht in Verbindung steht. Indeß steht es doch damit im Zusammenhang, denn eine Folge des russischen Handelsvertrages wird die Aufhebung des Identitätsnachweises sein, wodurch eine Benachtheiligung der süddeutschen Staaten entstehen wird. Daß die ausgestellten Zollscheine nicht blos bei der Einführung von Getreide, sondern auch bei der Einfuhr anderer Waaren verwendet werden können, schließt eigentlich eine Benachtheiligung anderer Landstriche aus.

Minister **Thielen**: Für die Aufhebung der Staffeltarife werden die Gründe theils aus dem russischen Handelsvertrag, theils aus der Aufhebung des Identitätsnachweises entnommen; aber eine allgemeine Aufhebung der Staffeltarife in dieser brutalen Form ist wohl kaum von den süddeutschen Regierungen in Aussicht genommen. Die süddeutschen Staaten streben nur dahin, für sich eine Milderung der Wirkungen der Staffeltarife herbeizuführen, damit das Getreide aus dem Osten nicht mehr die Märkte beherrscht, auf denen sie früher geherrscht haben.

v. Helldorff-Bedra ist der Meinung, daß die Staffeltarife mit eingewirkt haben auf die allgemeine Ermäßigung der Preise. Nicht blos im landwirthschaftlichen Interesse des Westens in Preußen, sondern auch im allgemeinen Interesse ist die Aufhebung der Staffeltarife nothwendig.

Graf **Mirbach**: Wir leben in Zeiten des Verkehrs. Deshalb ist eine Abschließung einzelner Landestheile nicht mehr möglich. Billige Tarife, namentlich eine Verbilligung der Massentransporte ist nothwendig. Früher als wir noch keine Staffeltarife hatten, hatte die Aufhebung des Identitätsnachweises für uns eine große Bedeutung, für die Zukunft halte ich die Staffeltarife für wichtiger als die Aufhebung des Identitätsnachweises, ja sogar für eine Lebensfrage.

v. Graß-Klanin sieht in den Staffeltarifen keinen Vortheil. In bezug auf den Identitätsnachweis ist er vollständig mit Herrn v. Stumm einverstanden. Für die Aufhebung könnte die östliche Landwirthschaft ruhig die Staffeltarife aufgeben. (Widerspruch.)

v. Wedel-Piesdorf: Die Erklärung des Ministers, daß Bayern gegen einen Staffeltarif nach Magdeburg ꝛc. nichts einzuwenden habe, wird manchen erschrecken; denn dadurch würde die Provinz Sachsen erheblich benachtheiligt werden.

Graf **Klinkowström** bestreitet das; denn die Aufhebung des Identitätsnachweises zwinge zum Seeexport und darauf müsse sich die Landwirthschaft durch Anbau anderer Getreidearten vorbereiten, während man jetzt Getreide baue, wie es in Sachsen ꝛc. beliebt sei.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren **v. Helldorff** und Graf **Mirbach** schließt die Debatte.

Der Bericht wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt, ebenso die Berichte, betr. die Betriebsergebnisse und die Bauausführungen der Eisenbahnen.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Novelle zum Berggesetz.)

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 15. Februar. Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Schelling und Kommissare.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der Justizverwaltung.

Bei Titel 1 der Einnahmen (Kosten und Geldstrafen) beklagt

Abg. **Schmitz**-Erkelenz (Z.), daß die Kostensätze der nicht streitigen Gerichtsbarkeit namentlich in Vormundschaftssachen und im Grundbuchwesen die erwünschte Gleichheit und Uebersichtlichkeit vermissen lassen. Der Prozentsatz der Kosten in Vormundschaftssachen wachse in demselben Maße als der Werth der Gegenstände abnehme. Das sei ein unhaltbarer Zustand. Dasselbe gelte auch vom Grundbuchwesen.

Geheimrath **Fietsch**: Wir empfinden das Bedürfniß, auf eine anderweitige Festsetzung des Kostenansatzes in Vormundschafts- und Grundbuchsachen hinzuwirken, als dies die allgemeine Finanzlage gestattet. Wir denken dabei an die geringwerthigeren Objekte; das kann nur erreicht werden dadurch, daß wir andere Einnahmequellen beschaffen und eine höhere Heranziehung der höheren Werthobjekte eintreten lassen. Wir haben im vorigen Jahre einen Gesetzentwurf fertig gestellt, welcher das gesammte Kostenwesen in Angelegenheiten der nichtstreitigen und streitigen Gerichtsbarkeit zu regeln bestimmt ist. Nachdem eine große Zahl von Amtsgerichten und Landgerichten sich über den Entwurf geäußert hat, ist die Novelle umgearbeitet und als eine besondere Vorlage auch ein Gesetz über die Gebühren der Notare ausgearbeitet worden. Dabei sind auch die Wünsche des Vorredners berücksichtigt worden. Ob der Entwurf noch in dieser Session wird vorgelegt werden können, ist zweifelhaft.

Abg. **Brömse** (kons.) spricht der Regierung den Dank der Rechten für das Entgegenkommen der Staatsregierung auf diesem Gebiete aus.

Der Titel wird bewilligt.

Bei den dauernden Ausgaben, Kapitel 71 (Ministergehalt) geht

Abg. **Böttinger** (ntl.) auf die Frage der Eintragung von Vornamen in die Standesamts-Register ein. Es sei begreiflich, daß man Namen wie Bebelina und dergleichen nicht eintragen lassen solle. Dagegen geht es entschieden zu weit, wenn die Ober-Staatsanwaltschaft in Köln die Eintragung von Abkürzungen von Namen zum Beispiel Fritz, Hans, Ella u. s. w. verboten und nur Kalendernamen gestattet habe. Das führe zu großen Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten.

Geheimrath **Skonetzki**: Das rheinische Gesetz will nur verhindern, daß Namen aus der französischen Revolution wie Robespierre, Danton eingetragen werden. Der Herr Justizminister hat im vorigen Jahre eine Verfügung an den Oberstaatsanwalt in Köln erlassen, worin ihm aufgegeben wird, die Standesbeamten im obigen Sinne zu informiren. Es wird abzuwarten sein, ob diese Verfügung genügt, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen.

Abg. **v. Eynern**: Es ist interessant, daß der Vertreter der preußischen Justizverwaltung dies lächerliche französische Gesetz in Schutz nimmt. Besser wäre es gewesen, wenn das Ministerium den ganzen alten Quark beseitigt hätte.

Abg. **Böttinger** spricht sich nochmals in gleichem Sinne aus.

Abg. **Arendt** beschwert sich darüber, daß man bei gerichtlichen Einzahlungen an Hypotheken- und andere Gläubiger Silber bis über einen bestimmten Betrag hinaus zurückgewiesen habe.

Justizminister **v. Schelling**: Schuldurkunden dürfen allerdings in das Schuldbuch nur eingetragen werden, wenn sie auf Reichswährung lauten. Der Vorredner denkt nun an den Fall, wo außer der Eintragung der Klausel hinzugefügt ist, daß die Rückzahlung nur in Gold erfolgen soll. Das Kammergericht hat eine solche Klausel durch Bekanntmachung vom 27. April 1889 für unzulässig erachtet und auf diese Judikatur irgendwelche Einwirkung auszuüben, bin ich nicht in der Lage.

Abg. **Brandenburg** (Z.) befürwortet eine weitere Vermehrung der Richterstellen und die Durchführung der Dienstaltersstufen im Justizdienst.

Geheimrath **Bierhaus** weist darauf hin, daß seit Durchführung der Justizorganisation die Zahl der Richterstellen erheblich vermehrt worden sei. Dank dem Entgegenkommen des Finanzministers sei dies Bestreben auch in diesem Etat zum Ausdruck gekommen. Der Justizminister erkenne an, daß es eine außerordentliche Wohlthat für die Richter sein würde, wenn an Stelle der gegenwärtigen ungleichen und unberechenbaren Gehaltsverhältnisse in den einzelnen Landestheilen ein festes System von Dienstaltersstufen treten könnte.

Abg. **Wurmbach**, dessen Ausführungen auf der Journalistentribüne unverständlich bleiben, scheint einige Spezialwünsche vorzutragen.

Abg. **Muuckel** (Frs. Vp.) kommt auf die Frage der Eintragung von Vornamen zurück und meint, daß man nur unsittliche und anstößige Vornamen zurückweisen solle. Gegen die Entscheidung des Kammergerichts werde Herr Arendt nichts machen können. Die Einnahmen des Justizetats seien diesmal stärker gewachsen als die Ausgaben. Es sei der preußischen Rechtspflege nicht ganz würdig, daß wir eine große Anzahl von Hilfsrichtern haben und zu Richtergeschäften eine Unzahl unbesoldeter Assessoren verwenden müssen. Ein gesundes Verhältniß sei es auch nicht, daß die Referandarien in so starkem Maße zum Schreibwerk der Gerichtsschreiber hinzugezogen werden. Der Justizminister werde anerkennen, daß seit Einführung des mündlichen Verfahrens das Schreibwerk außerordentlich zugenommen habe (Heiterkeit und Zustimmung). Was würde ein Fremder wohl für eine Idee von der preußischen Justiz bekommen, wenn er den Justizpalast in der Jüdenstraße sähe (Heiterkeit). Eine Stunde in dem dortigen Anwaltszimmer sei eine Leistung, worauf ein Anwalt stolz sein könne. (Heiterkeit.) Für die Gerichtsgebäude in Berlin geschehe nichts. Die Justiz beschäftige doch so viel Militäranwärter und Reserve-Offiziere, vielleicht bestimme die Rücksicht auf das Militär den Finanzminister, etwas mehr herauszugeben. (Heiterkeit.) Es handle sich bei der Justiz um einen wirklichen Nothstand. Man möge nicht erst warten, bis die Finanzlage sich verbessere, da könne man lange warten, sondern sofort Hilfe bringen.

Justizminister **v. Schelling**: Auch ich halte eine gesetzliche Regelung der Konkursordnung für sehr wünschenswerth und bin event. gern bereit, die nöthigen Vorbereitungen dazu zu treffen.

Nach längerer Debatte wird dann der Titel 1 bewilligt.

Beim Titel 3, Gehalt des Ministerialdirektors, fragt Abg. **Nadbyl** (Z.) nach dem Schicksal der beabsichtigten Aenderung des Gesetzentwurfs über die Notariatsgebühren.

Geheimrath **Fietsch** erklärt, daß die Regierung den Zeitpunkt nicht angeben könne, bis zu welchem es möglich sein werde, den neuen Gesetzentwurf betreffend die Gerichtskosten und die neue Gebührenordnung für die Notare dem Landtag vorzulegen.

Beim Kapitel 73 (Oberlandesgerichte) führt Abg. **Nadbyl** darüber Klage, daß bei der Besetzung höherer Stellen die Katholiken disparitätisch behandelt werden.

Beim Titel 6 (Gerichtsschreiber u. s. w.) befürwortet Abg. **Hornig**-Liegnitz (k.) eine Gehaltsaufbesserung für die Gerichtsschreibergehilfen.

Gegen 4 Uhr wird die weitere Berathung des Justizetats auf Freitag 11 Uhr vertagt. (Außerdem definitive Wahl des Präsidiums und Etat des Ministeriums des Innern.)

Parlamentarisches.

Die Berathung der Budgetkommission beginnt mit Kapitel 25, Titel 6, zur baulichen Unterhaltung der Magazingebäude und zu kleineren Neubauten, sowie zu Grundstückserwerbungen, zu letzteren nicht über 30 000 M. im Einzelfalle. Die beiden Referenten schlagen vor, an der geforderten Summe (670 311 M.) etwa ein Viertel abzusetzen, so viel erscheine möglich zu sparen mit Rücksicht auf die Finanzlage. Dieses Ansinnen wird von den Vertretern der Regierung energisch bekämpft. Hier sei Sparen unmöglich, da es sich um Erhaltung des Vorhandenen handelt, das nächste Jahr müßten dann um so größere Forderungen gestellt werden. Es würde mit äußerster Sparsamkeit gewirthschaftet und schon öfter sei die Militärverwaltung genöthigt gewesen, Nachforderungen zu machen.

An der Debatte betheiligten sich außer den beiden Referenten, den Abgeordneten v. Podbielsky und Dr. Schädler, die Abgeordneten v. Massow, Müller, Dr. Hammacher, Bebel, v. Staudy, Dr. Bürklin, Enneccerus, Lingens und Gröber. Die konservativen Abgeordneten traten besonders für möglichste Sparsamkeit ein, namentlich exemplifizirt der Abg. v. Massow auf die Handelspolitik des Reichs, die über 40 Millionen Ausfall herbeigeführt habe. Abg. Bebel bemerkte dem gegenüber, daß die Reichseinnahmen an 30 Millionen sich verminderten, weil infolge der guten Ernte um diesen Zollbetrag die Getreideeinfuhren geringer wurden. Die Sparsamkeit der Herren von der Rechten kommen ihm unheimlich vor, aber man werde sie unterstützen. Die Herren hätten sich nur vor einem Jahre, als sie die Militärvorlage bewilligten, überlegen sollen, was die Folgen sein würden. Der Redner wendet sich dagegen, daß man der Militärverwaltung Summen für Grundstückserwerbungen bis zur Höhe von 30 000 M. à Diskretion gewähre, worauf alsdann der Reichstag in Konsequenz die Bauten bewilligen müsse. Er beantragt Streichung dieser Vollmacht. Gegen diesen Antrag erklären sich die Regierungskommissare Geh. Rath Koch und Direktor Aschenborn, sowie die Abgg. Bürklin und Hammacher. Der Antrag Bebel wird abgelehnt, der Antrag v. Massow, die Forderung auf 500 000 M. zu ermäßigen, wird angenommen; dafür die Konservativen, Sozialdemokraten und ein Theil des Zentrums.

Auf eine Anfrage Dr. Hammacher's, ob eine Gepäckerleichterung für die Truppen in Aussicht stehe, erklärt der Kriegsminister, daß der Kaiser auf grund seiner, des Ministers, Vorschläge vor wenig Tagen genehmigt habe, daß das Gepäck der Infanterie um 13—14 Pfund erleichtert werde.

Bei dem Titel H Kapitel 27, woselbst 6 823 815 M. für bauliche Unterhaltungen, zu Retablissementsbauten und zu kleineren Neubauten, sowie zu Grundstückserwerbungen gefordert werden, verlangen die Referenten größere Ersparungen. Von seiten der Regierungsvertreter sucht man in langen Ausführungen nachzuweisen, daß dies unmöglich, weil bedenklich und gefährlich sei. Die Verhandlung wird abgebrochen und die Sitzung vertagt.

* * *

Die Wahlprüfungs-Kommission verhandelte in ihren letzten Sitzungen über die Wahlen der Abgeordneten Krupp (Essen), Lüttich (Rudolstadt), Greiß (Köln-Stadt) und Graf Moltke (VI. Holsteinischer Wahlkreis).

Gegen die Wahl des Essener Großindustriellen lag ein von der Zentrumspartei ausgehender Protest vor, der Wahlbeeinflussungen seitens der Beamten Krupp'scher Werke behauptet, wie sie schlimmer auch in Bochum und Dortmund noch nie konstatirt worden sind. Ein vom Krupp'schen Wahlkomitee ausgehender Gegenprotest leugnet zwar alles, die Kommission beschloß aber, die Entscheidung über die Giltigkeit der Wahl auszusetzen und Erhebungen zu beantragen. Das Gleiche geschah mit der Wahl des Abgeordneten Greiß.

Gegen diese Wahl ist in dem Protest besonders geltend gemacht, daß die Vororte Kölns, welche ursprünglich dem Landkreise zugetheilt waren, seit ihrer Einverleibung in die Stadtgemeinde mit Köln (Stadt) wählen. Es handelt sich in diesem Fall um mehrere Tausend Wähler.

Zu den Verhandlungen waren zwei Regierungskommissare zugezogen, welche jedoch nur den aus den Zeitungen bekannten Thatbestand bestätigen konnten.

Aus der Mitte der Kommission wurde der Antrag gestellt, die Regierung um Auskunft darüber zu ersuchen, in wie vielen Wahlkreisen und in welchem Umfange im Laufe der Jahre derartige ungesetzliche Veränderungen der Wahlkreise stattgefunden haben.

Dieser Antrag wurde aber als über die Kompetenz der Kommission gehend abgelehnt, dagegen um Auskunft in bezug auf die Wahlkreise gebeten, gegen welche noch Proteste vorliegen. Diese Auskunft ist von den Regierungskommissaren auch zugesagt.

Die Regierungskommissare sollen auch Auskunft geben in bezug auf Vorgänge im VI. Holsteinischen Wahlkreise (Ottensen-Pinneberg), wo die Wahllisten für Ottensen, Bahrenfelde ꝛc. nicht im Wahlkreis, sondern in der zum VIII. Wahlkreis gehörenden Stadt Altona ausgelegt waren. Die Kommissare konnten nur die Angaben des Protestes bestätigen.

Referent und Korreferent beantragten Ungiltigkeit der Wahl. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Ueber die Wahl des Abgeordneten Lüttich wird die Schlußabstimmung erst in nächster Sitzung stattfinden, doch ist sicher, daß Aussetzung der Entscheidung und Erhebungen beschlossen werden.

Parteinachrichten.

Ein tragisches Ende fanden am Montag einige als gute Parteigenossen bekannte Arbeiter in Luckenwalde. Wie die Zeitungen bereits meldeten, wüthete der Sturm in diesem Städtchen am Montag Mittag in furchtbarster Weise. Es sind dort, wie uns durch Brief mitgetheilt wird, im ganzen drei große Schornsteine dem Orkan zum Opfer gefallen. Mittags 1¼ Uhr stürzte der Schornstein der Firma Cohn u. Amendt, Hutfabrikant, Bahnhofstraße, auf einen Fabrikraum, in welchem viele Arbeiter beschäftigt waren. Getödtet wurde sofort der Hutarbeiter Theodor Haubenreißer (52 Jahre alt). 4 Stunden später verstarb im Krankenhause der Hutmacher Ferd. Hitze (40 Jahre alt). In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch starb auch infolge schwerer Verletzungen der Arbeiter Dähne im Krankenhause. Der erstere, Th. Haubenreißer, hinterläßt Frau und 6 unmündige Kinder. Außerdem liegen noch im Krankenhause schwer darnieder die Arbeiterin Degelow und Hutarbeiter Schmidt. Außerdem sind noch mehrere andere Arbeiter schwer verletzt. Die Folge davon war, daß fast in sämmtlichen Fabriken das Dampfwerk angehalten wurde und die Arbeiter nach Hause geschickt wurden. — Der Schornstein vom Tuchfabrikanten Ernst Schlee stürzte ¾1 Uhr Mittags ein. Das Dampfwerk war also noch nicht im Gange, jedoch sind einige Arbeiter, welche des Mittags dageblieben sind, mit Namen Gräbke und Stuck, sehr schwer verletzt. Zwei dieser Schornsteine sind vor einigen Jahren erhöht, es ist also ein Stück aufgesetzt worden; bei beiden ist gerade bis zu dieser Stelle der Zusammenbruch geschehen. Diese Thatsache läßt darauf schließen, daß entweder mangelhaft gebaut worden ist oder aber, daß das Ansetzen (bei der Esse der Firma Cohn und Amendt handelt es sich um 18 Meter) bei solch schmalen und hohen Bauwerken wie die Schornsteine von Fabriken, überhaupt bedenklich erscheint und deswegen verboten werden sollte. Es ist also auch hier nicht allein die force majeure (die höhere Gewalt), der Sturm gewesen, der das gräßliche Unglück angerichtet, sondern die Profitwuth der Unternehmer trifft sicher ein Theil der Schuld, es bleibt nur fraglich, in wie weit. Das bedauerliche Vorkommniß lehrt wieder, wie weit wir noch entfernt sind von einem Arbeiterschutz, wie er sein müßte, um Unglücksfälle auf ein Minimum zu beschränken. Einen solchen freilich werden wir erst erreichen in einer Gesellschaftsordnung, in der das Leben eines Arbeiters auch einen Werth hat.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 15. Februar, Nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher ersucht zunächst die in der vorigen Sitzung bestellten 6 Stimmzähler, in der Ermittelung der Resultate der am 8. Februar vollzogenen Ausschuß- und Deputationswahlen fortzufahren.

In das Kuratorium für das Bestattungswesen werden die Stadtvv. Matterne und Pincussohn gewählt.

Der für den Antrag Peter und Gen., betr. die Herabsetzung der Gaspreise niedergesetzte Ausschuß hat nach zwei Sitzungen einstimmig folgenden Beschluß gefaßt.

> Die Versammlung vertagt die Angelegenheit wegen Herabsetzung der Gaspreise bis zur ersten Hälfte des Monats April cr., und ersucht den Magistrat, von den Städten, in welchen in neuerer Zeit eine Verbilligung des Gases für Leucht-, Kraft-, Heiz- und Kochzwecke stattgefunden hat, die betreffenden Materialien in bezug auf Preisfestsetzung, Steigerung des Konsums, Ausbau der Anstalten, Etatsabschlüsse u. s. w. einzufordern und ihr dieselben mit den Angaben und Berechnungen darüber vorzulegen, welche Kosten eventuell für die Erweiterung der städtischen Gasanstalten erforderlich sind, um den infolge der beantragten Herabsetzung der Gaspreise gesteigerten Konsum befriedigen zu können.

Berichterstatter ist der Stadtv. Scheiding. Der Ausschuß ist darüber einig gewesen, daß keinesfalls schon vom 1. April cr. eine Ermäßigung ins Werk gesetzt werden könne, weil dazu das neue Etatsjahr schon zu nahe gerückt und der Etatsentwurf bereits abgeschlossen sei. Einverständniß hat ferner darüber geherrscht, daß zuvor Nachrichten über die Erfahrungen anderer Städte abgewartet werden müßten.

Der Ausschußantrag wird ohne Debatte angenommen.

Das Verzeichniß der im Etatsjahr 1894/95 neu- und umzupflasternden Straßen und Plätze ist vom Ausschuß infolge von Petitionen und auf Anregungen aus seiner Mitte heraus mehrfach erweitert worden. Außerdem hat der Ausschuß beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, den Magistrat zu ersuchen die Regulirung und Pflasterung der Straße „Am Friedrichshain" vom vorhandenen Pflaster bis zur Elbingerstraße in Erwägung zu ziehen. Die Petition wegen Neupflasterung bezw. Asphaltirung der Simeonstraße gegen eine von den Adjazenten dazu zu leistende Baarzahlung von 10 000 M. soll dem Magistrat zur Verfügung überwiesen werden.

Die Ausschußanträge gelangen unverändert zur Annahme.

Die Vorlage betr. den Bau von 3 Achtfamilienwohnhäusern nebst Nebenanlagen auf den städtischen Rieselfeldern ist von einem Ausschuß vorberathen worden. Derselbe hat an den Kosten von 45 400, 47 900 und 44 900 M. je 2000 M. abgesetzt, im Uebrigen die vorgelegten speziellen Kostenanschläge und Projekte, sowie die Ausführung des Baues zur Genehmigung vorgeschlagen.

Die Versammlung tritt den Ausschußanträgen bei.

Für die Verpflegung von Waisenkindern werden auf Vorschlag des Magistrats mit Zustimmung der Versammlung für die Periode vom 1. April 1894 bis 31. März 1897 folgende Sätze normirt:

1. An Verpflegungskosten:
   a) Für ein in der Waisenanstalt zu Rummelsburg verpflegtes Kind jährlich 536,40 M., täglich 1,49 M.
   b) Für ein im Waisendepot zu Berlin verpflegtes Kind jährlich 396 M., täglich 1,10 M.
2. An Verwaltungskosten wie bisher:
   a) Für ein Kind in hiesiger Kostpflege jährlich 18 M., täglich 5 Pf.
   b) Für ein Kind in auswärtiger Kostpflege, jährlich 25,20 M., täglich 7 Pf.

Der Magistrat beabsichtigt, den städtischen Abladeplatz vor dem Stralauer Thor in der Nähe der ehemaligen Wasserwerke räumen zu lassen. Die alten Bestände desselben sollen abgefahren und hiermit sogleich begonnen werden, da der Platz sonst voraussichtlich schon im Oktober dieses Jahres für die Abladung geschlossen werden müßte. Der Fuhrunternehmer Nauck hat sich erboten, die ca. 60 000 Kubikmeter Müll für 156 000 M., 2,60 M. pro Kubikmeter, nach Spreenhagen zu schaffen. Es wird darauf gerechnet, daß seitens des Unternehmers die zur Abfuhr bestimmten alten Bestände des Platzes bis Anfang April verfrachtet sein würden. Diese Transporte würden die ersten sein, die nach Spreenhagen gelangen, der neuen, großen, städtischen Abladestelle der Stadt Berlin, die seit Jahr und Tag fertig ist, aber nicht in Gebrauch genommen werden kann, da es an einem geeigneten städtischen Einladeplatz an der Spree fehlt.

Die bezügliche Vorlage geht auf Antrag Gericke an einen Ausschuß von 10 Mitgliedern.

Schluß 6½ Uhr.

Lokales.

„Zu den Krawallen vom 18. Januar." „Gegen verschiedene hiesige Blätter und Persönlichkeiten, welche über die Januarkrawalle am Friedrichshain unhaltbare Angaben gemacht haben, wird gerichtlich vorgegangen werden. Man wußte an maßgebender Stelle genau, daß anläßlich des Krönungstages Demonstrationen vor dem Schloß geplant waren. Infolge dessen ergingen vom Ministerium des Innern an das königliche Polizeipräsidium strengste Weisungen, jede Demonstration zu verhindern und Menschentrupps nicht über den Alexanderplatz hinaus gelangen zu lassen."

Wer diese Mittheilung liest, wird wissen, daß nur ein Blatt in Berlin fähig ist, so viel Schamlosigkeit in wenigen Worten zusammenzuhäufen. Wem ist nicht noch in Erinnerung, daß das „Berliner Fremdenblatt" das Einzige war, das sich am Tage nach der glorreichen Attacke auf die Hungernden und Frierenden erfreckt hat, die Gummischlauchheldenthaten zu entschuldigen und zu beschönigen! Selbst bei den offiziösesten der offiziösen Mädchen für Alles war bekanntlich angesichts der Leistung des 18. Januar von dem langentschwundenen Schamgefühl wenigstens soviel zurückgekehrt, um sie die Liebäugelei mit dem Heldenthum des 18. Januar denn doch als eine zu ekelhafte Aufgabe erscheinen zu lassen und nur eine Zeitung, das — zur Ehre der Berliner Bevölkerung sei es gesagt — glücklicherweise unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinende „Fremdenblatt" erklärte sich wie bekannt zu so ungeheurer Prostitution bereit.

Das „Fremdenblatt" ist selbstredend auch das würdigste Organ, die Nachricht von der angeblichen Strafverfolgung der Blätter, die angesichts der Polizei-Attacke ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit thaten, zuerst zu veröffentlichen.

Wer sich einmal zu widernatürlicher Unzucht hergiebt, warum sollte der es nicht auch ein zweites Mal thun?

Was an der Nachricht des „Fremdenblatt" wahres ist, wissen wir nicht. Aber warum sollte das in Preußen-Deutschland nicht möglich sein, was in jedem Kulturland als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet werden würde?

Das Einzige, was die Polizei von dem Versuch strafrechtlicher Sühne abhalten könnte, wäre der kluge Vorbedacht, eine abermalige Erschütterung auch der Gemüther, die bislang noch als Stützen der Ordnung von heute anzusehen waren, sorgfältig zu vermeiden.

Wie es aber mit dem Intellekt der Polizei nach dieser Richtung hin bestellt ist, das hat ja gerade der 18. Januar auch dem polizeifrommsten Gemüth mit verblüffender Deutlichkeit gezeigt!

Also, warum sollte die Polizei die Hilfe des Staatsanwalts nicht anrufen?

Am „Tage des Gerichtes“ wird das heutige System, ganz gleich wie das richterliche Urtheil ausfällt, sich zu der Niederlage vom 18. Januar noch eine zweite, womöglich noch verderblichere „Zerschmetterung“ holen.

Dafür soll schon rechtzeitig gesorgt werden.

An achtzehn Postillone der reichseigenen Posthalterei in Berlin hat die kaiserliche Ober-Postdirektion im Jahre 1893 „Ehren-Posthörner“ und „Ehren-Peitschen“ verliehen. Also eine Auszeichnung für gute Führung oder geleistete Dienste. Es frägt sich aber doch, ob es nicht angebracht war, statt der Peitschen diesen Bediensteten der Post mehr Brot zu überweisen. Die Postillone erhalten in Berlin im ersten halben Jahr einen Tagelohn von 2,25 M., dann bis zu fünf Jahren 2,50 M. und später 2,75 M.; sie stehen in ihren Besoldungsverhältnissen also noch weit unter den Kutschern der Omnibus- und Pferdebahn-Gesellschaften, über deren Jammerlöhne das anständige Publikum der Entrüstung voll ist. Eine Erhöhung der Lohnsätze wäre also viel eher am Platze gewesen, als „Ehren“-Posthörner und -Peitschen, die die Noth der Familien, denn die Postillone sind meistens verheirathet, nicht im geringsten lindern.

Es ist gewiß ein trauriges Zeichen und kennzeichnet die in der Postverwaltung vorhandene Stagnation, daß die gesammten Postillone, die als Beamte der Verwaltung behandelt werden und nach Abschn. X Abth. 2 § 175 der Allg. Postdienstanweisung ausdrücklich „den Vorschriften der Disziplinargesetze“ unterworfen sind, noch außerhalb jeder geregelten Alterssürsorge stehen. Ein gesetzlicher Anspruch auf Pension steht ihnen nicht zu; vielmehr erhalten sie aus den Mitteln der Post-Unterstützungskasse (Tit. 14 des Postetats) im Falle ihrer Erwerbsunfähigkeit eine Unterstützung, die sich im Jahre 1892/93 für 534 Postillone auf 75 585,50 M., also auf 142 M. pro Kopf und Jahr belief. (Amtsblatt des Reichs-Postamts Nr. 44/1893). Wenn sie nun auch die Aussicht haben, nach 12jähriger Dienstzeit, eine genügende Schulbildung und völlige Gesundheit, die von dem Post-Vertrauensarzt geprüft wird, vorausgesetzt, in etatsmäßige Unterbeamtenstellen einzurücken, so sollte der Staat doch auch für diejenigen, die sich unter unseren erbärmlichen Volksschulverhältnissen ein hierzu befähigendes Maaß Wissen nicht aneignen konnten, oder für die, deren Gesundheit in der zwölfjährigen Postillonsthätigkeit, also im Dienste des Staates Schaden litt, in einer anderen Weise sorgen, als auf dem Wege einer versteckten Armenpflege.

Gesetzeskunde ist eine staatsbürgerliche Eigenschaft, welche man bei Behörden unbedingt voraussetzen müßte. Daß dies indessen nicht immer der Fall, zeigt ein Vorgang, der sich unlängst in Spandau zugetragen hat. Bei dem Malermeister Wöher, Lynerstraße 38, stand der Malergehilfe Gustav Gebeler in Arbeit. Der Meister zog seinem Gehilfen regelmäßig die auf denselben entfallenden Beträge für die Alters- und Invaliden-Versicherung vom verdienten Arbeitslohne ab, ohne indessen seiner weiteren Verpflichtung, die entsprechenden Marken in die Quittungskarte des Gehilfen zu kleben, nachzukommen, welcher Umstand zutage trat, als der Gehilfe das Arbeitsverhältniß bei dem betreffenden Meister löste. Der Gehilfe setzte die Spandauer Polizeibehörde von diesem Verstoß gegen die Gesetze in Kenntniß. Diese behielt zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit die Quittungskarte des Gehilfen ein, stellte demselben aber ein amtliches Attest aus, auf grund dessen der Gehilfe jederzeit wieder in Arbeit treten konnte. Es ist dies ein durchaus rechtliches Verfahren, welches unter anderem auch vom Berliner Gewerbegerichte anerkannt worden ist. Da der Malergehilfe aber in seinem Gewerbe keine Arbeit zu finden vermochte, so meldete er sich beim Magistrat zur Aushilfe bei städtischen Arbeiten. Hier wurde er indessen abgewiesen, weil er nicht im Besitze einer Quittungskarte sei. Das polizeiliche Ausweis-Attest wurde nicht anerkannt. Der Malergehilfe hat daraufhin (durch Rechtskonsulent C. Bleich in Spandau) den Klageweg beschritten.

Ueber den Werth der Unfallstationen, die jüngst in der bürgerlichen Presse so gepriesen wurden, giebt folgender Vorfall Auskunft. Am 14. Februar, Vormittags 11 Uhr, verunglückte ein Schlosser in der Schultheiß II-Brauerei. Ihm war die Hälfte eines Niets ins Auge geflogen. Um dem Mann so schnell wie möglich Hilfe zu schaffen, sandte die Direktion denselben in die Unfallstation I in der Wilhelmstraße. Dort wurde dem Verunglückten ein Nothverband angelegt, weil kein Augenarzt zur Stelle war. Mit diesem Verbande mußte er dann bis 5½ Uhr Abends auf den Spezialarzt warten, der dann erschien, den Fremdkörper entfernte und die Wunde sachgemäß behandelte. Der Mann hat also mindestens 6 Stunden ohne ausreichende ärztliche Hilfe dulden müssen! Diese Thatsache giebt besser als jede Kritik den Kommentar dafür, weshalb die Krankenkassen und die Arbeiter Recht haben, wenn sie diese „Wohlfahrtseinrichtung“ zu den übrigen werfen.

Vom „sparsamen“ Eisenbahnfiskus bringt die „Volks-Zeitung“ folgende Mittheilung: In einer der in der Nähe des Lehrter Bahnhofes gelegenen, dem Staate gehörigen Eisenbahnbeamten-Kasernen befinden sich die Klosets auf dem Hausflur und sie frieren deshalb zumeist schon bei einigen Grad Kälte ein, wodurch für die Beamten arge Unannehmlichkeiten entstehen. In diesem Winter nun fand jede Miethspartei während der kälteren Zeit täglich vier Preßkohlen auf dem Fensterbrette der betreffenden Aborte vor. Man wußte zuerst nicht recht, was diese freundliche Gabe bedeuten sollte, bis man von dem Verwalter erfuhr, die Preßkohlen seien von der Behörde dazu bestimmt, das Einfrieren des Klosets zu vermeiden und event. ein Auftauen zu bewirken. Zugleich wurde man darüber belehrt, wie man die Preßkohlen zu dem erwähnten Zwecke verwenden sollte. Die Beamten und namentlich ihre Hausfrauen schwelgten natürlich in Wonne ob der unerwarteten Freigebigkeit der Verwaltung. Um so länger wurden freilich die Gesichter, als nach einiger Zeit der Fiskus die — Rechnungen für die gelieferten Preßkohlen bei den einzelnen Miethern präsentiren und die Beträge einziehen ließ. Das fragliche Beamtenhaus war früher im Besitze einer Privat-Eisenbahnverwaltung. Während der preußische Fiskus die Miethen bisweilen auf mehr als das Doppelte gesteigert hat, beanspruchte die Privatverwaltung nicht nur niedrige Entschädigungen für die Wohnungen, sondern bewies auch den Wünschen ihrer Angestellten gegenüber viel mehr Entgegenkommen, als es jetzt von seiten der staatlichen Behörde geschieht. Dies wurde ausdrücklich in der letzten Sitzung eines hiesigen Beamtenvereins betont, in welcher das oben erwähnte Beispeil von der „Sparsamkeit“ des Eisenbahnfiskus mitgetheilt wurde.

Es ist jetzt wieder Zeit, die Warnung zu wiederholen, Miethsverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu der die von der Zustellung des Rohbau-Abnahmescheins ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsabnahmeprüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeiorgane vor Ablauf dieser Frist das Beziehen der fraglichen Räume nicht dulden können. Die Polizeireviere werden auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarkeit von Wohnungen in neuen oder umgebauten Häusern Auskunft ertheilen.

Wilhelm Werner ist nach der übereinstimmenden Meldung der bürgerlichen Presse — und diese muß es ja wissen — in Rücksicht auf die ihm zudiktirte sechsmonatliche Gefängnißstrafe nach England entflohen. So endete der kühne Flug. Armer Anarchismus!

Welch' ein Elend! Bei einer Streifsuche in der letzten Nacht fand die Polizei, wie die „Volks-Zeitung“ berichtet, auf dem Felde hinter den Lorberg'schen Baumschulen am Gesundbrunnen eine aus Mann, Frau und 4 Kindern bestehende Familie, die sich dort unter Gerümpel und Misthaufen „wohnlich“ eingerichtet hatte. Die Ueberrumpelten wurden als harmlose Obdachlose vorläufig nach dem Asyl in der Prenzlauer Allee gebracht.

Eine Blutthat, die in ihrer Ausführung thierisch genannt zu werden verdient, ist in dem Hause Solmsstr. 41, wo sich auch das 72. Polizeirevier befindet, verübt worden. Im fünften Stock wohnt daselbst in einer einfenstrigen Stube der 36 Jahre alte Maurer Gustav Baum mit seiner 53jährigen Ehefrau Christine, verwittweten Polke, geborenen Buse, und seiner 12 Jahre alten Stieftochter Gertrud Polke. Ein außer der Ehe geborener Sohn Fritz Buse wohnt außerhalb des Hauses. Das Familienleben der Eheleute gestaltete sich nicht glücklich: vor 5 Jahren waren sie die Ehe mit einander eingegangen, und die Frau war bald den Mißhandlungen des Mannes ausgesetzt. Während Frau Baum als fleißig und arbeitsam geschildert wird — sie besorgte die Hausreinigung — soll der Ehemann ein arbeitsscheuer Trunkenbold sein. Am Donnerstag Abend betrat er in angetrunkenem Zustand seine Wohnung und fing seiner Gewohnheit gemäß Streit mit der Ehefrau an. Plötzlich faßte er sie, warf sie gegen eine Kommode und führte dadurch eine geringe Gehirnerschütterung herbei. Die kleine Tochter mußte auf ärztliche Anordnung der Bewußtlosen Eisumschläge machen. Als nun Baum seine Frau hilflos daliegen sah, versuchte er sie zu züchtigen. Dem widersetzte sich aber das Kind, das sich dem Stiefvater entgegenwarf und flehentlich für die Mutter bat. Das Verhalten des Kindes reizte den Wütherich derart, daß er einen Stiefel ergriff, der Kleinen die Zähne ausschlug und sie dann mit einem wuchtigen Schlage zu Boden streckte. Jetzt machte er sich an die Kranke, riß sie aus dem Bette und schleuderte sie mit großer Gewalt an die Kante des Ofens. Die hierdurch entstandenen Verletzungen waren so schwer, daß die Frau heute Morgen um 5 Uhr starb. Kurz nach der That erwachte Gertrud Polke aus ihrer Bewußtlosigkeit und rief die Hausbewohner zusammen. Der Maurer Baum ist bald nach Vollführung des blutigen Aktes flüchtig geworden und konnte bis jetzt nicht ergriffen werden. Die Leiche der Frau wurde polizeilich beschlagnahmt und heute Vormittag um 11½ Uhr unter großem Zusammenlauf nach dem Schauhause gebracht. Das Kind scheint geistig gelitten zu haben durch die ihm zutheil gewordene Behandlung; es ist bei Verwandten untergebracht worden.

Der Verbrecher wurde, wie nachträglich gemeldet wird, am Donnerstag Nachmittag in der in der Nähe seiner Wohnung belegenen Destillation, wohin er um 5 Uhr zurückgekehrt war, erkannt und verhaftet.

Eine lebensgefährliche Exekution war es, welche am Dienstag Vormittag der Städtische Steuereinnehmer Z., Waßmannstraße, bei einem in der Neuen Königstraße wohnenden Schriftsteller und Studenten B. vorzunehmen hatte. Am Dienstag Morgen begab sich der Beamte in Begleitung des städtischen Recherchеurs und Vollziehungsbeamten R. zu dem säumigen Schuldner nach dessen Wohnung in der Neuen Königstraße und begann, da B. noch zu Hause war, mit der Pfändung, worauf sich der Student zur Zahlung der fälligen Steuerquote verstand. Kaum hatte jedoch der städtische Recherchеur das Geld an sich genommen, als B. einen in der Ecke stehenden Kavalleriesäbel ergriff und hiermit diesem Beamten einen Hieb über den Kopf versetzte. Herr R. parirte den Schlag mit der rechten Hand, doch durchschnitt die scharfe Klinge die Handfläche und zerspaltete dann das Kinn des Angegriffenen. Ehe der Student zum zweiten Male zuschlagen konnte, gelang es dem städtischen Steuererheber Z. den brutalen Menschen zu entwaffnen. Der Magistrat, dem der Vorfall natürlich seitens des Verletzten gemeldet wurde, hat die Anzeige gegen B. bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Aus Luckenwalde wird uns noch berichtet, daß durch den umgewehten Schornstein in der Hutfabrik von Cohn sieben Personen verunglückt sind, nämlich sechs Männer und ein Mädchen. Drei Arbeiter sind bereits gestorben; einer derselben hinterläßt eine schwangere Frau und sechs Kinder, wogegen ein anderer getödteter Arbeiter zwei Kinder hinterläßt. Zur vorläufigen Unterstützung der Hinterbliebenen wird von den Arbeitern Luckenwaldes eine kleine Sammlung veranstaltet.

Verschwunden ist seit Sonntag Abend 11 Uhr der Kaufmann Ernst Heyne, Holzmarktstr. 54a. Er ist 29 Jahre alt, etwa 1,68 Meter groß, trägt dunkelblondes Haar und einen kleinen Schnurrbart. Bekleidet war er mit einem braunen Stoffanzug und Ueberzieher. Man vermuthet, daß dem Vermißten in der Sturmnacht ein Unglück zugestoßen ist. Wer über seinen Verbleib etwas weiß, wird gebeten, dies im Polizeibureau Holzmarktstr. 12 zu melden.

Polizeibericht. Am 14. d. M. Vormittags wurde ein fünfjähriger Knabe auf dem Lausitzerplatze durch einen Schlächterwagen überfahren und am Kopfe und am Arme erheblich verletzt. — Mittags versuchte ein Vergolder in seiner, in der Willibald-Alexisstraße belegenen Wohnung sich durch einen Schuß in die Schläfe zu tödten. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er nach dem Krankenhause Am Urban gebracht. — Vor dem Hause Bernauerstr. 23 wurde Abends ein Zimmermann mit bedeutenden, anscheinend von einem Falle herrührenden Verletzungen am Kopfe aufgefunden und nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung, die besonders für die Hausdiener ꝛc. der Ladengeschäfte von Wichtigkeit ist, fällte am 8. Februar die Kammer VII.

Der Hausdiener R. klagte gegen die Firma Baum (Fünfzigpfennig- und Einmark-Bazar in der Leipzigerstraße) auf Zahlung von 8,90 M. unter folgender Begründung: Er habe während der Weihnachtszeit Ueberstunden gemacht und sei auch an einigen Sonntagen vor dem Fest, für welche seitens des Polizeipräsidiums der öffentliche Geschäftsverkehr bis Nachmittags um 6 erlaubt worden war, bis zum Geschäftsschluß thätig gewesen. Die gewöhnliche Geschäftszeit habe sonst bis ½9 Uhr gedauert, in den Weihnachtswochen sei das Geschäft der sich häufenden Arbeit wegen meistens später, einige Male sogar erst um 11 Uhr Nachts geschlossen worden. Um so viel länger habe auch sein Dienst gedauert. Er habe nichts für die geleisteten Ueberstunden erhalten, auch die übliche Weihnachtsgratifikation habe man ihm nicht zukommen lassen, durch welche sich gewöhnlich die Hausdiener für die angestrengtere Thätigkeit vor dem Fest entschädigt fühlten. Er beanspruche darum die sogenannten Ueberstunden mit 8,90 Mark bezahlt. Die Anzahl der vom Kläger bezahlt verlangten Ueberstunden giebt der Vertreter des Herrn Baum als thatsächlich geleistet zu, bestreitet aber, daß Beklagter die Pflicht habe, sie besonders zu honoriren. Er behauptet, dem Kläger sei bei seinem Engagement nicht gesagt worden, daß immer um ½9 Uhr geschlossen werde. Thatsächlich sei ja gewöhnlich um diese Zeit geschlossen worden. Kläger habe auf Wochenlohn gearbeitet und sei verpflichtet gewesen, so lange dafür zu arbeiten, wie die Nothwendigkeit vorlag. Ein Hausdiener könne nicht mehr verlangen, wie ein „junger Mann“: „Wenn ich als junger Mann auf Wochenlohn oder monatlichen Gehalt angestellt bin, muß ich auch so lange arbeiten, wie es verlangt wird. (Ein nettes, ein schönes, ein gutes Prinzip! — für den Unternehmer nämlich. Der Berichterstatter.) Auf einen Einwurf des Beistandes des Klägers äußert derselbe „junge Mann“ — er ist Geschäftsführer bei Herrn Baum und Verwandter dazu —: „Ja, wer sie verdient hat, der bekommt auch seine Gratifikation —, der Kläger hat sich aber nicht danach betragen.“ (Er hatte gewähnt, da der Mensch nicht von Luft allein lebt, „schon“ um ½11 Uhr frühstücken zu dürfen, und darum einen vor der Thür haltenden Möbelwagen ein paar Minuten länger dort aufgehalten. Dieses und anderer für den Prozeß nicht in Betracht kommender Umstände willen wurde er auch gekündigt.)

Der Beklagte wurde zur Zahlung der beanspruchten 8,90 M. verurtheilt. — Gründe: Das Gericht sei der Ansicht, daß es nicht gerade in Geschäften, wie das des Herrn Baum, Usus sei, Ueberstunden als Ueberstunden zu bezahlen, daß an sich die Leute verpflichtet seien, zu leisten, was vorkomme. Für seinen Lohn hätte auch der Kläger an sich zu leisten gehabt, was vorkam. Aber der Gerichtshof wisse ebenso bestimmt, daß es allgemeine Usance sei, die Mehrarbeit der Weihnachtszeit besonders zu vergüten, daß Gratifikationen gezahlt würden und daß nicht die gerade um diese Zeit erforderliche äußerste Anspannung der Kräfte des Personals umsonst verlangt werde. Für die Mehrarbeit müsse nach Ansicht des Gerichts irgend ein Aequivalent geboten werden. Wenn der Beklagte geglaubt habe, dem Kläger keine Weihnachtsgratifikation geben zu sollen, dann mußte er die einzelnen Stunden berechnen. Die Menge der bezahlt verlangten Stunden Mehrarbeit sei nicht bemängelt worden, die Höhe der Forderung sei dafür angemessen.

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte gestern die neunte Strafkammer des Landgerichts I den schon hoch bejahrten Arbeiter Noack zu einem Jahre Gefängniß. Das Verhalten des Angeklagten ist ganz unerklärlich. Er trat eines Tages in etwas angetrunkenem Zustande auf der Straße an einen uniformirten Schutzmann heran, zeigte ihm eine mit dem Bilde des Kaisers geschmückte Tabaksdose und sprach dabei eine Beleidigung aus.

Zwei Anarchistenprozesse fanden am Donnerstag statt. In dem einen Falle wurde der Schlosser Wiese, der zur Zeit eine Gefängnißstrafe von 9 Monaten verbüßt, wegen einer am 14. November v. J. gehaltenen Rede, die Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten enthalten sollte, zu einer Gesammtstrafe von einem Jahre verurtheilt. Der zweite Prozeß richtete sich gegen den Eisendreher Gustav Paplowicz, der als Redakteur der Nummer des „Sozialist“ vom 23. Dezember v. J. ebenfalls zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt haben soll und dafür zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

Einen schweren Kampf um die Ertheilung der Schankkonzession führt schon seit Jahren der Schankwirth A. Derselbe ist im Jahre 1889 wegen eines im Jahre 1886 begangenen Betruges mit drei Monat Gefängniß bestraft worden und hat sich seit der Zeit seiner Bestrafung wiederholt vergeblich um die Schankkonzession bemüht. In der letzten Sitzung des Stadtausschusses stand wieder einmal ein neues Gesuch des A. zur Verhandlung an. Der Verbandssyndikus Rechtsanwalt Dr. Schöps, welcher A. diesmal als Vertreter zur Seite stand, führte aus: Die Bestrafung seines Klienten sei erfolgt, weil er einmal einen sogenannten Kellerwechsel bei einer hiesigen Genossenschaftsbank unter Verschweigung dieses Umstandes diskontirt habe. Die damalige Bestrafung unterliege in juristischer Beziehung den schwersten Bedenken. Dieselben könnten aber dahin gestellt bleiben, da A. einmal der geschädigten Bank später den Schaden wieder völlig ersetzt und ferner durch ein langjähriges reelles und einwandfreies Verhalten in anderen Erwerbszweigen seinen begangenen Fehler gesühnt habe. Es müsse doch eine gewisse Frist geben, nach deren Ablauf durch ein tadelloses Leben in der Zwischenzeit ein vorbestrafter Mensch wieder so rehabilitirt erscheine, daß ihm eine Schankkonzession von Neuem anvertraut werden könne. Im vorliegenden Falle seien seit Begehung der That volle acht Jahre verflossen, während in einem neueren Gesetzentwurf der Regierung schon nach einem fünfjährigen Zeitverlaufe die Ertheilung einer Konzession wieder für zulässig erklärt werde. Hierzu komme, daß A. vor seiner Bestrafung zwar, aber nach Begehung der That ein Schankgeschäft selbst geführt und später seiner Frau in der Führung eines solchen zur Seite gestanden habe, ohne daß er sich hierbei etwas Rechtswidriges habe zu Schulden kommen lassen. Es sei aber nicht die Bestrafung, sondern die bestrafte That, welche zur Konzessionsversagung wegen Verdachts zukünftiger unzuverlässiger Geschäftsführung berechtige. Diese Besorgniß habe A. durch sein fortgesetztes musterhaftes Verhalten während der acht Jahre seit Begehung der That glänzend widerlegt. Es rechtfertige sich daher durchaus, denselben jetzt wieder zum Betriebe des Schankgewerbes zuzulassen. Der Stadtausschuß schloß sich den Ansichten des Rechtsanwalts Dr. Schöps an und ertheilte dem schwergeprüften A. endlich die nachgesuchte Konzession.

Ein durchgegangener Eisenbahn-Beamter wurde am Mittwoch der ersten Strafkammer am Landgericht II vorgeführt, nachdem derselbe von der österreichischen Regierung ausgeliefert worden war. Der Eisenbahn-Diätar Friedrich Wilhelm Siegfried Herrmann Scholz, seit drei Jahren im Eisenbahndienste thätig, wurde seit dem 16. Oktober v. J. auf der Ringbahn-Station Rixdorf mit dem Fahrkartenverkauf beschäftigt. Als er am 2. November, Abends 6 Uhr, seinen Dienst antrat, hinterließ ihm der Beamte, welchen er ablöste, 460 M. Kassenbestand, den derselbe nicht abliefern konnte, weil sein Buch nicht genau stimmte. Nachdem der Angeklagte kurze Zeit dem Billetverkauf obgelegen hatte, nahm er den gesammten, nunmehr auf 477 Mark angewachsenen Kassenbestand an sich, legte einen Zettel mit der Bemerkung auf seinen Platz, daß er nach der Güterexpedition gegangen sei, um 500 Mark abzuliefern und verschwand. Längere Zeit blieben alle Nachforschungen nach ihm fruchtlos. Er war nach Wien gegangen und hielt sich daselbst unter falschem Namen auf, bis er durch seine Verschwendung die Aufmerksamkeit der Wiener Polizei auf sich lenkte, welche sein Inkognito lüftete, ihm wegen Führung falschen Namens zu drei Tagen Gefängniß verhalf und ihn dann nach hier abschob. Der Angeklagte war geständig, er habe sich mit dem Gelde im Auslande eine neue Existenz schaffen wollen. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde er zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Die Sonntagsruhe in der chemischen Industrie. Ueber dieses Thema referirte am 12. d. M. Reichstags-Abgeordneter Wurm in einer Versammlung des Vereins der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. An den Vorsitzenden der Vereinigung war die Aufforderung von seiten des Polizeipräsidiums resp. Ministeriums ergangen, vier Mitglieder des Vereins, die das Vertrauen der Arbeiter genießen, zu wählen, um bei einer Enquete über die Sonntagsruhe ein Urtheil abzugeben. Der Referent bemerkt: Die Sonntagsruhe, wie sie in der Gewerbe-Ordnung festgesetzt ist, steht gegenwärtig nur auf dem Papier. Hunderttausende werden ihrer heute nicht theilhaftig. Wohl heißt es: Du sollst den Feiertag heiligen, aber der Unternehmer kennt keine christlichen Gebote, wenn es sich bei ihm um den Profit handelt. Man will eine Enquete aufnehmen, durch die festgestellt werden soll, ob in der chemischen Industrie eine Sonntagsruhe möglich ist. Es ist geradezu eine Komödie, daß bisher vielfach bei diesen Enqueten Arbeiter und Unternehmer aus demselben Betriebe vertreten waren. Dem scheint jetzt durch die Kritik, die diese Handlungsweise von der sozialdemokratischen Partei im Reichstage erfahren hat, abgeholfen zu werden, denn bei dieser Enquete soll dies vermieden werden, nach der Auskunft, die vom Polizeipräsidium erfolgte. Redner erläutert nun, wie weit es in den einzelnen Berufs-

zwingen möglich ist, die Sonntagsruhe zur Durchführung zu bringen. Betreffs der flüssigen Kohlensäure wird behauptet, daß nicht genügend auf Vorrath gearbeitet werden kann, um den erhöhten Bedarf am Sonntag zu decken. Jedoch sind die Gründe hinfällig, die Sonntagsruhe ist hier wohl durchführbar. Das Gleiche gilt von der Herstellung des Ammoniakgases. Bei der Erzeugung von Chlorammonium müßte ein Schichtwechsel eintreten, damit ein Theil der Arbeiter an einem anderen Tage frei bekommt. Der Vorsitzende giebt bekannt, man habe die Absicht gehabt, den christlich-sozialen Arbeiterverein, den katholischen Arbeiterverein, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und den sozialdemokratischen Fachverein zu ersuchen, je einen Vertreter zu entsenden. Die drei erstgenannten Vereine konnten dieser Aufforderung nicht nachkommen, da sie Arbeiter dieses Berufes nicht zu ihren Mitgliedern zählen. Damit ist dem Verein die Aufgabe zugefallen, vier Vertreter zu wählen. Nach einer kurzen Debatte, an der sich auch zwei Werkführer der Kuhnheim'schen Fabrik betheiligten, wurden folgende Kollegen zu Vertretern gewählt: G. Wagner für die Kohlensäurefabrikation; Gerber für die Herstellung von Salmiakgeist aus Gaswasser; Borchard für die Ammoniakfabrikation; Havelmann wurde als Ersatzmann ernannt für den Fall, daß der Kollege Gerber, der in Adlershof wohnt, nicht zugelassen werde. Die Wahl eines vierten Kollegen war unmöglich, da die betreffenden Arbeiter am Besuch der Versammlung verhindert waren. Dem Vorsitzenden wurde deshalb die Vollmacht ertheilt, nach eigenem Ermessen einen Kollegen dieser Branche zu bestimmen. Zum Schluß wurde den Anwesenden empfohlen, dem Hilfsarbeiter-Verein beizutreten. Die Gründung eines eigenen Vereins der Arbeiter dieser Berufskategorie fand keine Zustimmung.

Arbeiter-Bildungsverein für Johannisthal, Niederschöneweide und Umgegend. Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Senftleben, Johannisthal. Tagesordnung: Freie Diskussion über „Die Frauenfrage".

Verein für Reform der Schule und Erziehung. Freitag, den 16. Februar, Abends 8½ Uhr, öffentliche Versammlung im großen Saal von Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Vortrag über: „Geistiges und leibliches Proletariat". Referentin: Frau Hedwig Wilhelmi.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 139a: Erste Hilfe bei Unglücksfällen, Buchführung. Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Geschichte (alte). Süd-Ost-Schule: Reichenbergerstraße 133. Unterricht in Gesetzeskunde und Buchführung.

Bei allen Unterrichtsfächern können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 6. — Westen, bei H. Werner, Bülowstr. 59.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Rd. Neumann, Brunnenstraße 130, 2 Tr. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiser'scher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kuhlmey. — Nord, Bergstraße 68, bei Keller. — Vorwärts 1, S.O. Adalbertstr. 21, bei Koll. — Kummer'scher Gesangverein, Langestraße 65, bei Tempel. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Holzmarktstraße 3, bei Peter. — Maiglöckchen, Hochstr. 35a, bei Wilke. — Gemüthlichkeit Pinzer, Seydelstr. 36. — Palme, in Velten, bei Schröder. — Morgenroth 4, Köpenick, Müggelheimerstr. 3 bei Held. — Karthaus'scher Gesangverein, Lichtenbergerstr. 21, bei Heise. — Gesangverein Morgenroth 2, Charlottenburg, Bismarckstr. 75. — Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Alte Jakobstr. 75. — Gesangv. Nordwacht, Müllerstr 7, bei Reichert. — Gesangv. Freie Sänger in Schmargendorf, Wirthshaus Friedrichs. — Zukunft 1, Steglitz, Ahornstr., im Gambrinus. — Gesangverein Collegia 1, Manteuffelstr. 9 bei Nowlacks. — Gesangverein Freiheit Moabit, Waldstraße 8 bei Johnke. — Vereinte Sangesbrüder Moabit, Stromstraße 29 bei Lange. — Sängerverein Sorgenfrei, Melchiorstr. 15 bei Stehmann. — Nord-West-Stern, Altonaerstraße 37 bei Lipke. — Vineta, Swinemünderstr. 3, bei Queitsch. — Freie Liedertafel, Neue Königstr. 73 bei Hahn. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Wengert's Volksgarten. — Sängerchor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Röllig. — Brauer-Gesangverein Gerstenähre, Alte Jakobstr. 83 b. Wiencke. — Johanni, Am Ostbahnhof 7 bei W. Schulze. — Einigkeit 3, Gr.-Lichterfelde bei Gries, Giesensdorf. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Böhmert's Gasthaus — Maiengrün, Köpenick, Grünstraße 12 bei Gaul. — Freiheit 1, Bülowstr. 65 b. Richter. — Maiglöckchen 2, Reichenbergerstr. 18 b. Päpold. — Arion, Wittenberge, Thurmstr. 23, Zentralhalle. — Oberon, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Harmonie 2, Weinstr. 11 bei Feind. — Iris, Naunynstr. 68 bei Fritz Zubeil. — Felsenfest (gem. Chor), Badstr. 19 bei Ulitz. — Freya 2 (gem. Chor), Rixdorf, Bergstr. 133, Hoffmann's Festsäle (Inhaber Runge). — Loreley, Grünthalerstr. 5 bei Hemmerling. — Gesangverein der Klemper und Berufsgenossen, Siemensstr. 17 bei Blek. — Lustige Sänger, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16 bei Glaser. — Deutsche Liedertafel, Grüner Weg 29, Restaurant Saeger.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an P. Henkel, Bergmannstr. 14, Hof 2 Tr. **Freitag:** Vergnügungsverein Frisch auf, Abends 9 Uhr, Ohmgasse 2 bei Krebs. — Skatklub Kairo, Abends 8 Uhr bei Flick, Simeonstr. 23.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 9 Uhr, Berliner Bockbrauerei. — Quartettverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Neue Hochstr. 49. — Männerchor Waldesrauschen, Abends 9 Uhr, bei Weiat, Markgrafenstr. 87. — Privat-Theaterverein Crescendo, Abends 9 Uhr, bei Schulz, Dunbuserstr. 35. — Musik-Dilettantenverein Tonika, Abends 8½ Uhr bei Schenk, Krautnr. 32, Uebungsstunde. — Musikverein Frischauf, Restaurant Schröder, Reichenbergerstr. 94. — Theaterverein Vulkania, 9 Uhr, Jäger's Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13—14.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums Pankstr. 9—10. — Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 9—10. — Kraft- und Artisten-klub Berolina jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Grüßner, Waldemarstr. 42. — Turnverein Germania (Mitglied des deutschen Arbeiter-Turnerbundes) turnt Dienstags und Freitags Abends von 8½—10½ Uhr Ackerstr. 67. — Turnverein Fichte (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes Deutschlands.) Die zweite Männer-Abtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag Abends von 8—10 Uhr in der Skaltherstr. 45/50.

Vergnügungsverein Veilchen, Abends 9½ Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 183 p. — Geselliger Arbeiterverein Graphia, Abends 8½ Uhr, Alte Jakobstr. 128 (Logenhaus). — Unterhaltungsklub Schiller, Abends 8 Uhr im Restaurant Holzbächer, Drenkestraße 3. — Lepidopt. Vereinigung Orion, Abends 9 Uhr Sitzung Charlottenstr. 45, Restaurant Effenberg. — Musikverein Hoffnung, Abends von 9—11 Uhr Uebungsstunde Proskauerstraße 35—37 bei Schneider. — Vergnügungsverein Berolina: Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Gleichheit", Andreasstraße Nr. 26, Sitzung. Nach derselben Tanz. — Tanzlehrer-Verein Solidarität Abends 8½ Uhr im Lokale von Ehrenberg, Annenstraße Nr. 18, Sitzung. — Rauchklub Rothe Fahne, Freitag Abends 9 Uhr, Cuvrystr. 45 bei Krickeldorff. — Ruderverein Vorwärts, Sitzung Abends 8 Uhr, in der Spreeterrasse, Jannowitzbrücke. — Gesangverein Freya (gemischter Chor) Rixdorf, Abends 9 Uhr, bei Barta, Bergstr. 129.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Briefkasten der Redaktion.

O. U., Charlottenburg. Uns ist von der Angelegenheit nichts bekannt. Wenden Sie sich an die Lokalkommission.

N. F., Potsdam. Machen Sie es lieber unter anderer Form, da unter Umständen gefolgert werden könnte, daß die Organisation sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt.

Winsen. Hüten Sie sich vor unüberlegtem Handeln. Ist es Ihnen nicht möglich, mit Parteigenossen in Hamburg in Verbindung zu treten? Sie müssen nicht nur die Theorien, sondern auch die Menschen in unserer Partei kennen lernen.

P. L. 60. Nehmen Sie und quittiren Sie unter Vorbehalt der Rechte.

W. K. S. Erzwingen läßt sich das nicht.

P. Schulze. Der Kontrakt läuft bis 1. Oktober 1894. Sie müssen ihn auch vor 1. Juli kündigen, sonst läuft er noch länger. Die Stempelung hat mit der Giltigkeit nichts zu thun.

Rixdorf. Ja.

W. W. W. 1. Nein. 2. Die Steuern sind noch nicht verjährt.

5000 A. N. Nein.

E. S. Laube, Alzey. St. hat sich strafbar gemacht durch die Aneignung. Wenn er oder seine Frau ihre Rechte gegen E. verfolgen, hat er Anzeige zu erwarten. Wegen der Pfändung unentbehrlicher Gegenstände kann St. Beschwerde über den Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht in Mehring einlegen, außerdem muß die Frau den E. unter Glaubhaftmachung ihres Eigenthums zur Freigabe auffordern, und wenn er nicht freigiebt, klagen.

Hermann Schulz, Swinemünderstr. 33. Wir verstehen nicht, worauf Sie klagen wollen.

B. K., Boeckhstraße. 1. u. 2. Unterstützungspflichtig ist die Armenverwaltung des Orts, wo die Kranke vor ihrer Erkrankung zuletzt 2 Jahre ununterbrochen ansässig gewesen ist. 3. ja.

Waldheim 101. Wenden Sie sich an ein sächsisches Parteiblatt. Wir können im Augenblick nicht feststellen, was das sächsische Recht darüber bestimmt.

E. Bo. Nein.

A. Lange, Oderbergerstr. 41. Wenn man den Verdacht geäußert hat, ja.

L. B. in D. Jedenfalls unter dem richtigen Namen. Die Dame ist Dienstmädchen oder Wirthschafterin und schläft in einem besonderen Zimmer.

N. 100. 1. und 2. Wenn die Innung das Privilegium des § 99 Nr. 3 Gewerbe-Ordnung hat, ja.

Bungert, Mühlheim a. Ruhr.

Pappelplatz. Beantragen Sie beim Amtsgericht I, Neue Friedrichstr. 13, einen Besserungsbefehl gegen Ihren Mann.

Forderung. Uebergeben Sie das Urtheil zur Zustellung und Zwangsvollstreckung einem Gerichtsvollzieher.

Brückenwaare. Alles gehört dem Manne. Sie müssen Ehescheidungsklage erheben, wenn sie eine gesetzliche Veranlassung dazu haben.

H. B., Bruchmühlen. 1 und 2 ja.

B. M. Wir würden es nicht recht finden, wenn Sie dem Dienstmädchen das Weihnachtsgeschenk wieder wegnehmen wollten. Nach den herrschenden Sitten ist es nicht als Geschenk, sondern als Theil des Lohnes anzusehen. Selbst wenn Sie vor den Gerichten Recht behalten sollten, würden wir Ihnen nicht zu der beabsichtigten Handlung rathen.

Chr. Pflicht. Das Gericht bezahlt Ihnen nichts. Wenn Sie Vermögen verwalten, so können Sie Ihre nachweislichen baaren Auslagen sich abziehen.

G. Berghaus-Bramsche. Die Zeit unseres juristischen Mitarbeiters und der Raum unseres Blattes sind zu knapp, um in so verwickelten und verfahrenen Erbschaftssachen im Briefkasten Auskunft geben zu können. Der Herr muß sich an einen Rechtsanwalt wenden, viel Aussicht scheint die Sache nicht zu haben.

Fechner (zur Berichtigung). Am Eisenbahndamm in Lindau ist seitwärts ein Steg für Fußgänger angebracht.

Meudau. Schicken Sie nur den Artikel ein.

Kretschmer. Die aufgelöste Mainzer Zuschußkasse hatte hier eine Filiale: Manche, Bernauerstr. 108.

Briefkasten der Expedition.

F. B. F. H. Spandau. Vom 1. Januar 1891 ab.

Freie Vereinigung d. Zivil-Berufsmusiker.

Heute, Freitag, Vormittags 10 Uhr, bei Röllig:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abonnements-Konzertfrage. 2. Verschiedenes. 487/2

Gastwirth Joh. Gnadt ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.

Der Vorstand.

Verein der Töpfer Deutschlands.

(Filiale Berlin.)

Versammlung

am **Sonntag**, den 18. Februar, Vorm. 10 Uhr, bei **Bühler** (früher Philipp), Rosenthalerstr. 38.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Arbeitslosen-Unterstützung. Referent Kollege **Kantsch.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

386/10 **Der Vorstand.**

Holz- u. Bretterträger Berlins u. Umg.

Mitglieder-Versammlung

am **Sonntag**, 18. Februar, Vorm. 10 Uhr, im **Märkischen Hof** (Möring), Admiralstr. 18c.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Wahl eines Revisors. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. 186/1

Außerdem werden die Kollegen ersucht ihren Verpflichtungen mehr nachzukommen.

Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand:** Paul Karnal.

Charlottenburg.

Gewerbegerichts-Wahlen.

Oeffentliche Volks-Versammlung

am **Sonntag**, 18. d. M., Vorm. 10½ Uhr, in der **Gambrinus-Brauerei**, Wallstr. 94. 479/9

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers **Kurt Baake.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen, größtes Lager Berlins. **Musterbücher gratis. Theilzahlung** gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe. **F. Metzner.**

Reichert's Festsäle, Müllerstraße 7.

Sonnabend, den 17. Februar 1894:

Gr. Wiener Maskenball

arrangirt vom

Gesangverein Nordwacht (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

Um 12 Uhr: Fest-Polonaise mit humoristischem Aufzug.

Entree 50 Pf. — Ende??

Das Komitee.

Jeden **Freitag** und **Sonnabend**

Ausverkauf von Resten

in **Tuchen, Buckskins,** welche sich zu Anzügen, Beinkleidern und Paletots eignen, zu enorm billigen Preisen bei 5575L*

Max Friedlaender jr., Molkenmarkt 12—13.

Buchhandlung des „Vorwärts"

Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Empfehlenswerth:

Mehring's Schriften

Die Lessing-Legende. Preis brosch. Mk. 3.—, gebunden Mk. 3,50.

Die Schrift gehört zu den bedeutendsten Erscheinungen der neueren sozialistischen Literatur. Sie enthält viel mehr als ihr Titel besagt; sie ist keine bloße literarische Streitschrift, sondern in ihrer scharfen, schlagenden Kritik der Geschichtslügen über Friedrich „den Großen" und dessen „Aufklärungsdespotismus" zugleich eine **Kulturgeschichte des preuß. Junker- und Militärstaates.** Ganz besonders hervorzuheben für unsere Genossen ist auch das Schlußkapitel: **Ueber den historischen Materialismus.**

Bilder aus der Gegenwart.

Preis **30** Pfg.

Die schlagendste und gründlichste Abführung des Sozialtheuerdöters Eugen Richter und seiner „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder".

Der Fall Lindau. Preis Mk. 1.—

Kapital und Presse. Ein Nachspiel zum Fall Lindau. Preis Mk. 1.—

Die beiden letzten Schriften, nicht eigentlich Parteischriften im engeren Sinne, beanspruchen allgemeines Interesse und erregten s. Zt. berechtigtes Aufsehen. Sie sind zum Verständniß für die Gesinnungslosigkeit und Korruption unserer heutigen bürgerlichen Presse ohne Unterschied der Parteischattirung und des heutigen Theaterwesens unerläßlich.

1000 Damen-

Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. s. w. **Landsbergerstr. 48, I, zum Ausverkauf.**

Saal für Vereine, 40—70 Personen, in der Woche, auch Sonntags zu vergeben. **Stehmann,** Melchiorstraße 15.

Brauerei F. Happoldt

Berlin S., Hasenhaide 32—38.

Fernsprech-Amt IV No. 9115.

Mit dem Ausstoß meines diesjährigen

Bockbier's

beginne am Dienstag, den 20. d. Mts. und offerire dasselbe in Flaschen und Gebinden frei Haus.

F. Happoldt, Brauereibesitzer.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Bloquets spottbillig!

Proben franko! 5150L*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

---

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **37**

Gold-, Silber-, Alfénidewaaren (Eig. Fabr.) **goldene u. silberne Uhren** empfiehlt sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Straße 37

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Platze wie bekannt **grösste Auswahl!**

Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 9.

Alte Stiefel, Ausw., w. Verzugs sehr bill. **Runge,** Naunynst. 2.

Swinemünderstr. 73 sind kleine Wohnungen und eine Feuerwerkstatt per 1./4. oder früher zu vermiethen.

Gerichtstraße 19 freundliche Hofwohnungen zu vermiethen.

1810b **W. Neumann.**

Schlafstelle zu vermiethen b. **Runzel,** Steinmetzstraße 74. 1756b

---

Arbeitsmarkt.

Arbeitsbursche von 14—15 Jahren verlangt **Heinr. Kahlen,** Tapezier, Jerusalemerstr. 65. 1767b

---

Lehrmädchen auf Schirme, welche Maschinennähen kann, verl. Naunynstraße 84, Hof 3 Tr. l.

Mamsells auf Damenjaquets vrl. in u. a. d. H. **Dittmeyer,** Lausitzerstr. 26, I.

Suche für meinen Sohn, der ¼ Jahr Bildhauer gelernt hat, einen Meister. **C. Nagel,** Reinickendorferstraße 37b.

Ein erfahrener **Sattelmacher** für Herren- und Damensättel gesucht. 1763b **W. Statthalter,** Bonn a. Rh.

Goldleisten.

Tüchtige Vergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpnickerstr. 109a. 1760b

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 39. Freitag, den 16. Februar 1894. 11. Jahrg.

Die Zentralisation der Berliner Kranken-Kassen.

Zu einer in Berliner Arbeiterkreisen lebhaft und viel besprochenen Frage ist in letzter Zeit die der Zentralisation aller Krankenkassen Berlins und seiner Umgegend geworden. Dieser recht erfreuliche Umstand hat dazu geführt, daß eine große Versammlung Berliner Krankenkassen-Mitglieder eine Kommission eingesetzt hat, deren Aufgabe es sein soll, die Frage zu bearbeiten und spruchreif zu machen.

Da die Sache eine viel zu ernste und wichtige ist, um sie vor einem schlecht unterrichteten Publikum zu verhandeln, haben die Unterzeichner sich entschlossen, in der Presse zunächst eine kurze Darstellung dessen zu bringen, was die Zentralisation sein soll und was man ihr für Vorzüge nachrühmt.

Da die bereits bestehenden zentralisirten Ortskassen anderer deutscher Städte nicht in allem dem Bilde entsprechen, das uns vorschwebt, so sei uns zunächst eine Skizze unseres Ideals gestattet.

Wir denken uns alle Berliner Ortskrankenkassen zu einer großen Kasse verschmolzen. In dieser Kasse findet jeder Arbeiter, der in Berlin oder seinen Vororten in Beschäftigung steht, Aufnahme. Die Kasse hat ein Hauptbureau im Mittelpunkte der Stadt und Filialen in allen Stadttheilen, sowie allen den Vororten, über die sich der Bezirk der Kasse ausdehnt. Unterschiede des Berufes werden nicht gemacht. Die Dauer der Krankenunterstützung und alle Rechte der Mitglieder sind durch alle Berufe hindurch gleich geregelt. Neben der Krankenunterstützung wird für nicht in Arbeit stehende Familienangehörige freier Arzt und freie Medizin gewährt. Die Verwaltung der Kasse hat unter voller Wahrung der Selbständigkeit zu geschehen, die Orts-Krankenkassen überhaupt möglich ist. In der Generalversammlung ist jeder Beruf durch Delegirte im Verhältniß der Zahl der in ihm beschäftigten Personen vertreten. Die Generalversammlung wählt einen Vorstand und verschiedene Verwaltungsausschüsse ohne Rücksicht auf den Beruf der Gewählten und Fachkommissionen, die nur aus Personen einzelner Berufe oder Berufsgruppen bestehen. Der Vorstand hat die Leitung der Geschäfte und die Vertretung der Kasse nach außen. Selbstverständlich bleiben alle diese Körperschaften der Generalversammlung verantwortlich. Ueber die Einzelheiten dieses Planes ist noch eine weite Diskussion zulässig.

Wir kommen nun zu der Frage: was verspricht man sich von dieser Riesenorganisation mit etwa 320 000 Mitgliedern?

Zunächst wird die Gefahr, welche durch epidemische Krankheiten einzelnen Berufen droht, auf die Gesammtheit vertheilt und dadurch leichter ertragen. Nehmen wir zum Beispiel an, eine bestimmte Epidemie ergriffe, wie das oft genug vorkommt, die Mitglieder bestimmter Berufe und bringe dadurch 4 oder 5 der heutigen Kassen mit zusammen 40 000 Mitgliedern einen Schaden von 40 000 M. Dieser Schaden schädigt dann diese Kassen derart, daß ihr Reservefonds stärker angegriffen wird oder gar die Beiträge erhöht werden müssen. Die 40 000 M. unerwartete Mehrkosten müssen dann von den 40 000 Mitgliedern getragen werden. Besteht aber eine einheitliche Kasse für Berlin, so vertheilt sich der Schaden nicht auf 40 000, sondern auf 320 000 Personen, er verkleinert dann die Last um den achten Theil und hat in dieser Form wenig zu bedeuten. Die Mitglieder der nicht von der Epidemie befallenen Berufe gewähren den anderen eine Art Rückversicherung, die es möglich macht, weit schlimmere Hiebe zu pariren als heute. Da aber nicht immer die gleichen Berufe den Vortheil ziehen werden, so gleicht sich das etwa gebrachte Opfer bereits im nächsten Jahre aus. Während heute die kleinen Vermögen der einzelnen Kassen sehr bald eine Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen nöthig machen, wird die zentralisirte Kasse mit ihrem Anfangsvermögen von 3 Millionen Mark ohne derartige Hilfsmittel ungestört weiter arbeiten.

Zweitens wird die Verwaltung einheitlicher und gleichmäßiger. Heute entscheiden 60 Vorstände über die Auslegung der Fragen, welche vorkommen können, und sie entscheiden gar oft verschieden. Heute berechnet die eine Kasse die Karenztage so, die andere anders. Heute wird ein Arbeiter, dessen Kassenrechte nicht ganz klar sind, von drei oder vier Kassen hin- und hergehetzt, weil jeder Rendant wohl weiß, daß der Mann Rechte hat, aber im Interesse seiner Kasse die Lasten auf andere Kassen abwälzen will. Derartige Mißstände, welche den Arbeiter zu Zeiten der Krankheit oft genug schädigen, hören bei der Zentralisation auf. Heute bestehen 60 Einnahmebücher, 60 Ausgabebücher, 60 Heberegister, 60 Krankenbücher, 60 verschiedene Bureaus, 60 verschiedene Kassenrechte, kurz eine ungeheure Vielseitigkeit, welche Umstände, Unklarheiten und unnütze Kosten in Hülle und Fülle verursacht, später ist alles das vereinfacht.

Heute zahlt der Arbeiter in einem Beruf 2 1/10 pCt. seines durchschnittlichen Tagelohnes und erhält dafür auf lange Zeit ein hohes Krankengeld, ein anderer opfert 3 1/2 pCt., also viel mehr und erhält dafür viel weniger. Die einheitliche Ortskasse kann vermöge ihrer leichteren und billigeren Arbeit den Grundsatz „gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ durchführen und dabei, wie die Erfahrungen anderer Städte lehren, die höchsten Leistungen bieten.

Von Wichtigkeit ist bei der Zentralisation auch folgendes. Heute haben die meisten Kassen nur eine Anmelde- und Zahlstelle, die bei vielen Kassen nur stundenweise offen steht. Bei der Größe Berlins führt das dazu, daß die Mehrheit aller Arbeiter sehr weite Wege zum Kassenlokale hat. Man erinnere sich daran, wie angenehm es einem Arbeiter, der in Weißensee wohnt, sein muß, wenn er nach der Michaelkirchstraße zu laufen hat, oder wenn ein Rixdorfer sein Krankengeld in der Grenadierstraße bei Schnee und Regen holen muß.

Bei der Zentralisation können so viel Filialen errichtet werden, daß niemand weiter als 20 Minuten zur nächsten Filiale hat und auch niemand mehr unter Hunderten von Personen in drangvoll fürchterlicher Enge auf Abfertigung warten muß.

Wenn heute ein Arbeiter in einem anderen Gewerbe Beschäftigung nimmt, so muß er in der Regel auch die Kasse wechseln. Das kostet ein neues Buch und Scherereien aller Art. Ist das alte Buch verloren, so kommt gar oft noch neues Eintrittsgeld hinzu, nur weil der Nachweis nicht geführt werden kann, daß man vor 14 Tagen der oder jener Kasse angehört hat. Gehört der Arbeiter einer neuen Kasse an, so sind die Statuten, die Beiträge, die Bestimmungen, die Vorschriften, die Kassenstunden in der Regel andere geworden und ohne ein eingehendes Studium langweiliger Paragraphen kommt der Mann nicht dazu, die Pflichten und Rechte zu begreifen, die er infolge des Arbeitswechsels hat und die er nach vielleicht 3 Wochen infolge eines neuen Arbeitswechsels wieder verlieren wird.

Erhält ein Arbeiter in einem Vorort Beschäftigung, obgleich er weiter in Berlin wohnt, so gehört er nunmehr zur Vorortskasse. Beispielsweise ein Brauer, der fünf Jahre in Berlin gesteuert hat, um im Krankheitsfall für jeden Tag der Woche 2 M. zu beziehen, kommt in die Rixdorfer Vereinsbrauerei. Dort erkrankt er. Weil er in Berlin wohnt, wird er der Berliner Brauerkasse überwiesen, in die er so lange gesteuert hat. Nun aber erhält er, statt an 7 Tagen je 2 M. zu beziehen, nur für 6 Tage je 1,20 M. oder, wenn es sich um die Osterwoche handelt, nur für 5 Tage je 1,20 M., also statt 14 M. 6 M. Noch tollere Ungerechtigkeiten treten bei den Bauarbeitern eines Unternehmers ein, der heute in diesem, morgen in jenem Vorort seine Leute beschäftigt. Solche Mißverhältnisse beseitigt die Zentralisation.

Die Kasseninteressen im wahren Sinne des Wortes sind die Interessen der Kassenmitglieder, diese kann eine Kasse von 320 000 und mehr Mitgliedern besserwahrnehmen als eine Kasse von 100, 1000 oder selbst 30 000 Mitgliedern. Welche Schwierigkeiten mußten überwunden werden, um für die Mehrheit der Berliner Arbeiter die freie Arztwahl durchzusetzen, wie tropfenweise erfolgten die Beitrittserklärungen zum Charitee-Boykott! Wie unklug haben manche Kassenvorstände die Vertreter am Unfall-Schiedsgerichte gewählt u. s. w. Wie wenig sind kleine Kassen im Stande, die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte zum Schutze ihrer Mitglieder wahrzunehmen und die für ein zweckmäßiges Arbeiten so wichtigen statistischen Erhebungen vorzunehmen. Wie manche Kasse hat aus Mangel an Zeit, Arbeitskräften oder Geld Prozesse nicht geführt, die ihr Vermögen vor großem Schaden bewahren konnten! Alle diese und noch andere Uebelstände beseitigt eine verständig vorgenommene Zentralisation der Kassen. Heute zahlen die Orts-Krankenkassen Berlins für Apothekerrechnungen über 900 000 M. im Jahre, wenn sie einig wären, ließe sich da manches ersparen. Für sächliche Unkosten werden 114 000 M. gebucht. Wieviel entfällt davon auf Miethe und wieviel läßt sich bei der Zentralisation ersparen. Heute bestellen 60 Kassen die verschiedensten Drucksachen zu theueren Preisen in kleinen Posten, eine Zentralisation kann das ändern, da sie nur große Aufträge zu geben hat und für jedes Formular die Herstellungskosten bei großer Auflage billiger sind als bei kleiner. Was kostet die Krankenkontrolle den Kassen heute für Geld! Doch genug. Diese und noch manche anderen Punkte lassen sich zu Gunsten der Zentralisation anführen und aus alledem folgern wir, es ist möglich, mit demselben Gelde für den Arbeiter gerechter, besser und billiger zu wirthschaften und seine Interessen weitgehender wahrzunehmen, wenn man zentralisirt.

Wir haben bisher nur die Aenderungen berührt, welche die Zentralisation an den bestehenden Kasseneinrichtungen hervorrufen wird. Dazu kämen noch die möglichen Neuschöpfungen, wie die Unterstützung der Familienangehörigen, welche nur die vereinten Kassenmitglieder Berlins und Umgegend erringen können, die Uebernahme der Geschäfte der Invaliditäts- und Altersversicherung in die Hände der großen Orts-Krankenkasse, das Wirken der Kasse für Durchführung des Arbeiterschutzes, die Errichtung eines eigenen Gebäudes, einer eigenen Apotheke u. a. m. Doch das sind Punkte, die man wohl vorführen kann, die wir aber vorläufig außerhalb der Debatte lassen, da wir glauben, daß der Arbeiter Berlins und seiner Umgegend ohnedies einsichtig genug sein wird, sich ein Urtheil über die Zentralisation zu bilden und die nöthigen Folgerungen zu ziehen.

Wen wir mit unserer Darstellung noch nicht gewonnen haben, den bitten wir, offen und frei an uns (die Kommission) heranzutreten und seine Bedenken zu äußern, wer aber uns beistimmt, den bitten wir, in seiner Kasse so gut wie in seinem Freundeskreise dafür einzutreten, daß das als segensreich Erkannte immer neue Anhänger finde, damit in nicht allzu ferner Zeit die Zentralisation der Krankenkassen zur Thatsache werde.

Die Kommission für Zentralisation der Orts-Krankenkassen.

Pischel, Klempnerkasse.	Dähne, Maurerkasse.	Aßmann, Maschinenbauerkasse.
Jahns, Buchdruckerkasse.	Meyer, Tischlerkasse.	Tannhausen, Sattlerkasse.
Rühle, Allg. Ortskrk. f. g. A	R. Glöckner, Korbmacherkasse.	Adler, Brauerkasse.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an die Steinbildhauer! Kollegen! Der am 1. Februar bei der hiesigen Firma: „Hof-Innungs-Steinmetzmeister“ Karl Schilling ausgebrochene Streik der Steinbildhauer, zwecks Einführung der Lohnarbeit, wird von den streikenden Kollegen, die der ewigen Preisdrückereien im Akkordsystem endlich müde waren, mit zäher Ausdauer und Energie fortgesetzt. Die Streikenden sind gewillt, im Interesse sämmtlicher Steinbildhauer ihre Forderungen zur Durchführung zu bringen, da diese Firma bisher das festeste Bollwerk gegen Einführung der Lohnarbeit war; fällt uns der Sieg bei dieser Firma zu, ist es ein Leichtes, auch die paar übrigen zu zwingen, unsere gerechten Forderungen anzuerkennen. Vorläufig unterstützte die Steinmetz-Innung Hrn. Sch. in seinem Kampf gegen uns in jeder Weise. Ueberall wird die Zahl der Arbeitenden auf ein Minimum beschränkt, man droht die Betriebe bis Ostern für die Bildhauer ganz zu schließen. Die Polizei hat bereitwilligst ihre Dienste angeboten. Der Platz wird täglich von frühster Morgenstunde an von einigen uniformirten Beamten observirt. Trotzdem und alledem ist es gelungen, die Kollegen, die Sch. durch die Provinzpresse als Streikbrecher aus Sachsen und Böhmen heranzog, wieder zum Austritt aus dem Geschäft zu bewegen, und sind dieselben alle Mitglieder des Zentralvereins der Bildhauer geworden. — Sämmtliche 20 Streikende sind organisirt und werden durch die Organisation und durch freiwillige Sammelgelder unterstützt. Da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß der Streik größere Dimensionen annimmt, da ferner die Firma in allen Himmelsrichtungen Streikbrecher anwirbt, so müssen wir die Kollegen dringend ersuchen, uns in diesem Kampfe beizustehen. Damit wir die vom Auslande kommenden wieder abreisen lassen können, bitten wir Euch um materielle Hilfe, so weit es möglich ist. Hauptsächlich aber sucht allerorts Streikbrecher fern zu halten. Es ist nöthig, bei Inseraten in diesbezügliche Blätter sofort Gegenannoncen zu erlassen. Die sächsischen Kollegen kamen nur, weil sie im Leipziger Wähler keine Bekanntmachung fanden. Nochmals bitten wir deshalb die Arbeiterpresse, davon Notiz zu nehmen.

Gelder sind zu senden an den Bildhauer Winkler, Berlin S.O., Wrangelstr. 135 v. I. Briefe an M. Schweizer, Steinbildhauer, Berlin S.W., Möckernstr. 95 parterre.

Kollegen! Wir appelliren an Eure Solidarität!

Die Streikenden.
J. A.: G. Winkler.

Burg bei Magdeburg. Seit ca. 3 Wochen befinden sich die Polirer der Goldleistenfabrik von Wwe. Frost u. Gläßner, Schulstraße, im Ausstande. Alle Einigungsversuche sind bis jetzt gescheitert. Wir bitten, den Zuzug fern zu halten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Albert Dischleit, Vergolder, Pulverstr. 6.

Der Formerstreik in Nürnberg ist, wie wir bereits mitgetheilt, beendet. Die Einigung geschah durch das „Einigungsamt“. Es ist bisher nur ganz selten vorgekommen, daß das Gewerbegericht, dem nach dem Gesetz auch die Funktionen eines Einigungsamtes zufallen, sobald das von beiden Parteien gewünscht wird, als solches zu funktioniren hatte. Und das ist auch ganz erklärlich. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und -Nehmern entscheidet eben die wirthschaftliche Macht. Haben die Arbeiter den größeren Geldmitteln der Unternehmer andere Vortheile entgegen zu stellen, die eben so schwer wiegen, dann ist das Unternehmerthum wohl auch geneigt, Konzessionen zu machen. Bei dem soeben beendeten Formerstreik lagen die Dinge so, die Machtmittel waren so ziemlich gleichmäßig vertheilt. Hatten die Arbeiter auch, wie dies ja gewöhnlich der Fall sein wird, weniger Geldmittel, so kam ihnen zu Gute, daß sich keine Streikbrecher fanden, daß die Arbeiten in andern Fabriken dank der Weigerung der betreffenden Arbeiter nicht ausgeführt werden konnten, was die Arbeitgeber schließlich veranlaßte, sich dem „Einigungsamt“ zu unterwerfen. — Aus dem Schiedsspruch, den das Einigungsamt gefällt, heben wir nachstehendes hervor: Der Streik brach bekanntlich aus, weil die Arbeiter sich weigerten, auf das Akkordsystem einzugehen. Nachdem die Fabrikanten die Zusicherung gegeben, daß in jedem Falle mindestens der bisher erreichte Tageslohn erreicht werden solle, gaben die Arbeiter ihren Widerstand auf und die Hauptursache des Ausstandes war damit beseitigt. Ferner wurde bestimmt, daß die Schlichtung von Streitigkeiten, die in bezug auf das Akkordverhältniß entstehen, einer gleichmäßig von beiden Theilen zusammengesetzten Kommission überwiesen werden sollen. Ueberstunden sollen mit 25 pCt. Aufschlag bezahlt werden und wird die Arbeitswoche zu 60 Stunden angenommen. Jede Maßregelung der Former wegen deren Betheiligung am Ausstand muß ausgeschlossen sein. Das sind die wesentlichen Punkte des Schiedsspruchs, welcher von beiden Theilen unterzeichnet, in der Form einer amtlichen Bekanntmachung veröffentlicht worden ist.

Ein süddeutscher Müllerverband soll demnächst errichtet werden. Zu diesem Zwecke wird in nächster Zeit ein Kongreß der Mühlenarbeiter in Heilbronn stattfinden. Man glaubt dadurch die süddeutschen Müller besser zur Organisation heranziehen zu können.

Die Parquetleger vom Baugeschäft des Herrn Gregor Basel haben die Arbeit niedergelegt und bitten um Fernhaltung des Zuzugs.

Um die Stellung einer Lehrerin, die in Elmshorn ausgeschrieben war, haben sich 45 Bewerberinnen gemeldet, trotzdem daß das Anfangsgehalt nur 1000 M. beträgt und in dreijährigen Perioden nur um je 50 M. steigt, bis es die Höhe von 1400 M. erreicht hat.

Wie Arbeiterinnen auf dem Lande wohnen wurde in einer Schwurgerichtssitzung in Kiel festgestellt und zwar durch den Verwalter von Theresienhof bei Plön. Unter seinem Zeugeneide erklärte dieser Herr, daß die Arbeiterinnen in einem großen Wohnraume eine gemeinsame Lagerstätte haben, auf welcher immer je zwei Arbeiterinnen eine Decke und ein Kopfkissen bekämen! Die Lagerstätte soll aus ausgebreitetem Stroh bestehen, welches mit Leinwand überspannt ist. Mögen diese Zustände auch das Idyll der Krautjunker sein, so wird dieser Umstand doch vielleicht dem Herrn Staatssekretär v. Bötticher klar machen, weshalb auf dem Lande die deutschen Arbeiter nicht aushalten und an ihre Stelle Russen und Polen treten. Es ist dies einzig und allein die menschenunwürdige Behandlung der Arbeiter und deren niedrige Bezahlung.

Der Gipfel der Schamlosigkeit ist wohl von der „I. Krainischen Alpenholz-Zahnstocher-Erzeugung“ erklommen worden. Diese Firma versendet an ihre Kunden folgendes Zirkular: „Im Interesse jedes einzelnen unser Geschäftsfreunde erlauben wir uns, auf die Erzeugung unserer Alpenholz-Zahnstocher aufmerksam zu machen und führen nachstehend den gründlichen Beweis, warum unsere Zahnstocher die besten und billigsten der Welt sind. Die Erzeugung wird wegen Mangels an Brot während des Winters von ca. 2000 armen Bauernfamilien am Karstgebirge betrieben. Jeder einzelne Zahnstocher ist Handarbeit, fasernfrei, beim Gebrauche unzerbrechlich und weit billiger als die von anderen Seiten in Handel gebrachte untergeordnetste und ordinärste Gattung, denn niemand ist in der Lage, eine ebenbürtige Sorte zu diesem Preise zu erzeugen. Warum? Diese armen Menschen, welche, in Noth, mit Geduld und Ausdauer im Schweiße ihres Angesichts ihr Stückchen Brot verdienen, sind befriedigt, wenn sie sich pro Tag 20—30 Kreuzer verdienen, und es ist sohin einleuchtend, daß in gesegneteren Länderstrichen diese Industrie nicht betrieben wird. Es beruht auf ganz gewöhnlichem Schwindel, wenn sich irgend jemand anderer als Erzeuger dieser Marke gerirt, denn es sichert dem Arbeiter unter anderen Verhältnissen nicht einmal das tägliche Brot! Der Export dieses Artikels kommt Tausenden hilfsbedürftigen armen Menschen zu nutze, und wird die Verbindung mit uns jedermann umso angenehmer, da durch den Bezug unserer Zahnstocher eine Ersparniß gesichert ist.“ —

Wir wußten ohne dies Zirkular, daß die Ausbeutung in den Fabriken noch bei weitem übertroffen wird durch die Scheußlichkeiten der hausindustriellen Ausbeutung. Neu aber ist uns, daß der freche Zynismus eines Ausbeuters auch nicht Halt macht vor dem Hunger seiner Lohnsklaven, sondern mit dem Elend derselben so gemeine Reklame macht. Jedes weitere Kommentar würde die Wirkung dieser Unternehmerfrechheit nur abschwächen, darum ein Pfui über soviel Gemeinheit.

Die Sparkassen-Einzahlungen betrugen im Dezember vorigen Jahres in Sachsen 10 193 715 M.; erhoben wurden in derselben Zeit 11 729 883 M.

Die Bescheinigung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes genügen, ist nachstehenden Krankenkassen ausgestellt worden: Der Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener (E. H.), der Kranken- und Sterbekasse zu Friedrichshagen, der Kranken- und Sterbekasse des St. Mathias-Vereins zu Dirmerzheim (E. H.), „Providenz“ (E. H.), in Hagen, der Kranken- und Sterbekasse zu Diedenbergen (E. H.), der Kasse „Kranken-Unterstützungsverein“ zu Kronberg (E. H.), der Allgemeinen Unterstützungskasse für Krankheits- und Sterbefälle zu Mammolshain (E. H.), der Kranken- und Sterbekasse zu der allerseligsten Jungfrau Maria und zum heiligen Kilianus (E. H.) zu Lechenich, der Kranken-Unterstützungskasse „Zur Standhaftigkeit“ (E. H.) zu Dörnigheim, der Kranken- und Begräbnißkasse des Vereins junger Kaufleute zu Schweidnitz (E. H.), der Kranken-Unterstützungskasse für die Bauhandwerker von Lütte und Umgegend (E. H.), der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse für Hannover und Linden, der Kranken- und Sterbekasse der vereinigten Maurer- und Zimmergesellen in Großberndten (E. H.), der Neustadt-Magdeburger Maurergesellen-Kranken-Unterstützungskasse (E. H.).

Statistisches aus Spanien. Wie sehr durch die Jahrhunderte lange Mißwirthschaft der Kirche ein Land zurückgehen, beziehentlich zurückbleiben kann, zeigt das Beispiel Spaniens. Mehr als es das südliche Klima bedingt, ist die Bevölkerung jenes gesegneten Landes durch Kriege, religiösen Fanatismus u. s. w. der Arbeit entwöhnt worden. Durch das Raubsystem der Landjunker, die ihren Landbesitz an Agenten vermiethen, welche ihrerseits wiederum die Bauern auf das schmählichste drücken, lohnt sich die Arbeit nicht mehr, so daß Tausende der

Arbeit den Bettel vorziehen. Einer Statistik zufolge, die dem „Imparcial“ entnommen ist, giebt es in Spanien 8 727 519 Beschäftigungslose; es ist das beinahe die Hälfte der Einwohner, die gegenwärtig auf 18 Mill. geschätzt werden. Dazu kommen noch 64 000 Pensionirte, welche nichts thun und 97 000 Verwaltungsbeamte, die ebenso viel arbeiten. Es treiben sich in Spanien umher 89 000 männliche und 52 000 weibliche Bettler. Von den den 18 Millionen Spaniern können nur 6 Millionen lesen und schreiben. Glückliches Land! — wird Herr v. Caprivi ausrufen, hier kann der Sozialismus keinen Boden gewinnen, da die Leute die Schriften nicht lesen können. Aber nur gemach! Was nicht gelesen wird, kann gehört werden und mit der Zeit wird man auch in Spanien im Interesse der kapitalistischen Entwickelung selbst, das Volk lesen lehren müssen, um intelligente, industrielle Mehrwertherzeuger zu haben. In besagtem Artikel ist dann noch angegeben, daß 24 642 Lehrer aller Art, vom Elementarlehrer bis zum Universitäts-Professor, vorhanden sind, die aber einen steten Kampf um ihren Gehalt zu bestehen haben.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Volksversammlung, die am 14. Februar in den „Andreas-Festsälen“ stattfand, hielt Frau Henrich-Wilhelmi einen Vortrag über das Thema: „Sozialdemokratie und Staatsreligion.“ Die Versammlung war im Auftrage einer am 7. d. M. in Hensel's Festsälen, Invalidenstr. 1, tagenden Volksversammlung von Frau Jänicke einberufen worden und hatten sich namentlich alle diejenigen, welche den Passus in unserem Programm: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ bekämpfen, zahlreich eingefunden. Ebenso wie die Referentin erklärten auch die Genossen Sailer, Kaßler, Hoffmann (Pankow), Frl. Altmann und Feder, daß es eines überzeugten Sozialdemokraten Pflicht sei, aus der Landeskirche auszuscheiden. Mehrere in diesem Sinne gehaltene Resolutionen kamen vorläufig nicht zur Abstimmung; die Debatte wurde vertagt und einem Antrage zugestimmt, zu einer nächsten Versammlung die noch nicht aus der Landeskirche ausgeschiedenen sozialdemokratischen Abgeordneten einzuladen. Außerdem gab noch ein vom Genossen Domscheidt gestellter Antrag einigen „unabhängigen Phrasendreschern“ Gelegenheit, ihre Tiraden über: „Unterdrückung des Volkswillens“, „Korruption der Führer“ und ähnliches dummes Zeug vom Stapel zu lassen, ohne die Gründe der Zurückweisung des Inserats zu kennen. Auf ihre warme Befürwortung hin gelangte der nachstehende Antrag zur Annahme:

„Die heutige Versammlung protestirt energisch dagegen, daß der „Vorwärts“ die Aufnahme der Annonce, welche die Bekanntmachung der heutigen Versammlung enthält, verweigert hat. Sie erblickt darin eine bewußte Unterdrückung des Beschlusses einer Volksversammlung.“

(Wir bemerken hierzu, daß wir nach einem Beschluß der Preßkommission gehandelt haben. Es war nur verlangt, daß der Vertrauensmann davon in Kenntniß gesetzt wurde. Die Redaktion.)

Der Verband deutscher Korbmacher (Filiale Berlin) hielt am 22. Januar seine Monatsversammlung ab. Nach dem vom Kassirer gegebenen Kassenbericht betrug die Einnahme des Vereins im letzten Quartal 82,30 M., der eine Ausgabe von 37,12 M. gegenübersteht, mithin war ein Bestand vorhanden von 45,18 M. Davon sind an die Hauptkasse abgeliefert 38,55 M. Zum Verbreiter der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde Kollege Kühne gewählt. Der Kollege Keller giebt hierauf den Bericht über das Urtheil des Gewerbegerichts in Sachen Kempkes und empfiehlt die weitere Verfolgung der Angelegenheit einzustellen. Die Versammlung nimmt sodann folgende Resolution an:

„Die heutige Mitgliederversammlung ist mit dem Beschluß des Hauptvorstandes, daß die Arbeit bei Kempkes leichtsinnig eingestellt worden ist und wir nicht nach dem Statut verfahren wären, nicht einverstanden und protestirt dagegen, indem die Arbeit nicht freiwillig eingestellt wurde, sondern der Arbeitgeber verlangte, daß die Arbeiter sofort aufhören. Nachdem konnten die Arbeiter wie Ortsverwaltung nicht anders handeln, als sie gethan, und verlangen vom Hauptvorstande, daß diese gefaßte Beschluß, welcher nicht genügend durchdacht, für nichtig erklärt wird — Die Ortsverwaltung Berlin.

Hierauf wurde der Kollege Pitschel wegen seines Verhaltens gegegenüber den Kollegen bei Ausbruch des Streiks aus dem Verein ausgeschlossen.

Im Fachverein der Uhrmacher und verwandten Berufsgenossen sprach am 10. Februar Genosse Mattutat über „Spiritismus und Hypnotismus.“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Nachdem Kollege Scholz zum Beisitzer in den Vorstand des Vereins gewählt war, fand der übrige Theil der Tagesordnung seine Erledigung. Die nächste Versammlung findet im Restaurant Wienecke, Alte Jakobstr. 83, am Sonnabend, den 24. Februar, statt.

In der Freien Vereinigung der Bauarbeiter hielt am 11. Februar Dr. med. Sommerfeld einen interessanten Vortrag. Der Vortragende hat die Absicht, eine Untersuchung zu veranstalten über die nachtheiligen Folgen, die in anbetracht der schweren Arbeit der Bauarbeiter bei dem menschlichen Organismus zu konstatiren sind. In der Diskussion sprachen sich die Redner zustimmend zu dem Referate aus; und wird die Versammlung den Vortragenden in seinem Unternehmen unterstützen. Zu dem Zweck sollen Listen ausgelegt werden, in die sich die Kollegen eintragen, die bereit sind, sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Der Aufforderung Mitglieder des Vereins zu werden, leisteten 30 Kollegen Folge. Sodann wurde bekannt gegeben, daß am 26. März eine Matinee des Männer-Gesangvereins „Hilaritas“ stattfindet. Die nächste Versammlung findet am 11. März bei Wilke, Andreasstr. 26, statt.

Eine Mitgliederversammlung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands (Zahlstelle Berlin 2) tagte am 11. Februar. Der Bevollmächtigte Gröppler gab der Versammlung zunächst eine kurze Uebersicht über die Thätigkeit der Zahlstelle im vergangenen Jahre. Bei der darauf folgenden Wahl wurde die Kollegen Fritzsch zum ersten, Hausherr zum zweiten Bevollmächtigten, Erbel zum ersten, Golisch zum zweiten Kassirer und Henkel zum Schriftführer gewählt. Revisoren sind die Kollegen Jänike, Hoffmann und Gröppler. Außerdem wurden noch zu Hilfskassirern gewählt die Kollegen Panser für den Westen, Holeck für Südwesten, Rieser für Südosten, Schreiber für Osten, Schatz für Norden und Hasse für Moabit. Die Lokale, in denen die Hilfskassirer kassiren, bleiben bis auf weiteres die alten und werden in nächster Zeit nochmals bekannt gegeben. Nachdem Silberschmidt noch in kurzen Worten berichtet, wie weit die Einigung unter den Berliner Maurern gediehen ist, wurde die Versammlung geschlossen.

In der öffentlichen Versammlung der Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen am 12. d. M., die recht gut besucht war, erörterte Reichstags-Abgeordneter Bueb die traurige Lage der Hausweber. Die Hausindustrie, welche früher einen selbständigen Kleinbetrieb darstellte, hat, wie der Referent darlegte, diesen Charakter längst verloren. Heute sind die Hausindustriellen Lohnsklaven des Kapitalismus. Die Scheußlichkeit der hausindustriellen Ausbeutung übertreffe noch bei weitem die in Fabriken und Werkstätten, der kapitalistische Profit sei auf dem Hungertode der Hausindustriellen begründet. Große ironische Heiterkeit rief des Referenten Erinnerung an den Ausspruch des Herrn v. Bötticher, daß in der Textilindustrie ein geschäftlicher Aufschwung, Lohnaufbesserungen und Arbeitermangel zu verzeichnen seien, hervor. Als Gegenstück hierzu führte Redner die Ergebnisse der vom Verbande veranstalteten Enquete an. So traurig auch immer die Lage der Berliner Hausweber sei, so sei dieselbe dennoch besser als diejenige der Hausweber in anderen Theilen Deutschlands. Die entsetzliche Lage der schlesischen Weber sei weltbekannt. Ganz besonders wies Referent auch auf das herrschende furchtbare Elend unter den Hauswebern des Elsaß hin, gegenüber den schönfärberischen Berichten der Bourgeoispresse über die guten Arbeitsverhältnisse in Elsaß-Lothringen. Zur einstweiligen Verbesserung ihrer Lage verwies der Referent die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen auf den Weg der Organisation, der gewerkschaftlichen wie politischen, doch nicht zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Hausindustrie. Die dauernde Besserstellung würde erst nach Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise erfolgen können. Die Versammelten zollten den trefflichen Darlegungen des Referenten reichsten Beifall. Der Versammlung lagen folgende Resolutionen zur Beschlußfassung vor:

1. „Die heutige ꝛc. Versammlung fordert den Magistrat von Berlin auf, schleunigst Schritte zu thun, um das große Elend und die Noth, welche schon seit mehreren Monaten infolge der großen Arbeitslosigkeit und der schlechten Löhne unter den gesammten Webern Berlins und Umgegend herrscht, zu beseitigen und zwar 1. durch Erlaß von sämmtlichen Steuern, als wie Einkommen- und Miethssteuer für das laufende Quartal Januar/März 1894. 2. Durch vollständige Bezahlung der Miethsschulden der nothleidenden Weber aus städtischen Mitteln. 3. Durch hinreichende Geldunterstützung an die durch Arbeitslosigkeit heruntergekommenen Weber, um dieselben vor der größten Hungersnoth zu schützen, jedoch durch keine das Wahlrecht raubende Armenunterstützung. Die geschilderte große Noth unter den hiesigen Webern ist hinlänglich durch den Herrn Obermeister Kölzer bestätigt worden, indem zu Weihnachten 1893 über 300 Webermeister um Geldunterstützung bei der Unterstützungskasse der Weber- und Wirker-Innung eingekommen sind. Und jetzt, acht Wochen nach Weihnachten, ist die Noth noch immer größer geworden.“

Diese Resolution soll den sozialdemokratischen Stadtverordneten zur schleunigsten Erledigung überwiesen werden.

2. „Die heutige pp. Versammlung fordert schleunige Beseitigung aller in Zuchthäusern, Gefängnissen, Korrektionshäusern beschäftigten Webestühle, sowie auch der damit verbundenen anderen Textilarbeiten, desgleichen Spulen und Poilendrehen, indem tausende von Webern arbeitslos umherirren.“

Diese Resolution soll der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage zur schleunigsten Erledigung übergeben werden. Die Zuchthaus- ꝛc. Arbeit kultiviren hauptsächlich die drei größten Firmen Ludwig Lehmann in Rummelsburg, welche im Zuchthause zu Sonnenburg arbeiten läßt, Anton Alfred Lehmann in Nieder-Schönweide, welche im Zuchthause zu Rendsburg (Schleswig) arbeiten läßt, David u. Co., Berlin, Fischerbrücke 21, welche ebenfalls im Zuchthause zu Sonnenburg arbeiten läßt. Ueber tausend Webestühle stehen in deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen im Dienste des Kapitalismus.

Die Diskussion war eine ausgedehnte und gestaltete sich äußerst lebhaft, und wurde in derselben die Lage der Berliner Weber in eingehender Weise besprochen. Es wurde festgestellt, daß die Handweber bereits billiger arbeiten als die Maschinen. Allseitig wurde die Nothwendigkeit der Organisation betont. Der Obermeister der Weberinnung, Herr Kölzer, erkannte zwar die schauderhaften Zustände in der Hausweberei an, wußte aber keinen Ausweg und zweifelte an der Möglichkeit einer Besserung der Verhältnisse. Die vorgenannten beiden Resolutionen wurden seitens der Versammlung angenommen. Dieselbe wählte im Anschluß hieran eine siebengliedrige Kommission, welche die weiteren Schritte in die Hand nehmen soll.

Eine Versammlung der in der Jalousie-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 12. d. M. tagte, erörterte die Gründung einer Vereinigung für diese Branche. Das einleitende Referat hierzu hatte der Genosse Näther übernommen. In der Diskussion empfahl Neumann, Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes, den Anschluß an diese Organisation. Gegen den Antrag sprachen Uhlemann, Müller, Damerow u. A. Pistor gab bekannt, daß der bestehende Verein der Jalousie-Arbeiter ebenfalls gewillt sei, dem Verbande beizutreten. Der Vorsitzende forderte hierauf Herrn Rusch, Vorstandsmitglied genannten Vereins, mehrere Male auf, darüber Aufschluß zu geben; derselbe zog es jedoch vor, hierauf zu verzichten und alsbald den Saal zu verlassen. Die Versammlung beschloß hierauf die Gründung eines Vereins und wählte nach der Statutenberathung folgende Kollegen in den Vorstand: Damerow, 1. Vorsitzender; Mühlbauer, 2. Vorsitzender; Borchardt, 1. Kassirer; Müller, 2. Kassirer; Dorn, 1. Schriftführer; Künzel, 2. Schriftführer; Fräulein Ballhorn, Beisitzerin.

Eine gutbesuchte Formerversammlung tagte am 12. Februar bei Müller, Johannisstr. 20. Kollege Körsten gab einen Bericht über die im Reichsamt des Innern stattgefundene Konferenz bezüglich der Sonntagsruhe in der Metallindustrie. Trotzdem der § 105c Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung Beschäftigung unter gewissen Kautelen in genügendem Maße zuläßt, sind eine Masse Petitionen in dieser Sache eingelaufen, inspirirt von den großen Kapitalisten, die, falls berücksichtigt, die ganze Sonntagsruhe illusorisch machen würden. Wie der „Vorwärts“ seinerzeit berichtete, waren die Arbeitgeber, die Betriebsleiter und Sekretäre von den industriellen Verbänden vertreten. Außer unserem Genossen hatte man noch vier Hirsch-Duncker'sche, sowie mehrere unorganisirte Arbeiter, bei denen es Mühe machte, sie überhaupt zu einer Aeußerung zu bewegen, herangezogen. Lobend anerkannt muß werden, daß die Gewerberäthe trotz der unverhohlenen Feindschaft, welche ihnen die Kapitalistenvertreter entgegenbrachten, sich durch Objektivität und Sachkenntniß bei den Verhandlungen auszeichneten. Dringend zu wünschen sei, daß die Regierung in dieser Frage fest bleibt, damit das bißchen Sonntagsruhe, was vom 1. Januar 1895 Platz greifen soll, nicht durch die Ränke der Unternehmer zu nichte gemacht wird. (Lebhafter Beifall.) Uebergehend zu dem Bericht des Ausschusses vom Gewerbegericht führt der Redner die Beschlüsse dieser Institution in gedrängter Kürze vor. Für das Barbiergewerbe und für den Blumenhandel hat der Ausschuß eine siebenstündige Arbeitszeit für zweckmäßig erachtet, gegenüber den fünf Stunden für die anderen Branchen. Die Einrichtung des städtischen Arbeitsnachweises konnte in der Form, wie sie Dr. Freund vorgeschlagen, nicht angenommen werden. In der Diskussion wurde die Praxis des Gewerbegerichts eingehend erörtert. Kollege Steinmetz, der als Beisitzer der Schneiderkammer zugetheilt ist, betont, wie die Vorsitzenden im Gegensatz gegen früher oft sehr kurz angebunden sind, sodaß die Beisitzer dadurch beschränkt werden, ihre Meinung zu äußern. In der Kammer VI sind einige Arbeitnehmerbeisitzer ausgeschlossen, weil sie, wie angegeben wurde, Armenunterstützung erhalten haben, an deren Stelle sind aber nicht die Stellvertreter genommen, sondern vier der Hirsch-Dunckerschen Richtung angehörende Beisitzer. (Hört! Hört!) Wie in einigen Fällen festgestellt wurde, sitzen die Arbeitgeber-Beisitzer einzelner Branchen noch in den Kammern, trotzdem für die betreffenden Berufe jetzt das Innungsschiedsgericht zuständig ist. Redner wünscht, daß man frühzeitig mit den Vorbereitungen für die nächste Wahl zum Gewerbegericht beginne. Poillon verspricht sich von einem städtischen Arbeitsnachweis nichts; die dort als Beamte fungirenden Arbeiter würden jedenfalls bureaukratisch werden, man solle das „Parlamentelu“ lassen. Körsten antwortet kurz auf diesen Ausfall, worauf Bernitzky das Wort erhielt zum Bericht der Gewerkschaftskommission. Ueber den Stand des Nürnberger Streiks berichtete Kollege Dinse, daß die Modelle zum Theil nach Offenbach zur Anfertigung geschafft seien, infolge dessen haben die Kollegen einer dortigen Werkstatt die Arbeit niedergelegt; vielleicht würde man ein derartiges Manöver hier ebenfalls versuchen, darum sei Vorsicht geboten. Lohse und Stopsack plädiren für energische Unterstützung der Streikenden, es sollen die hierorts bestehenden Organisationen ebenfalls dafür interessirt werden. Die Sammlung für den Kollegen Klix ergab 127,81 M. Listen für die Nürnberger Streikenden werden verausgabt bei Poillon, Schulzendorferstraße 18a.

Die Schrauben- und Façondreher hielten am 12. Februar eine öffentliche Versammlung ab. Der Vertrauensmann Schulz theilte zunächst mit, daß er noch nicht in der Lage sei, die Schlußabrechnung der Listensammlung für die Streikenden von Willing und Violet zu geben. Es ständen noch Listen aus. Redner rügt die Lässigkeit der Restanten. Im Anschluß an seine Ausführungen entwickelte sich eine längere Debatte, in deren Verlauf angeregt wurde, drei zu wählenden Revisoren anheim zu geben, in Gemeinschaft mit dem Vertrauensmann sich mit den Restanten behufs Begleichung ihrer Schuld in Verbindung zu setzen. Als Revisoren wurden Krusemack, Neugebauer und Fr. Geisler gewählt. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, für die vom Streik bei Willing u. Violet her noch Ausgesperrten eine Listensammlung zu veranstalten, um dieselben mit einer einmaligen Extra-Unterstützung zu bedenken. Gesammelt soll nur in Kollegenkreisen werden. Der wegen seiner gewerkschaftlichen Thätigkeit mehrfach gemaßregelte Kollege H. soll ebenfalls unterstützt werden. Weiter wurde noch beschlossen, am 7. April im Teigmüller'schen Lokal ein Vergnügen abzuhalten. Hierauf referirte der Genosse Ad. Hoffmann über das Thema: „Modernes Raubritterthum“. Der an der kapitalistischen Gesellschaft scharfe Kritik übende Vortrag fand großen Beifall. Ihm folgte eine animirte Diskussion. Den Schluß der Versammlung bildete eine energische Aufforderung des Vorsitzenden zum Anschluß an die Organisation.

Eine Versammlung der Mäntelnäherinnen sämmtlicher Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in der Knaben- und Herrenbranche und aller in der Schneiderei Beschäftigten tagte am 13. Februar in der Urania, Wrangelstraße. Veranlassung zu dieser Versammlung waren die haarsträubenden Mißstände in der Mäntelbranche, die häufig im Gewerbegericht zur Aburtheilung gelangen. Der Referent, Gewerbegerichts-Beisitzer Kollege Zander, streifte zuerst kurz die vielfachen Kämpfe der Arbeiter um die Errichtung der Gewerbegerichte. Zur Rechtsprechung selbst kritisirt Redner den Standpunkt der Richter zu der Frage: sind die Hausindustriellen Arbeiter? Der Vortragende bewies an mehreren Beispielen, daß die Heimarbeiter von dem einen Richter abgewiesen wurden, ein anderer in genau demselben Falle dem Heimarbeiter zu Recht entschied. Um der gesetzlichen Kündigungsfrist zu entgehen, muß die Bezeichnung Probearbeit herhalten. Ist diese länger als von kurzer Stundendauer, gilt die gesetzliche 14tägige Kündigung; ausgenommen, es ist mit klaren, deutlichen Worten ausgesprochen, daß eine Kündigung nicht stattfindet. Muß eine Arbeiterin aufhören zu arbeiten, mit der bei Antritt der Arbeit Nichtkündigung vereinbart war, und sie fängt nach Tagen oder Wochen wieder auf derselben Stelle an zu arbeiten, gilt 14tägige Kündigung. Eine bloße hinweisende Redensart, wie: „Sie wissen ja, wie's bei mir ist“, gilt nicht als Vereinbarung. Zum Schluß macht der Referent darauf aufmerksam, daß bei Vertagung einer Verhandlung den Klägern das Recht zusteht, zu nächster Verhandlung dieselben Beisitzer zu beanspruchen. Auskunft in allen gewerblichen Streitfragen wird auf dem Arbeitsnachweis- und Auskunftsbureau, Schützenstr. 18/19, durch den Kollegen Timm in der Zeit von 8—1 Uhr Vormittags ertheilt. Genosse Wach fügt dem Referat verschiedene ergänzende Klarstellungen hinzu bezüglich der Kündigungsfrist und macht darauf aufmerksam, daß Anspruch auf Versäumnißgebühren vor Zurückziehung des Gerichtshofes geltend gemacht werden müssen von dem klagenden Theil, da der Wortlaut des betr. Paragraphen besagt, Versäumnißanspruch kann im Urtheil vorgesehen werden. Frau Lange bringt einen Fall zur Sprache, in dem einer Mäntelnäherin Schläge verabfolgt wurden seitens ihres Arbeitgebers. In einem anderen Falle, den Frau Reimann schilderte, vertrat den gesetzlichen Bestimmungen entgegen ein Winkelkonsulent einen verklagten Arbeitgeber. Die Vertagung dieses Falles ist anberaumt und neuer Termin auf den 29. Februar angesetzt. Frage: Soll die Arbeiterin 2 Jahre warten, bis es einen 29. Februar giebt?

Weißensee. Am 4. Februar tagte hier eine große Volksversammlung, in der Genosse Hansen in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über das Thema „Die politische und wirthschaftliche Lage“ referirte. In der Diskussion wendete sich der Anarchist Frauböse gegen die Ausführungen des Referenten. Von den nachfolgenden Rednern, dem Referenten und dem Genossen Zempke, erfuhren diese Anschauungen eine eingehende Widerlegung. Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Urtheil der Kommission, betreffend die Angelegenheit Löhnert wider Frau Papenbrock. Das Urtheil fiel zu Ungunsten der Frau Papenbrock aus.

Weißensee. Eine Versammlung der Arbeitslosen tagte hier am 8. Februar, in der Genosse Zubeil das Referat übernommen hatte über: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit“. Die Kritik des Redners an der heutigen Produktionsweise und die eingehende Darlegung, in welcher Weise sich Staat und Kommune ihrer Pflicht, eine Linderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen, entziehen, fanden die lebhafteste Zustimmung in der Versammlung. Nach einer längeren Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung spricht ihr Bedauern aus, daß die Behörde trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit durchaus nicht willens ist, die Nothlage der Arbeitslosen, zu mildern, besonders daß die Inangriffnahme der Kanalisationsarbeiten noch nicht erfolgt ist. Die Versammlung ist daher der Meinung, daß nur durch ein festes Zusammenschließen der Arbeiter ihre Lage gebessert werden kann. Deshalb werden die Anwesenden der hiesigen Arbeiterorganisation ihre Unterstützung angedeihen lassen.

In Schöneberg fand am 9. d. M. in der Schloßbrauerei eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Metzner referirte über „Unsere Geschäftslage“. Sehr treffend beleuchtete Redner die Ursachen und Wirkungen der gegenwärtigen Geschäftskrise. Des Weiteren kam er auf die von uns vorgeschlagenen, von den Gegnern aber unberücksichtigt gebliebenen Abhilfen zur Linderung des aus der schlechten Geschäftslage resultirenden Nothstandes zu sprechen. Den Schluß der Rede bildete ein warmer Appell an die Anwesenden, überall da, wo uns noch ein Recht gelassen ist, dasselbe wahrzunehmen, um auf diese Weise selbst Remedur zu schaffen, was die bürgerliche Klasse hartnäckig verweigert. In der Diskussion nahmen verschiedene Redner Gelegenheit, aus Erfahrung das Gesagte zu bestätigen. Weiter fand die Wahl eines Komitees zu der im März d. J. stattfindenden Gemeinderathswahl statt; dasselbe besteht aus den Genossen Hackelbusch, Sommer, Raue, Schimansky und Krause.

Eingelaufene Druckschriften.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsspediteure. Unter Kreuzband für Februar-März 1 M.

Nr. 8 vom 17. Februar hat folgenden Inhalt: Kongreß der Independent Labour Party. — Die Landtags-Wahlrechte: II. Sachsen. — Rentengüter in Preußen. I. — Das Elend der Landarbeiter. — v. Egidy über die Arbeitslosen-Versammlung. — Politisches. — Parteinachrichten. — Vom Lande. — Agrarisches.

Soziale Kämpfe vor 900 Jahren. — Kautsky über die Gewerkschaften. — Zustände in Bäckereien. — Bergarbeiterleben. — Kriminaldirektor Daubach. — Arbeiterschutz. Arbeiterversicherung. — Gewerkschaftliches. — Sozialstatistisches. Zur Arbeiterlage. — Vermischtes. — Todtentschau. — Literatur.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.